

15 Jahre deutsche Einheit

Christoph Dieckmann

Deutschlands Medien und ostdeutsche Öffentlichkeit

Klaus von Dohnanyi

Freiheit Ost

Rainer Eckert

Das historische Jahr 1990

Erich Röper

Die minderen Brüder und Schwestern

Heidi Fichter-Wolf

Bildung und Wissenschaft im „Aufbau Ost“

Peter Alheit

Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland?

Jochen Fischer · Hans Karl Rupp

Deutsche Vereinigung und NS-Vergangenheit

Editorial

Der „Aufbau Ost“ dauert weit länger als am 3. Oktober 1990 allgemein erhofft. Die wirtschaftliche Kluft zwischen beiden Landesteilen scheint sich zu vertiefen. Von einem sich selbst tragenden Aufschwung sind die ostdeutschen Bundesländer weit entfernt. Noch auf Jahrzehnte werden Milliardentransfers den Bundeshaushalt belasten. Die Arbeitslosenquote ist im Osten noch immer mehr als doppelt so hoch wie im Westen. Obendrein haben mentale Prägungen aus 40 Jahren der Zweistaatlichkeit eine lange Lebensdauer.

Doch was wäre im Herbst 1990 die Alternative gewesen? Auch DDR-Ökonomen wussten, dass der SED-Staat, entgegen allen Erfolgsmeldungen, vor dem Bankrott stand. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte die Staatsfinanzen ruiniert. Ein „dritter Weg“ war vor dem Hintergrund der Freiheitsrevolutionen in Mittelosteuropa schon bald Utopie. Einer westlich orientierten DDR fehlte die Existenzberechtigung. Es zeichnete sich ab, dass die Vereinigung mit der Bundesrepublik viel schneller auf die Tagesordnung geriet, als es manchen in Europa lieb war. Heute ist Deutschland, von Partnern und Freunden umgeben, ein Stabilitätsfaktor der internationalen Politik.

Es gibt allen Grund, an die Zivilcourage der DDR-Bürgerinnen und -Bürger im Herbst 1989 zu erinnern. Das marode Repressionssystem war am Ende, und in der Nacht des Mauerfalls schienen die Deutschen „das glücklichste Volk der Welt“. Die Ostdeutschen brachten die Freiheitstradition der friedlichen Revolution für Demokratie und Rechtsstaat als Erbe in die deutsche Einheit ein. Nun gilt es, frei nach Erich Loest, die „Mühen der Ebene“ zu bewältigen.

Hans-Georg Golz

Christoph Dieckmann

Deutschlands Medien und ostdeutsche Öffentlichkeit

Essay

Eine kleine unvergessliche Geschichte, eingeprägt wie selbst erlebt. Sie steht am Schluss von Reiner Kunzes DDR-Brevier „Die wunderbaren Jahre“. Das Jahr ist 1976.

Christoph Dieckmann

geb. 1956 in einem ostdeutschen Pfarrhaus; Filmvorführer; Studium der Theologie, Vikar; Publizist; seit 1990 Autor der „Zeit“.
„Die Zeit“, 20079 Hamburg.
dieckmann@zeit.de

„Herr Doktor?“
„Ich bin nicht der Herr Doktor.“
„Ach so.“ Der Mann, der im Dunkeln über den Zaun gerufen hatte, ging in die Laube nebenan zurück, wo man bei Harmonikamusik saß

und ab und zu schallend lachte.

Obwohl ich kaum noch etwas sah, mähte ich weiter. Ich war hier, um ein Buch zu Ende zu schreiben, und da der Arzt, dem das Wochenendhaus gehört, den Besuch seiner Frau und zweier Enkel angekündigt hatte, wollte ich die Wiese geräumt haben. Wenn das Sensenblatt einen Stein streifte, schlug es Funken.

„Herr Doktor?“ Wieder stand der Mann am Zaun.

„Ich bin nicht der Herr Doktor.“

„Na, da komm doch du mal rüber, verdammich!“ – Ich trug Sense und Wetzfaß unter das Vordach und ging hinüber.

Die Anzahl der leeren Flaschen auf dem Tisch ließ den Promillegehalt des Blutes erahnen, das hier kreiste. Man rückte noch enger zusammen, und die Frauen kreischten. (. . .)

„Was bist du – Schriftsteller?“ fragte der Gespannführer. Und unvermittelt laut: „Hast du Hunger?“ Mit soviel Schlüssigkeit hatte sich noch nie jemand nach meinen leiblichen Bedürfnissen erkundigt.

„Trautel“ – er drehte sich nach der Frau um, die den Konsum leitete – „Trautel, hol ein Glas Wurst rüber, eins von den großen, der kriegt von mir ein Glas Wurst, der hat Hunger!“ (. . .)

Sie war bereits an der Tür, als er plötzlich sagte: „Das heißt – wart mal, ich will ihn erst noch was fragen.“ Die anderen lärmten, und er schlug mit der Faust auf den Tisch. „Seid nur mal ruhig!“ Dann blickte er mich ein wenig von der Seite an. „Schreibst du’s, wie’s in der Zeitung steht, oder wie’s im Leben ist?“

Das Typische an dieser Geschichte, sie heißt „Forstarbeiter“, ist ihr emphatischer Wirklichkeitsbegriff. Das Wirkliche bildet das Wahre; sein Gefäß ist das Volk. Zugleich hat dieses wirklich Wahre einen Feind: die Zeitung, vulgo die Lüge. Die Zeitung ist das Instrument des Staates, der die Wirklichkeit verfälscht, die Wahrheit beugt und Medien als Herrschaftsinstrument missbraucht. Dem Staat gegenüber steht, gleichsam als Wahrheitsritter, der Schriftsteller: der Dichter. Freilich gibt es auch in seiner Zunft reichlich Wahrheitsverdunkler und staatsfromme Opportunisten, sonst wäre ja dem Dichter Kunze in der DDR, deren Parteigänger er lange war, nicht so übel mitgespielt worden, dass er sie zu verlassen hatte. Dennoch ist die selbstermächtigte Autorität der Wahrheitsinstanz Schriftsteller ein Diktatur-Spezifikum, zu dessen Verständnis man die Mediensituation der DDR bedenken muss. Nicht unabhängige Zeugen, nicht selbstbestimmte Kommentatoren des Zeitgeschehens sollten Journalisten sein, sondern Propagandisten des sozialistischen Staats.

Gegenöffentlichkeiten

Einen sarkastischen „Dank an die Presse“ formulierte Christoph Hein auf dem X. DDR-Schriftstellerkongress im November 1987 und griff den selbstgefälligen Begriff vom „Lese-land“ auf. Zwar sei das Lesen in der DDR nicht mehr und nicht weniger üblich als in anderen Ländern. „Es werden hier jedoch weit aus mehr (. . .) Bücher gelesen. Die korrekte Bezeichnung wäre also: Buchleseland. Das Verdienst dafür gebührt unserer Presse, unseren Medien. Ihre Zurückhaltung in der Berichterstattung und der verlässliche Konsens ihrer Meinungen führt dazu, daß kaum ein Bürger unseres Landes mehr als ein paar Minuten sich mit ihnen zu beschäftigen hat. Der

Leser wird durch Neuigkeiten nur für kurze Zeit abgelenkt und kann sich dann wieder unseren Büchern zuwenden, von denen er nicht nur Unterhaltung und Geschichten, sondern auch Neues und Wahres erhofft.“

Woran ist der Mittag-&-Mielke-Staat verreckt – an der Wirtschaft oder an der Lüge? Seit der *Wende* streiten Glasnostiker und Perestroiker über die Krankheit, die zum Tode der DDR geführt hat. Je länger die Unselige in der Kiste schlummert, desto stärker bekommen die Wirtschaftler das Sagen, desto weniger bleibt in Erinnerung, was den SED-Staat dauerhaft hinderte, emanzipatorische Gesellschaft zu werden: der Mangel an Öffentlichkeit. Selbstverständlich gab es öffentliche Lebensformen in dem Land, dessen Bürger immerzu Versammlung hatten. Es gab Hausgemeinschaftsfeste und Betriebsausflüge, es gab die Begängnisse des Sports, es gab Numismatik-Zirkel und das gesellige Beisammensein der Kulturbund-Aquarianer, es gab Kino und Theater, es gab eine schmale intellektuellen-Presse mit Ventilfunktion, es gab Bücher und Debatten über Bücher, es gab einen öko-literar-philosophischen Samisdat, es gab Rockkonzerte mit anspielungsreich gespickten Texten, es gab deutliche Töne in Gottesdiensten und auf Kirchentagen, und während vierzig Jahren DDR fielen Quadrillionen wahrer Worte in den Kneipen, den Beichtkapellen des Proletariats. Das Leit-Medium für Klartext in der DDR war die Mündlichkeit.

All das genannte Öffentliche existierte fragmentiert, als Szene und Milieu. Dass es sich nie zur Öffentlichkeit vernetzte, darüber wachte der Staat. Als er die konzertierte Volkssprache nicht mehr zu verhindern wusste, kam sein Ende. Unisono sagte das Volk Nein zu dieser DDR. Doch die Zeit der vielen kleinen Gegenöffentlichkeiten hatte unter den Regierten ein illusionäres Gefühl des Gleichsinns erzeugt. Nach der *Wende* staunten dann die Ostler, dass sie so verschieden wurden, wie sie wirklich waren.

Das stand noch dahin an jenem 4. November 1989, als wir letztmalig Versammlung hatten, die größte aller Zeiten in der DDR, auf dem Berliner Alexanderplatz. Die DDR war ein protestantisch geprägter Staat, bis tief in seinen Atheismus hinein. Weit mehr als Bild und Klang stand die Sprache unter ideologischer Kuratel. Der Marxismus-Leninismus

herrschte als Wort-Religion. Immerfort wurden die Schriften der Propheten aufgerufen. Das *Klassikerzitat* schützte den Redner und sanktionierte seinen Text. So nahm es nicht wunder, dass bei der Halbmillionen-Wallfahrt vom 4. November sehr viel von Sprache die Rede war. Da standen auch Dichter auf der improvisierten Tribüne, die einem Lastkraftwagen aufgezimmert war. Christa Wolf: Es ist, als hätten wir die Sprache wiedergefunden! Und Stefan Heym, mit altfester Bibelstimme: Es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, von Dumpfheit, Mief und Phrasengewäsch – welche Wandlung! Dann trat Jens Reich an die Rampe. Er verlangte für das Neue Forum den Sendeplatz des „Schwarzen Kanals“ und – Gipfel des Pragmatismus – eine eigene Zeitung.

Fünf Tage später fiel die Mauer. Ekels voll erblickte Stefan Heym das Heldenvolk in West-Berlin an den Grabbeltischen von Hertie. Bärbel Bohley bezeichnete die Maueröffnung als Putsch. Die DEUTSCHLAND! DEUTSCHLAND!-Rufe auf den Leipziger Montagsdemonstrationen wurden von vielen lauterer Seelen als Verrat an der Revolution empfunden, als ob nun der nationalistische Pöbel Ostdeutschlands emanzipatorischen Aufbruch zu beenden suchte. Drei Tage vor Weihnachten erschien dann der Heiland in Dresden, und die Nation ward HELMUT! HELMUT! HELMUT!

Als am 18. März 1990 gewählt wurde, als Kohls „Allianz für Deutschland“ triumphtierte und die Revolutionshelden bei 2,9 Prozent verröchelten, da sagte Ulrike Poppe in schmerzlicher Souveränität, die Bürgerrechtsbewegung habe ihre Zeit gehabt. Ihre Aufgabe sei erfüllt: die Menschen in Bewegung zu bringen. Die Bestimmung des künftigen Wegs obliege den aufgebrochenen Menschen selbst. Natürlich sprach hier Enttäuschung, aber auch Einsicht. Mit *der* Lüge war auch *die* Wahrheit abhanden gekommen. Aus *der* Wahrheit wurden Wahrheiten, aus *der* Lüge Lügen. Das ist für monotheistische Moralisten nicht ganz leicht zu verkraften.

Medienblüte

Wer mit *Wende*-Politikern und Ost-Journalisten über das einundvierzigste, das letzte

Jahr der DDR spricht, der stößt auf einen bezeichnenden Dissens. Die Politiker beschreiben, wie damals die Politik den Ereignissen der Zeitgeschichte hinterherhechelte, der kollabierenden Wirtschaft, den Forderungen der Straße. DDR-Journalisten schwärmen von der Hoch-Zeit ihres Berufslebens. Alles sei möglich gewesen – Live-Sendungen, kritischste Magazine, Enthüllungen von Wandlitz bis Kavelndorf, von Schalck-Golodkowski bis Wolfgang Schnur. Die Einschaltquoten von DDR-Rundfunk und -Fernsehen boomten, die gewendeten SED-Zeitungen wurden spannende Lektüre. Die Medienmenschen fühlten sich endlich akzeptiert von einem Volk, das sie bislang als Eunuchen der Macht missachtet hatte.

Auch eine Anzahl neuer Blätter erschien. All diese *Wende*-Kreationen sind bald wieder eingegangen. Das ist die eine große Enttäuschung jener Zeit – die ostdeutsche Enttäuschung. Es gab, und es gibt, auch eine westdeutsche. Sie residiert in Hamburg und München und Frankfurt am Main. Es ist die Enttäuschung der altbundesrepublikanischen Pressehäuser darüber, dass die Ostdeutschen in ganz unerwartetem Gleichverhalten sich dem *Qualitätsjournalismus* verweigerten. „Spiegel“ und „Zeit“, „Stern“ und „FAZ“ und „SZ“ wurden und werden im Osten wenig gelesen, weil sie durch und durch Westblätter waren, blieben, bleiben wollten und mussten. Das betraf die Themen, die Diktion, die Mitarbeiter und deren Sozialisation, den Umfang der Blätter, auch ihren Preis. Am „Spiegel“ stieß alsbald der dauernde Zynismus ab. Seine altbackene Zwangscoolness ging außerdem einher mit posteriorer DDR-Entlarvung, die im zunehmend ostalgischen Osten abnehmend gut gelitten war. Auch das Thema Stasi verlor rapide an Publikum. Mehr und mehr galt es als West-Kampagne zur Untergrabung ostdeutschen Selbstvertrauens. Der Kulturkampf jener frühneunziger Jahre ist verbunden mit Manfred Stolpe und seinem heroischen Kampf gegen allzu genaue Erinnerung. Vom evangelischen Konsistorialpräsidenten zum Erzengel der Ost-Identität, das war eine fulminante Karriere.

Auch ARD und ZDF lamentierten. Wie konnte es geschehen, dass die Ostdeutschen, die früher „Tagesschau“ und „Monitor“ und „Kennzeichen D“ sofften wie das liebe Bier, mehrheitlich zu den Privaten überliefen? Die-

ser Undank! Waren die öffentlich-rechtlichen Sender nicht die Schutzmacht der kritischen Geister in der DDR? Hielten sie nicht zeitlebens der DDR die deutsche Frage offen, als den meisten Bundesbürgern Rom und Mallorca längst näher lagen als Erfurt und Schwerin? – Allerdings wusste der ARD-Sportmoderator Hartmann noch 1996 Cottbus nicht von Chemnitz zu unterscheiden. Es sind hundert kleine Dinge, die der Ostler übel nimmt, vor allem, wenn Berichte über den Osten klingen wie das „Auslandsjournal“. Im Übrigen lässt sich vermuten, dass der Ostzuschauer nicht erst in der Neuzeit unterhaltungssüchtig wurde. Auch politisches Westfernsehen unterhielt zu Mauerzeiten. Man konsumierte es als Gegenstand zum SED-Getöse. Die systemstabilisierende Wirkung des Westfernsehens hatte Erich Honecker beizeiten erkannt.

In der Ideologiesprache der SED firmierten die Sender und Blätter des Westens als *bürgerliche Medien*; das war abschätzig gemeint. Dennoch trifft der Begriff. Die DDR ist ganz wesentlich ein proletarisches Land gewesen, mit sesshaftem Volk, zudem geprägt durch die Homogenitätserfahrung der Provinz. Gewiss hatte sie auch Bürgertum, aber nicht jenen gewaltigen bürgerlichen Mittelbau der Altbundesländer, an den sich die dortigen Medien wenden und der das Konzert ganz verschiedener Stimmen schätzt.

Viel West-Spott erfährt seit Jahren der Mitteldeutsche Rundfunk: Er versuche mit Erfolg, das Niveau der Privaten noch zu unterbieten, er wende sich mit seinem Vollprogramm von Flirt-, Koch- und Schunkelshows konsequent an ein bürgerfreies Publikum. Das ist pauschal geurteilt und dennoch nicht ohne Grund. Der MDR feiert Orgien gesellschaftlicher Reprivatisierung. Die Foren der Öffentlichkeit heißen bei diesem Sender „Musikantenscheune“, „Rivierboot“ und „Bauernmarkt“.

Da von der Enttäuschung altbundesdeutscher Medienzentralen die Rede war, sei deren Glück nicht vergessen: dass nämlich die Treuhand 1991 die fünfzehn ehemaligen SED-Bezirkszeitungen sämtlich an Westverlage verkaufte. Noch heute lässt sich die DDR-Bezirkseinteilung an den Vertriebsgebieten dieser Zeitungen erkennen. Bis auf die „Berliner Zeitung“ hat keines dieser Blätter den Limes der Provinz überschritten. Sie blie-

ben Spiegel der Nahwelt. Nur 2,7 Prozent der Ostdeutschen lesen überregionale Blätter. Nationale Medien, das sind unverändert westdeutsche Medien. Nationale Debatten, von ihnen entfacht, sind westdeutsche Debatten, manchmal mit einer Ost-Stimme garniert. Deutsche Öffentlichkeit ist westdeutsche Öffentlichkeit. Der deutsche Begriff von Normalität bezeichnet das westdeutsch Normale. Die aufgerufenen Geschichtserfahrungen sind die der Bundesrepublik. Was der Osten denkt und spricht, ist weithin wieder in die Mündlichkeit verbannt.

Ein paar Ostprodukte überlebten. Das „Magazin“ liefert stille Reportagen, literarisches Feuilleton und zarte Fleischbetrachtung, das „Mosaik“ erzählt den Kindern die unendliche Reise der Abrafaxe, die „Junge Welt“ versorgt die Hardcore-Antifa, das „Neue Deutschland“ bemüht sich um die PDS-Gemeinde. Ein Gemeindeblatt ist auch die hochseriöse linksliberale Ost-West-Wochenzeitung „Freitag“, 1990 aus DDR-„Sonntag“ und der BRD-„Deutschen Volkszeitung“ entstanden. Der Anspruch ist hoch, die Auflage klein, eine Öffentlichkeit der Gleichgesinnten.

Keineswegs sei vergessen, dass der Osten selbstverständlich auch ein Zentralorgan besitzt – das heißt, besitzen tut’s der Münchner Burda-Verlag, der Woche für Woche die „Super-Illu“ auf den Ostmarkt wirft, mit einer Verkaufsauflage von ca. 650 000. Die „Super-Illu“, anfangs ein nuttiges Schweinsblatt, hat sich sehr gewandelt. Sie folgt dem überragenden Ost-Interesse an Nützlichkeit und Alltagsrelevanz und erfüllt den Wunsch, Medien hätten Sprachrohr der Bürger zu sein – in diesem Fall der so genannten kleinen Leute. Weitenteils von West-Journalisten im Wir-Ossis-Sound verfasst, bietet die „Super-Illu“ durchaus seriöse Politik-Betrachtung, Lebenshilfe, Produkt-Beratung und wohlbalancierte Vergangenheits-Exkursionen der Marke *Weißt Du noch?* Nie waren die Show- und Schlagerstars der DDR so berühmt wie heute, dank der „Super-Illu“. Unerträglich sind einem Menschen von ostdeutscher Kultur Beckenbauers Weißwurstgewäch und die ununterbrochenen Balzereien der monegassischen Fürstentöchter. Die „Super-Illu“ hingegen bietet essentiellen Stoff: das Bier von hier. Dagmar Frederics Herz geht wieder auf Rosen! Was hat Dagmars fünfter Gatte, das

der vierte nicht mehr hatte? Wie war’s, als Jürgen Sparwasser die BRD erschoss und Eberhard Cohrs beinahe seine Frau? Wie starb Dean Reed wirklich? Und was empfand Renate Blume, als Gojko Mitic vor sie trat, der Häuptling Ulzana vor seine Squaw, und sprach: „Renate, der Adler fliegt allein...“

Nebst solchen Delikatessen offeriert die „Super-Illu“ die Erkenntnis einer unverändert geteilten deutschen Öffentlichkeit. Allzu oft und mit manchen Gründen empfinden Ostdeutsche: Das da drüben hat mit uns wenig zu tun. Es ist aber in diesem Urteil eine provinzielle Selbstbeschränkung enthalten, als sei den Medien, statt von den Weltläuften zu handeln, Heimatkunde aufzutragen: als ob sie ihnen statt Aufklärung die Identitätspflege des Publikums. Viel weniger interessiert scheinen Ostdeutsche an den politischen Prozessen der Gesellschaft, in die sie hineingerieten und der sehr viele unverändert mit Distanz begegnen.

All das Vorgetragene folgt einem Fakt, den Helmut Kohls Innenminister Wolfgang Schäuble, der den deutschen Einigungsvertrag im Beisein des DDR-Staatssekretärs Günter Krause mit sich selber ausgehandelt hat, in den einfühlsamen Satz zu kleiden wusste: „Liebe Freunde, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung.“ Genau so war’s. Der Westen bedurfte keines Ostens, er war in sich gefestigt und komplett. Er koppelte sich den Osten an wie eine starke Lokomotive fünf weitere Waggons. Nun schnauft die Lokomotive überlastet, was jedoch nichts daran ändert, dass der Osten 1990 keine Lokomotive mehr besaß. Die deutsche Vereinigung war ein Anschluss, keine Hochzeit unter Gleichgestellten. Das Ostvolk entschied sich dafür, auf dem Schoß des Westens Platz zu nehmen. Und dann geschah, was passiert, wenn ein Drittland, ein Fünftelvolk sich der Mehrheit und ihren Regularien zu fügen hat.

Der Erfolg der PDS beruhte auf dem Umstand, dass sie als Einzige ostdeutsch sprach. Nur diese Partei reklamierte DDR-Vergangenheit als gleichrangige deutsche Geschichte. Das rechtfertigte auch die Biographien ihrer Wähler. Ansonsten pflegt der Osten eine energische Opfer-Existenz. Man fühlt sich wun-

derbar bestätigt, wenn Übelwessis – Schönbohm! Stoiber! – ostverachtenden Unsinn reden. Da jault der Ossi auf, mit kollektiver Wonne. Innere Freiheit klingt anders.

Kapitalismuskritik

Der 11. September 2001 setzte auch der deutschen Selbstbespiegelung eine Zäsur. Spätestens seit den Al-Qaida-Massakern von New York und Washington und den anschließenden Verbrechen der Welt- und Kriegsmacht USA wissen sich die Deutschen, Ost wie West, im selben Boot unterwegs. *Die Lüge* der Gegenwart ist die Rehabilitation des Krieges als Mittel der Politik.

Das zweite gesamtdeutsche Thema heißt Kapitalismuskritik. Es war lange fällig. Die Vollbeschäftigung ist verloren, das weiß jeder. Doch unverändert bemisst sich unser psychosoziales Wertesystem an der Erwerbsarbeit. Man kann den Medien kaum vorwerfen, dass sie die Lage verschweigen. Es gibt sogar mehr Aufklärung als Bereitschaft zu ihrer Rezeption. Aber wir, das Publikum, das Volk, gefallen uns in seltsamer Schizophrenie. Von den Medien erwarten wir durchaus das unretuschierte Krankheitsbild. Von der Politik verlangen wir Heilungsversprechen. Wehe dem Arzt, der seine Ohnmacht bekennt.

Was Ost- und Westdeutsche lange einte, war der Glaube an die oberste Wirkmacht von Politik. Der Staat befriedete den Markt und moderierte den Mehrwert. Die Gleitmittel des Wohlstands beförderten die Demokratie so offenbar, dass auch für die meisten Ostdeutschen 1990 ihre emanzipatorischen Hoffnungen in eins fielen mit dem Beitrittswunsch zur Bundesrepublik. Geschichte schien dort Wachstum, jedermanns Aufstieg, und die Soziale Marktwirtschaft mitnichten Klassenstaat mit seinen unversöhnlichen Widersprüchen, sondern schier das Gelobte Land, wie die Ahnväter es geschaut hatten im „Kommunistischen Manifest“: ... *eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.*

Sozialdemokratie, das ist immer Kompromiss gewesen, Klassenausgleich, Zähmung des Kapitals. Dass der SPD Mitglieder und Wahlvolk in Scharen entlaufen sind, spricht nicht gegen den sozialdemokratischen Konsens der

Bundesrepublik. Es bezeugt nur, dass dieser Konsens politisch obdachlos geworden ist. Die SPD gab sich bis kürzlich wie jemand, der, längst vom Tiger gefressen, ihn immer noch zu reiten meint. Man mag es tragisch nennen, dass ausgerechnet diese Partei den Rückbau des Sozialstaats beginnen musste. Gar nicht tragisch, aber volksverleumdend wirkte der Etikettenschwindel. Es vertrieb den Wähler und beleidigte den Verstand, wie konsequent die Schröder-Regierung Ohnmacht, Staatspleite und Sozialabbau in euphemistisch beschrifteten Tüten verkaufte: Reform, Innovation, Ich-AG, Elite-Universität, mannigfach Agenden, und von der größten Tüte jubelte es *Freiheit!* Und die Wirtschaft *setzt Humankapital frei*, die Arbeitslosenzahl steigt und steigt, der Staat hat für die Geschassten aufzukommen und erniedrigt sich vor aller Augen zur Magd des Großkapitals. Wirtschaft und Politik verhalten sich zueinander wie ein Tagebau-Unternehmen, das die Kohle aus der Erde beutet und der öffentlichen Hand die Rekultivierung der Landschaft überlässt.

Dank dieser kapitalen Lage rottet die Autorität der Politik. Oft hörte man, die Schröder-Regierung habe ihre Akzeptanz verspielt, weil sie es versäumte, dem Volk zu sagen, wohin die deutsche Reise geht. Wie sollte sie? Sie wusste es nicht, war ihre Krise doch die des Volkes selber. Die Alterspyramide steht Kopf, der Vertrag zwischen den Generationen ist nicht einzuhalten, der Sozialstaat verkam zum VEB Besitzstandswahrung und wurde Opfer seines eigenen Erfolgs. Die Politik hat nicht länger Überschüsse zu verteilen. Die Demokratie muss für ihre Stimulanzien selbst aufkommen. Moralisch, finanziell und personell kann Deutschland seine höheren Werte immer weniger reproduzieren. Es zitiert sie aber unverdrossen – *Eigentum verpflichtet*, den Rechtsstaat und das immergrüne Glück der Wiedervereinigung.

Es gibt noch wenig politische Rede über das, was derzeit tatsächlich mit uns geschieht. Die Republik verkrämer. Die Psyche der Gesellschaft wird durchsuppt vom Marketing-Gedöns. Sämtliche Werte haben sich ökonomisch auszuweisen. Jegliches Reden über Kunst, Bildung, Sport, Gesundheit entgleitet alsbald zum Finanzjargon. Die ungeheure Komplexität globalisierter Wirtschaft, dem Einzelnen pars pro toto bewusst, mündet leicht in die ohnmächtige Gewissheit,

dass die Weltläufe ohne unser Zutun zwanghaft routieren; und die Politik sitzt mit uns auf demselben Karussell und winkt uns zu.

Wollen wir nicht eingestehen, dass sich die Gesellschaft schwerlich gegen die Marktgesetze organisieren kann? Das Volk zerfällt, die Klassen kehren wieder. Was sich derzeit vollzieht, ist ein Abschied vom Fortschrittsglauben. Zwei Begriffe haben in den vergangenen Jahren einen dramatischen Imageverlust erlitten: Globalisierung und Flexibilität wurden vom Lobwort zur Zote, von der Chance zum Fluch – im selben Maß, wie es die Gesellschaft auseinander zerrte, wie sie an Kohäsion verlor. Freiheit ist ein bezügllicher Wert. Bindungen und Sozialerfahrungen gehören zur freien Einzelexistenz wie das Haus zum Dorf, so wahr ein Dorf verludert, das ständig die Bewohner tauscht, statt Gemein-sinn zu organisieren. Solchen Sinn teilt man mit immer weniger Menschen. Wir wandeln uns zum Volk von Flachwurzeln. Patchwork-Biographien werden normal. Arbeitsverhältnisse, Wohnzeiten, Ehen verkürzen sich, damit auch unsere Loyalitäten. Das Volk beginnt zu nomadisieren.

Gerade deshalb wächst unser Bedürfnis nach kollektiver Selbstvergewisserung. Ständig werden neue Generationen ausgerufen. Es boomen Filme nachkriegsdeutscher Simultan-Erinnerung. „Das Wunder von Bern“ und „Lengede“ und „Good Bye, Lenin!“ klären Herkunft, stiften Heimat, versöhnen mit Vergangenheit, sichern Biographie, machen unser Wir seiner selbst gewiss. Es hat Jahre gebraucht, bis ich die deutsche – also die westdeutsche – Debatten-Logik begriff. Alles hängt am Gedenkkalender. Er arrangiert den Markt, er stiftet, als Retrospektive, jene Simultanität, die dieser auseinander driftenden Gesellschaft ansonsten mehr und mehr abhanden kommt. Zum 8. Mai 2005 inszenierten die Medien eine besonders umfassende Anstrengung der kollektiven Selbstdefinition via Memoria. Natürlich gibt es weiterhin aktuelle Gleichzeitigkeiten – Fußball und Papstbegräbnis, den Grand Prix, die Katastrophen und, jawohl, den guten alten Wahlsonntag.

Teils reportieren die Medien das Ereignis, teils stellen sie es selber her. Lichterketten, Anti-Hartz-Demonstrationen, Menschen-sperren gegen Naziparaden, das sind keine

Fernsehproduktionen, das ist Demokratie: die selbstermächtigte Öffentlichkeit souveräner Bürger. Aber zunehmend muss Fernsehen Heimat stiften für Menschen, die anderweitig kaum noch Anbindung haben und die virtuelle Welt der Glotze zu ihrer Primärerfahrung machen. Nun sei der Begriff doch noch ausgesprochen: Unterschicht-Fernsehen. Natürlich verachte ich die Kotz-und-Schrei-Formate, die selbstverachtenden Entblößungen, die Pop-Stasi-Shows, von „Big Brother“ bis Haumichblau. Nicht verachten möchte ich die Menschen, die sich derlei lebenszeitvernichtenden Mist laut Statistik täglich fünfeinhalb Stunden in die Hirnschale kippen.

Viele Dauerarbeitslose gehen als Demokraten verloren. Das ist kein Dogma, nur Erfahrung. *Freigesetztes Humankapital* haust in enger Kammer. Solche Menschen verinseln. Sie schultern weder die Gesellschaft noch ihre eigene Stadt. Kein Staat kann seinen Bürgern gelingendes Leben garantieren, und die globalisierte Wirtschaft zieht um die Handlungsfelder nationaler Politik rigide Grenzen. Aber unstrittig bleibt jede deutsche Regierung der *sozialen* Marktwirtschaft verpflichtet, damit das Volk nicht zerfällt in Sieger und Menschen vom Müll.

Klaus von Dohnanyi

Freiheit Ost

Die Wahl ist entschieden, Deutschlands Probleme sind es nicht. Denn Deutschlands wirtschaftliches Schicksal hängt in erster Linie von den Entwicklungen in den „neuen“ Bundesländern ab: Alles aber, was der Wahlkampf zu den Problemen des Ostens

an den Tag brachte, war die Erkenntnis, wie groß diese Probleme noch immer sind. Strategien zur Lösung der Aufgaben standen nicht zur Debatte: Vielleicht, weil es keine mehr gibt?

Allzu lange nahmen wir die Folgen der Wiedervereinigung nur für die „neuen“

Länder zur Kenntnis. Dort geschah der Umbruch; dort brachen die DDR-Unternehmen zusammen; dort übernahmen die Waren der erfolgreichen Industrieländer die Märkte und fegten die verstaubten DDR-Produkte von den Regalen; dort wurden die Menschen arbeitslos. Also musste dort die materielle Aufbauarbeit geleistet werden: der Unternehmen und ihrer Arbeitsplätze; der Infrastruktur; der Wohnungen und Schulen; der Straßen und Schienen; der Bahnhöfe und Telefonnetze, Flughäfen und Universitäten, Konzerthallen und Museen. Der Aufbau ist gelungen und weitgehend vollendet – aber die Probleme sind geblieben. Es fehlen die Unternehmen, die Arbeitsplätze und damit die eigene wirtschaftliche Kraft. Der Osten hängt am Tropf des Westens.

Niemand bestreitet die großen Aufbauleistungen, wenn er sich dennoch der wirtschaftlichen Wahrheit stellt. Während in 15 Jahren etwa eine Billion (!) Euro im Osten investiert wurde, schlossen viele ehemals starke Betriebe der DDR ihre Tore. Viele tüchtige junge Menschen wanderten (und wandern!) nach Westen, insbesondere junge Frauen. Schon jetzt macht sich neben hoher Arbeitslosigkeit ein Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften bemerkbar; es fehlen Ärzte und qualifiziertes

Pflegepersonal. Und die Gesellschaft altert schneller als im Westen.

Zwar hat die Ansiedlung von Produktionsstätten großer Unternehmen immer wieder Signale setzen können, aber Konzernleitungen oder Forschungszentren sind kaum gefolgt. Und obwohl das verarbeitende Gewerbe, Rückgrat jeder Wirtschaft, in den „neuen“ Ländern seit Jahren schneller wächst als im Westen, bleibt es dennoch schmal; obwohl moderne Ostbetriebe oft rentabler arbeiten als ihre westlichen Konkurrenten, müssen sie bei den Verkaufspreisen noch immer zurückhaltender bleiben und können die notwendigen Schritte zum Aufbau ausreichenden Eigenkapitals kaum tun.

15 Jahre nach Einführung der Währungsunion und nach dem Vollzug der politischen Einheit bleiben die Unterschiede zwischen Ost und West erheblich: Etwa ein Drittel der ostdeutschen Wirtschaftsleistung, so die Fachleute, lebt von den Finanztransfers aus dem Westen, die auf verschiedenen Wegen (unter diesen ist der Solidarpakt eher nachrangig!) rund vier Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung ausmachen. Sozialsysteme, Infrastruktur, Unternehmensaufbau und öffentliche Finanzen können nur so am Leben gehalten werden. Nach bisheriger Rechnung sind es Jahr für Jahr rund 90 Milliarden Euro; also mehr als das Dreifache eines Verteidigungshaushalts der Nation.

Kein Zweifel: Der Fall der Mauer war politisch das freudigste Ereignis des 20. Jahrhunderts, nicht nur für die Deutschen. Freiheit für die bisher eingeschlossenen Menschen. Freiheit des Wortes und Freizügigkeit des Weges für den Osten – aber auch Freiheit für den Westen, der ja ebenfalls lange vom Osten Europas getrennt leben musste. Doch diese wiedergewonnene Freiheit hat ihren Preis: Sie öffnete Wege des Wettbewerbs zwischen Menschen, zwischen Unternehmen und Völkern. Freiheit nutzt bestehende Unterschiede aus und lässt neue Unterschiede entstehen, Freiheit stärkt die Starken. Freiheit gibt es nicht ohne diese Folgen. Nur im Gefängnis können alle gleich sein.

Den Ansturm der Unterschiede erlebten die DDR-Bürger von den ersten Stunden des Mauerfalls an. Ihre schwache Währung wurde über Nacht faktisch wertlos. Ihre Pro-

Klaus von Dohnanyi

Dr. iur., geb. 1928; Bundesminister a.D.; Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a. D.; 2004 Sprecher des „Gesprächskreises Aufbau Ost“; stellvertretender Vorsitzender des Konvents für Deutschland.
Heilwigstraße 5,
20249 Hamburg.

dukte und Dienstleistungen erwiesen sich für den Entwicklungsstand der freien Industriestaaten als untauglich, also brachen ihre Märkte weg. Die Härten trafen die Bürger der DDR. Der Westen, allerdings, musste den Absturz auffangen. Er kam und kommt finanziell für die Folgen auf. Der Aufbau Ost war nicht nur teurer, er dauerte auch viel länger, als manche Versprechung erwarten ließ. Die Folgen dieser Fehlschätzungen lasten ökonomisch auf der Republik, und zwar auf der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

Weil wir aber über diese Folgen niemals wirklich offen sprachen, wuchsen im Osten bald Enttäuschung und im Westen Ungeduld. Wer von der Freiheit der Stärkeren bestürzt wird, kann als „Verlierer“ auch dann nicht immer glücklich sein, wenn ihm vom „Gewinner“ geholfen wird. Der Westen wiederum spürt die finanziellen Engpässe überall, in den öffentlichen Haushalten ebenso wie in den Kostenbelastungen seiner Arbeitsplätze. Dass Enttäuschung im Osten auch bei Wahlen zum Ausdruck kommen würde, war konsequent. Die enttäuschten Menschen im Osten sind empfindlich; sie verstehen Fehleinschätzungen gern als bewusste Täuschungen und sehen sich allzu oft als Opfer dunkler Mächte (z. B. westdeutscher Glücksritter), anstatt den entscheidenden Anteil der DDR zu berücksichtigen. Allerdings: Dass der bayerische Ministerpräsident die Entscheidung über die Wahl einer Bundesregierung nicht von den reaktionären Kräften der PDS getroffen sehen möchte, muss man ihm dann auch zugestehen. Schließlich geht es um Deutschland, nicht um die Gefühlswelt einer ostdeutschen Minderheit.

So stehen wir heute, nach 15 Jahren deutscher Einheit, einem zweifachen Problem gegenüber: Einerseits hat sich Deutschland, so wie die Regierung Kohl die wirtschaftliche Vereinigung organisiert hat, ökonomisch übernommen. Nicht nur ist die öffentliche Verschuldung nach der Vereinigung massiv gestiegen, auch die jährlichen Transferzahlungen überfordern inzwischen die Wirtschaftskraft Westdeutschlands. Weil etwa zwei Drittel der etwa 90 Milliarden Euro pro Jahr unmittelbar in den ostdeutschen Sozialbereich gelangen, bleibt das Wachstum in Deutschland schwach. Wirkliche Kaufkraft kann so nicht gemehrt werden.

Andererseits sind diese Transferzahlungen weiterhin notwendig: Schon die ostdeutsche

Massenarbeitslosigkeit von durchschnittlich nahezu 20 Prozent erfordert erhebliche Summen. Hier gibt es eine unselige Wechselwirkung: Die hohe Arbeitslosigkeit und die erheblichen Zinsen, die für eine noch immer wachsende Verschuldung der Nation notwendig sind, erlauben keinen nachhaltigen Aufschwung. Und die so verursachte Wachstumsschwäche erlaubt keine Aufwärtsentwicklung auf den Arbeitsmärkten. Die Europäische Kommission stellte schon 2002 fest, dass die deutsche Wachstumsschwäche zu bis zu zwei Dritteln durch die Vereinigungsfolgen verursacht werde und sich erst beseitigen ließe, wenn die Transferzahlungen reduziert werden könnten. Und der Sachverständigenrat fand im Jahresgutachten 2004, dass die Vereinigung eine „erhebliche“ und „wesentliche“ Ursache der deutschen Wachstumsschwäche darstelle. In jenem Jahresgutachten kommt der Sachverständigenrat ebenfalls zu dem Ergebnis, dass es zu einer schnellen Lösung der Probleme keinen „Königsweg“ gebe.

Diese Auffassung vertrat auch der „Gesprächskreis Ost“, den die Regierung Schröder zu ihrer Beratung berufen hatte: In dem von mir verantworteten Bericht hatten wir gesagt, dass die Probleme der „neuen“ Länder sich nicht kurzfristig lösen lassen. Aber beide, Sachverständigenrat und unser „Gesprächskreis“, resignierten nicht: Sie fordern beide eine konsequente „Kurskorrektur“ der Strategien im Aufbau Ost und stimmen dabei in den meisten Vorschlägen auch überein. In wenigen Worten heißt das: Ausgaben für Infrastruktur sind auf betriebswirksame Investitionen zu begrenzen; Wachstumskerne (hier ist der Sachverständigenrat zurückhaltender) sind zu definieren und zu fördern; die Investitionsförderung ist auf Einzelförderung (weg von der Gießkanne) umzustellen; die Verwendung der Solidarpaktmittel ist auf ihre Zweckgebundenheit zu kontrollieren. Und, nicht zuletzt: Der Osten braucht größere Spielräume für seine politischen Rahmenbedingungen.

Letzteres ist aus meiner Sicht noch immer der Schlüssel: Es sollte unbestreitbar sein, dass angesichts des wirtschaftlichen Gefälles zwischen Ost und West in Deutschland gerade im Osten eine größere Flexibilität notwendig ist. Ein gutes Beispiel ist die Forderung nicht nur der Gewerkschaften nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West“. Der Vorteil, den Ostdeutschland heute bei den Arbeitszei-

ten und der sehr viel größeren Flexibilität der Betriebe hat, ist vermutlich der einzige, der den „neuen“ Ländern verblieben ist. Diese Flexibilität wurde durch Verlassen der Flächentarifverträge und durch Sondervereinbarungen schon in den Ansiedlungsverhandlungen erreicht. Denn um mit dem Westen gleichziehen zu können, müssen die „neuen“ Länder ihre Lohn- und Einkommensstrukturen wesentlich flexibler gestalten können als der Westen – also auch mehr Unterschiede zwischen Betrieben in unterschiedlicher Wettbewerbslage dulden. Zwar haben 80 Prozent der Betriebe im Osten die Flächentarifverträge gerade deswegen verlassen, aber bei Ansiedlungsvereinbarungen müssen noch heute zu oft und zu mühsam Ausnahmen verhandelt werden. Härtekláuseln wirken meist viel zu spät. Natürlich gelten diese Wahrheiten für das gesamte öffentliche Regelsystem auch im Westen: Nicht ohne Grund wird immer wieder darauf hingewiesen, dass auch die „alte“ Bundesrepublik ihren Erfolg nach 1949 unter der heutigen Regulierungsdichte kaum hätte erreichen können. Hilfreich wäre es deswegen, wenn in der ganzen Republik die Regelsysteme mehr regionale Unterschiede ermöglichen würden. Warum nicht für alle 16 Länder mehr Freiheiten?

Hier werden gelegentlich die „neuen“ Länder selbst zum Problem. Denn sie fürchten sich vor der entscheidenden Folge: der Notwendigkeit nämlich, dies mit mehr finanzpolitischer Eigenverantwortung der Länder zu verbinden. Denn Eigenverantwortung heißt immer auch: Übernahme eines gewissen Risikos. Der Osten kann mehr Gestaltungsfreiheit nicht ohne mehr Verantwortung auch für die Folgen dieser Freiheit gewinnen. Hier scheint ein Dilemma hinsichtlich des Finanzausgleichs zu bestehen: Im Westen könnte man ihn mit einer Fristankündigung vermutlich abschaffen; so groß sind die regionalen Unterschiede nicht. Aber der Osten könnte heute, das steht fest, angesichts dramatisch niedrigerer Steuereinnahmen pro Einwohner, den Aufbau in eigener finanzieller Verantwortung noch nicht leisten. Kann man dann in Deutschland überhaupt mehr föderale Eigenverantwortung schaffen?

So wichtig Transferzahlungen und Investitionszuschüsse für den Aufbau Ost auf Zeit noch immer sein mögen: Hier, in der Konstruktion unseres Föderalismus, liegt die wirkliche Zukunftschance des Ostens. Zu-

nächst müssten wir – denn das fehlt im Solidarpakt II – an die Fehlverwendung der Solidarpaktmittel rechtsverbindliche Sanktionen binden; was übrigens alle Sachverständigen schon lange vergeblich fordern. Und man müsste, wiederum mit Fristansage, den Begriff der „Haushaltsnotlage“ viel enger fassen. Dafür müsste dann allerdings auch eine sachlichere Interpretation des Begriffes „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gefunden werden.

Denn will man den Ausgleich bestehender regionaler Ungleichheiten durch mehr regionale Eigenverantwortung voranbringen – und das scheint mir heute die einzig verbliebene Chance der „neuen“ Länder – so müsste für den Aufbau Ost eine Reformstrategie gewählt werden, die regional sogar in einzelnen Instrumenten des Sozialstaates flexiblere Unterschiede erlaubt. Das aber hieße: Den Ländern müssten einerseits in der Höhe der notwendigen Sozialtransfers langfristig klare quantitative Grenzen gezogen werden, andererseits müssten sie aber dann auch die Mittel für eine erfüllbare „Eigenverantwortung“ auf diesem Sektor erhalten, und zwar in eigener Verwaltung. Dänemark und Staaten der USA könnten hier Vorbilder sein.

Sicherlich, eine derart tief greifende Veränderung könnte in Deutschland nur langfristig, also mit zeitlich ausreichender Vorwarnung an Länder und Kommunen, vorgenommen werden. Aber sie würde nicht nur die Tür zu einem wirklichen Föderalismus öffnen, sondern auch die Chancen für ein Aufholen des Ostens deutlich verbessern. Gerade die erheblichen regionalen Ungleichheiten, mit denen wir in Deutschland schon heute leben und weiterhin rechnen müssen, könnten mit einer den Unterschieden der Regionen angemessenen, unterschiedlichen Politikgestaltung am besten zu „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ geführt werden. Wer aufholen soll und will, dem müssen auch Chancen für phantasievollere Lösungen, für schnelleres, unbürokratischeres und sparsameres Handeln und für mutiges Experimentieren zur Verfügung stehen. Wer mit mehr Phantasie bessere regionale Erfolge erzielt, der hat auch politische Erfolgserlebnisse und bläst den Mehltau des Pessimismus davon. Hier also wäre eine Tür für eine neue Etappe zu einem erfolgreicherem Aufbau Ost: in einer konsequenten Föderalismusreform. Eine mutige politische Strategie müsste diese Tür jetzt öffnen.

Das historische Jahr 1990

In der Bundesrepublik scheint vielen im Jahr 2005 die Zukunft bereits verloren. Weder die Bevölkerung noch die politischen Eliten scheinen eine Vorstellung davon zu haben, wie die Gesellschaft in zehn oder in zwanzig Jahren aussehen könnte.¹ Situation und Stimmung seien geprägt von Melancholie, Selbstzweifel und Unzufriedenheit, meint der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern.² Neue soziale Ungleichheit und „flächendeckender Fatalismus“ scheinen sich

breit zu machen, und vielen scheint ein Rückgriff auf die Vergangenheit zur Vergewisserung von Gegenwart und Gewinnung von Zukunft nahe liegend.

Dabei wäre zu klären, um welche Aspekte des Vergangenen es sich handeln könnte. Nicht wenige Beobachter befürchten,

dass die hier gemeinte Vergangenheit der Deutschen der Nationalsozialismus sein könnte: Erinnerung an eine „faszinierende“ Zeit, als die Massenarbeitslosigkeit überwunden wurde, Deutschland in der Welt wieder etwas galt und „Blitzkriege“ gewann. Hinzu kommen in vielen Familien die Erinnerungen an „Leid, Bedrängnis und Not, um das ausgebombte Haus, die zurückgelassene Habe, den Opa, der damals noch ganz jung war, in Kriegsgefangenschaft“,³ und in Wissenschaft und Publizistik wird der Status der Deutschen als Opfer von Bombenkrieg, Vertreibungen und Vergewaltigungen entdeckt.⁴ Solche Erinnerungen sind nicht zu diskreditieren, denn jedes Volk hat das Recht und sogar die Pflicht, an die eigenen Toten zu erinnern. Auch die individuelle Bearbeitung des in der Familie oder persönlich erlittenen Leides ist notwendig und sinnvoll. Doch sollte

es nicht aus dem Gesamtzusammenhang deutscher Schuld gerissen werden.

Insgesamt ist die monströse Verbrechenzeit des „Dritten Reiches“ so gut erforscht und im öffentlichen Bewusstsein verankert, dass sie als „nationales Faszinosum“ unbrauchbar ist. Dessen ungeachtet ist die ständige Beschäftigung mit deutscher Schuld weiter notwendig, und auch wenn der einzelne Deutsche heute nicht persönlich schuldig ist, so besteht doch die Verantwortung der Nation weiter. Auschwitz als Gründungsfundament der Bundesrepublik „ex negativo“ wird bleiben. Jedoch ist zu fragen, ob diese Erinnerung für eine Neuformierung nationaler Identität ausreicht. Eine mögliche Antwort ist verbunden mit der Suche nach dem Positiven in der deutschen Geschichte.

Sinnvollerweise fällt der Blick schnell auch auf die deutschen Freiheitstraditionen. Diese lassen sich weit zurückverfolgen. Von entscheidender Bedeutung für die geistig-moralische Stabilisierung der Demokratie der Bundesrepublik sind der Widerstand gegen den Nationalsozialismus und der gegen die zweite deutsche Diktatur. Hier rückt die friedliche Revolution von 1989/90 und die durch sie ermöglichte Wiedervereinigung ins Blickfeld.

Bei der Frage nach der historischen Bedeutung des Jahres 1990 und des Herbstes des Vorjahres geht es nicht zuerst um den 9. November 1989 und den Fall der Berliner Mauer, sondern vor allem auch um den 9. Oktober 1989 in Leipzig, als die Staatsmacht angesichts der schieren Masse der friedlichen Demonstranten kapitulierte. Das Volk auf der Straße schuf erst die Voraussetzung für den Mauerfall, als Höhepunkt einer friedlichen Revolution. Diese Perspektive verlieren manche Historiker und Politikwissenschaftler oft aus den Augen, wenn sie die externen Bedingungen wie die wirtschaftliche Überlegenheit

¹ Vgl. Harald Welzer, Nervtötende Erzählungen. Die Bewältigung der Vergangenheit in Deutschland gilt als vorbildlich. Was bewältigt ist? Gar nichts, in: Frankfurter Rundschau, Beilage, vom 7. 5. 2005, S. 1.

² Fritz Stern, Fünf Deutschlands sind ein bisschen viel. Interview, in: Der Tagesspiegel vom 19. 6. 2005.

³ H. Welzer (Anm. 1).

⁴ Vgl. Jörg Friedrich, Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München 2003; Hubertus Knabe, Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin 2005.

Rainer Eckert

Dr. habil., geb. 1950; Privatdozent am Kulturwissenschaftlichen Institut der Universität Leipzig und Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Grimmaische Straße 6, 04109 Leipzig. eckert@hdg.de

des Westens, die Informationsrevolution, die Rolle westlicher Politiker oder des sowjetischen Parteiführers Michail Gorbatschow überbetonen.¹⁵ Doch erst nach dem entscheidenden Montag in Leipzig war das politische Handeln zur deutschen Einheit möglich. So ist es zwar richtig, dass der 9. November 1989 zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte der Deutschen zählt,¹⁶ doch ist er ohne den 9. Oktober nicht denkbar. Dies gerät immer mehr in Vergessenheit, da Berlin als deutsche Hauptstadt mehr Interesse auf sich zu ziehen vermag als die „ostdeutsche Provinz“ und es vom Mauerfall die eindrucksvolleren Bilder gibt. Letzterer war ein deutsch-deutsches Ereignis. Trotzdem sollte der Fall der Berliner Mauer nicht zum Sturm auf die Bastille aufgewertet werden.¹⁷ Erst die Besetzungen der Zentralen der Geheimpolizei der SED ab dem 4. Dezember 1989 entsprechen diesem frühen Höhepunkt der Französischen Revolution.

Forderungen der Bürgerbewegung

Die kommunistische Diktatur war 1989 wirtschaftlich, sozial, moralisch und umweltpolitisch am Ende. Es dominierte ein geducktes, geistig erschöpftes Warten darauf, ob aus Moskau der Befehl zur Freiheit kommen würde. Bei den Herrschenden verfiel die marxistisch-leninistische Ideologie, und der Mut, sich zu den eigenen Idealen zu bekennen, schwand in dramatischer Geschwindigkeit.¹⁸ In dieser Situation war es ein historischer Glücksfall, dass sich die Hoffnungen und Forderungen der Bürgerbewegung kurzfristig mit denen der Mehrheit der Bevölkerung verbanden und revolutionäres politisches Handeln möglich wurde.

¹⁵ Vgl. u. a. Eckhard Jesse, Das Dritte Reich und die DDR – Zwei „deutsche“ Diktaturen?, in: Totalitarismus und Demokratie, 2 (2005) 1, S. 49, oder: Dennis L. Bark, Außenpolitische Bedingungen der deutschen Einheit. Die „Supermächte“, in: Zeit-Fragen. Der Weg zur Wiedervereinigung, Köln–Bonn 2000, S. 11–26.

¹⁶ Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, Bd. 2, München 2000, S. 513.

¹⁷ So Winkler, vgl. ebd., S. 517.

¹⁸ Vgl. Jens Reich, Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation, München–Wien 1991, S. 79, 131.

Ein Text des Neuen Forums vom 28. Oktober 1989 macht beispielhaft die Forderungen der Bürgerbewegung deutlich.¹⁹ Es ging um Freiheit im Sinne von Presse-, Meinungs-, Verfassungs- und Demonstrationsfreiheit, um Reisefreiheit und um die Freiheit der Wahl des Wohnsitzes. Dazu kam die Vorstellung von einer reformierten DDR ohne omnipräsente (Geheim-)Polizei – mit der Bundesrepublik freundschaftlich verbunden, aber doch mit dem Anspruch auf eine „neue DDR“.¹⁰ Das war eine letztlich illusionäre Position.

Zu den Reformhoffnungen der Bürgerrechtsgruppen gehörten ferner eine Medienreform, die Reform des Wahlrechts, grundlegende Veränderungen im Bereich politischer Strafjustiz und im Strafvollzug sowie die Offenlegung und der Abbau aller Vergünstigungen und Sondersorgungen für Staatsfunktionäre. Der Wehrdienst sollte verkürzt und ein legaler, sozialer Ersatzdienst eingerichtet werden. Polizei- und Sicherheitsorgane sollten parlamentarisch kontrolliert und auf das unbedingt nötige Ausmaß beschränkt werden. Weitere Forderungen bezogen sich auf die Entflechtung von Staat und Gesellschaft, den Abbau der Bürokratie sowie die Selbstständigkeit der Kreise und Gemeinden. Es gab auch Hoffnungen auf einen Aufbruch in Erziehung und Ausbildung und eine Stabilisierung des sozialen Netzes.

Die Forderungen, Hoffnungen und Wünsche der Mehrzahl der Ostdeutschen waren unter dem Leitwort „Wir sind das Volk“ für einen kurzen, glücklichen historischen Zeitraum fast identisch mit denen der Bürgerbewegung, um sich dann nach dem Fall der Berliner Mauer zu differenzieren und sich unter der Erkenntnis „Wir sind ein Volk“ immer schneller in Richtung möglichst rascher und kompletter Wiedervereinigung zu entwickeln. Im Einzelnen kennzeichnete die Situation auf den Demonstrationen des Herbstes 1989, dass allgemeine politische Forderungen mit Wünschen nach Veränderungen im Alltag verbunden waren.¹¹ Diese ähnelten sich in allen Teilen der DDR. Die Demonstranten forderten „Stasi in die Produktion“, die SED-

¹⁹ Vgl. ebd., S. 193 f.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 261.

¹¹ Etwa am 19. 11. 1989 auf dem Dresdner Theaterplatz, Tonbandmitschnitt.

Funktionäre sollten zur Verantwortung gezogen werden, der Führungsanspruch der SED war zu beenden und die Opfer politischer Verfolgung zu rehabilitieren. Das bedeutete freie Wahlen, freie Presse, freie Religionsausübung und die Freiheit der schulischen Bildung, der universitären Lehre sowie der Forschung. Auch die Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR wurde kritisiert.

Weitere Hoffnungen richteten sich auf das Vergehen der hypertrophen Bürokratie. Insbesondere die Sachsen begrüßten jubelnd die Vision einer Neugründung ihres Freistaates. SED bzw. Blockparteien und Massenorganisationen sollten die Betriebe verlassen, der Umweltschutz war zu sichern, der Verfall der Städte aufzuhalten und das Gesundheitswesen zu reformieren. Behinderte und Alte sollten besser versorgt und Kinderspielplätze gebaut werden. Demonstranten forderten das Verschwinden des Moderators Karl Eduard von Schnitzler von den Fernsehbildschirmen und eine wahrhaftige Aufarbeitung der Geschichte.

Viele setzten nicht zuletzt auf eine Verbesserung ihrer materiellen Situation, und nicht wenige dachten dabei an die Ersetzung ihres „Trabis“ durch ein „richtiges“ Auto. Schließlich gewann auch die Hoffnung auf ein einiges Deutschland in einem vereinten Europa an Bedeutung. In der allgemeinen Euphorie und Zukunftserwartung wiesen nur wenige Redner auf den Zusammenbruch der Wirtschaft oder soziale Einbrüche hin oder verbanden dies gar mit der Prophezeiung bevorstehender schwerer Zeiten. Viele Ostdeutsche wollten das damals nicht hören.

Die Forderungen der Revolution von 1989/90 hat der Leipziger Historiker Hartmut Zwahr systematisch untersucht und klassifiziert. Er identifiziert vier Gruppen von Forderungen: 1. nach Demokratisierung („Demokratie – jetzt oder nie“ „Wir sind das Volk“), 2. nach Grundrechten und -freiheiten („Pressefreiheit“, „Zivildienst Menschenrecht“, „Reisefreiheit für alle“, „Visa-frei bis Hawaii“, „Streikrecht“), 3. nach Machtwechsel („Erich geh, uns tut's nicht weh“, „Neue Männer braucht das Land“ „Regierung zurücktreten! Verantwortliche bestrafen“) und 4. nach Zerstörung der staatlichen Machtapparate, zuerst der Staatssicherheit („Stasi weg, hat kein' Zweck“,

„Stasi in die Volkswirtschaft“, „Stasi, deine Zeit ist um“).¹²

Mehr als 90 Prozent der Forderungen des Herbstes 1989 sind realisiert worden. Die Schwierigkeiten der Gegenwart – von der Massenarbeitslosigkeit über die Überalterung der Bevölkerung bis zur Abwanderung aus dem Osten – konnten die Ostdeutschen 1989/1990 kaum erahnen.

Was wurde 1990 erreicht?

Erstmals in der deutschen Geschichte leben die Deutschen nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 am 3. Oktober 1990 in international anerkannten, sicheren Grenzen und werden von ihren Nachbarn nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen. Die „nationale Frage“ ist gelöst, Freiheit und nationale Einheit sind errungen und miteinander verbunden, die Nation ist in einem demokratischen, postklassischen Nationalstaat vereint.¹³ Die Nachkriegszeit ist mit dem „Vertrag über die endgültige Regelung in Bezug auf Deutschland“ zum 3. Oktober 1990 beendet und die Bundesrepublik uneingeschränkt souverän.

Wichtige Ergebnisse der Entwicklung von der friedlichen Revolution bis zur Wiedervereinigung hat Richard Schröder in einer Kontroverse mit Günter Grass über dessen Interpretation der den Deutschen „geschenkten Freiheit“ genannt.¹⁴ Dazu gehört zuerst, dass politische Unterdrückung und Bespitzelung ihr Ende gefunden haben und dass Menschen, die ihr Land verlassen wollen, nicht mehr Gefahr laufen, an einer fast undurchdringlichen Grenze getötet zu werden. Ebenso wichtig ist heute, dass die Ostdeutschen die parlamentarische Demokratie und ihre Institutionen grundsätzlich angenommen haben. Mit dem Herbst 1989 verbunden bleibt darüber hinaus, wenn auch teilweise verschüttet, die Erinnerung an das Glück des „aufrechten Ganges“

¹² Vgl. Hartmut Zwahr, *Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR*, Göttingen 1993, S. 130–131.

¹³ Vgl. H. A. Winkler (Anm. 6), S. 638 und 655.

¹⁴ Richard Schröder, Günter Grass sieht Gespenster. Von wegen „Freiheit nach Börsenmaß“, in: *Die Zeit* vom 12. 5. 2005, S. 8.

und die Erkenntnis, bedrückende Zustände friedlich überwinden zu können.¹⁵

Allerdings erscheint die Zustimmung zur demokratischen Regierungsform gerade in der letzten Zeit zunehmend gefährdet zu sein. Ein wichtiges Warnsignal liegt darin, dass zwischen 1991 und 2003 jeweils dreißig bis fünfzig Prozent der Westdeutschen, aber zwischen fünfzig und siebzig Prozent der Ostdeutschen mit der Demokratie „unzufrieden“ waren.¹⁶ Besorgnis erregend ist darüber hinaus, dass sich diese Unzufriedenheit in Stimmenverlusten der etablierten Parteien, abnehmender Wahlbeteiligung und rückläufiger Parteimitgliedschaft ausdrückt. Auf der Suche nach den Gründen werden für den Osten die andersartige Sozialisation, der aktuelle sozioökonomische Status, die enttäuschten Erwartungen im Vereinigungsprozess und die geringen Möglichkeiten teilnehmenden Handels herangezogen.

Doch im Kern hat Demokratiezufriedenheit zuerst und vorrangig mit der Möglichkeit zum individuellen selbstbestimmten Handeln zu tun.¹⁷ Hier sind im Osten dringend Verbesserungen erforderlich, die jedoch nur von den Ostdeutschen selbst eingefordert und mit Leben erfüllt werden können. Demokratie setzt Engagement voraus, und für die Weiterentwicklung im vereinten Deutschland ist es unabdingbar, dass ostdeutsche Interessen auf Bundesebene ausreichend berücksichtigt werden.¹⁸

Wichtig ist, dass der „Aufbau Ost“ trotz Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung (verbunden mit fortschreitender Überalterung und hohen Wohnungsleerständen),¹⁹ negativem Geburtensaldo und Deindustrialisierung,²⁰ beachtliche Erfolge zu vermelden hat.

¹⁵ Rede des Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse am 9. 10. 2004 in der Leipziger Nikolaikirche, Tonbandmitschnitt.

¹⁶ Vgl. Wilhelm Hinrichs/Ricarda Nauenburg, Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland, in: Deutschland Archiv (DA), 38 (2005) 3, S. 393.

¹⁷ Vgl. ebd., S. 401.

¹⁸ Vgl. Hans-J. Misselwitz, Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn 1996, S. 81.

¹⁹ Vgl. Thorsten Erdmann, Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung, in: DA, 38 (2005) 3, S. 402.

²⁰ Vgl. Wolfgang Seibel, Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treu-

Dazu gehören die Rettung verfallender Städte, der Aufbau einer neuen Infrastruktur mit Autobahnen, hoch modernen Kommunikationsnetzen, Flughäfen und Kanälen. Und trotz des Zusammenbruchs großer Teile der ostdeutschen Wirtschaft ist in den letzten fünfzehn Jahren auch ein (freilich viel zu schmaler) leistungsfähiger Unternehmenssektor entstanden, der sich zunehmend auf Auslandsmärkte konzentriert.²¹ Darüber hinaus hat sich die Wohnsituation grundlegend verbessert, die Mangelwirtschaft hat ein Ende, und das Gesundheitswesen leidet nicht mehr unter einer solchen Auszehrung wie in der DDR, in deren Spätzeit sogar die Kanülen von Spritzen mehrfach verwendet und zwischen den Anwendungen neu geschärft werden mussten.

Der Diskurs um die Wiedervereinigung

Trotz aller Erfolge entwickelte sich der Diskurs über den Einigungsprozess widersprüchlich und oft nicht positiv. Dabei muss bedacht werden, dass die Auseinandersetzung mit Diktaturen nach deren Ende geradezu zwangsläufig in hohem Maße streitig sein muss.²² Gegner und Opfer der Diktatur fordern Gerechtigkeit und Aufklärung, die Mehrheit der Mitläufer schweigt ohne Schuldbewusstsein, und die Träger der Gewaltherrschaft bekennen sich zu keiner Schuld, versuchen ihre berufliche Existenz zu sichern und drängen erneut in Spitzenpositionen. Und so ist für die auf totalitäre Herrschaft folgende Demokratie höchste Aufmerksamkeit für ihre Vorgeschichte geboten.

Diese war in der Bundesrepublik nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nur bedingt gegeben. Daraus hatten die Demokraten 1989/90 gelernt und betrieben die Auseinandersetzung mit der SED-Herrschaft konsequent und schnell. Die damit verbundene Delegitimierung der kommunistischen Diktatur war notwendig. Trotzdem waren mit ihr

handanalt und ihre Nachfolger 1990–2000, Frankfurt/M. 2005.

²¹ Vgl. Udo Ludwig, Licht und Schatten nach 15 Jahren wirtschaftlicher Transformation in Ostdeutschland, in: DA, 38 (2005) 3, S. 415.

²² Vgl. Rainer Eckert, Triumph über die Diktatur oder Verschleierung der Vergangenheit? Zwölf Jahre Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur. Eine vorläufige Bilanz, in: Horch und Guck, 11 (2002) 39, S. 23–27.

Fehler verbunden. Typisch ist das am Beispiel der Aufklärung der Tätigkeit der Inoffiziellen Mitarbeiter der Geheimpolizei zu sehen, die geradezu zum ideellen „Gesamtossi“ mutierten,¹²³ während das Führungspersonal der Staatssicherheit und die Strukturen der SED weitgehend im Dunkeln blieben. Auch die Überprüfung hunderttausender Ostdeutscher auf ihre Verquickung mit der Geheimpolizei war zwar notwendig, jedoch allein schon deshalb auch ungerecht, da Westdeutsche nicht oder nur äußerst selten auf den Prüfstand kamen und die Frage unbeantwortet bleiben musste, wie sie sich unter totalitärem Zwang verhalten hätten.

Letztlich konnte es nicht verwundern, dass die gegen „die Ostdeutschen“ erhobenen Vorwürfe von diesen an ihre westdeutschen Landsleute zurückgegeben wurden. Dabei stammte eine frühe Kritik aus Ostdeutschland selbst, in der die Landsleute als von Repression gekennzeichnete, deformierte Menschen gekennzeichnet wurden.¹²⁴ Es schloss sich eine Trotzreaktion verbunden mit der Einsicht an, dass sich die Ostdeutschen am eigenen Schopf aus dem Sumpf ihrer Schwierigkeiten ziehen müssen. Dann folgten auf der einen Seite Versuche, für die neuen Bundesländer eine Zukunftsperspektive zu entwickeln, auf der anderen Seite wuchsen Ernüchterung, Vorwürfe und Nostalgie. Während die einen, etwa Markus Meckel, versuchten, den selbstbewussten Gang in die deutsche Einheit zu beschwören¹²⁵ oder wie Wolfgang Thierse Perspektiven für Ostdeutschland zu entwickeln,¹²⁶ setzten andere wie Friedrich Schorlemmer auf Versöhnung¹²⁷ oder argumentierten wie Edelbert Richter aus ostdeutscher Sicht gegen den neoliberalen Zeitgeist.¹²⁸ Dies alles war verständlich und diskursiv in die Zukunft weisend. Dagegen scheinen jüngere Veröffentlichungen über

„Einheitsfrust“¹²⁹, „Differenz in der Einheit“¹³⁰, das „Unbehagen in der Einheit“¹³¹ oder die „Unterschiede in der Einheit“¹³² zwar auf eine weit verbreitete Gemütslage zu treffen, den Kern der Sache jedoch zu verfehlen. Das gilt auch für die im Jahr 2004 hochkochenden Proteste gegen die „Hartz-IV“-Reformen oder die Warnung vor dem „Supergau deutsche Einheit“.¹³³

Viele der Probleme sind keine unmittelbaren Folgen der Wiedervereinigung, sondern sie sind erst in den vergangenen Jahren entstanden. Heute scheint sich in Ostdeutschland statt der Freude über die errungene individuelle und öffentliche politische Freiheit zunehmend Enttäuschung auszubreiten. Diese ist nicht aus Undankbarkeit bzw. aus Frustration über gescheiterte Illusionen oder aus irrationaler Rückbesinnung auf die DDR entstanden, sondern hat handfestere Gründe. Dazu gehören neben der massenhaften sozialen und rechtlichen Herabstufung der alten SED-Eliten das in der Vermögensfrage angewandte Prinzip Rückgabe vor Entschädigung, die Massenarbeitslosigkeit, geringere Gehälter bei gleicher Arbeitsleistung und längerer Arbeitszeit sowie die Ungleichheit bei Spareinlagen, Grund- sowie industriellem Eigentum. Hinzu kommt die Abwanderung – und hier hilft die Argumentation Richard Schröders, dass von 2001 bis 2003 rund 862 000 Ostdeutsche in den Westen und 715 000 Westdeutsche in den Osten gegangen seien,¹³⁴ nicht weiter, da er die Frage, wie sich diese „Wanderer“ beruflich zusammensetzen und welche Positionen sie jeweils einnehmen, nicht beantwortet. Ganz typisch ist, dass im Osten Leitungspositionen durch Westdeutsche übernommen werden und im Gegenzug jüngere Menschen, insbesondere gut ausgebildete Facharbeiter, in den Westen wechseln.¹³⁵ Ob die mit diesen Schwierigkeiten kämpfen-

¹²³ Vgl. H. A. Winkler (Anm. 6), S. 634.

¹²⁴ Vgl. Hans-Joachim Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1990.

¹²⁵ Vgl. Markus Meckel, *Selbstbewußt in die Deutsche Einheit. Rückblicke und Reflexionen*, Berlin 2001.

¹²⁶ Vgl. Wolfgang Thierse, *Zukunft Ost. Perspektiven für Ostdeutschland in der Mitte Europas*, Berlin 2001.

¹²⁷ Vgl. Friedrich Schorlemmer, *Versöhnung heißt nicht: „Schwamm drüber“*, in: Marion Dönhoff u. a. (Hrsg.), *Weil das Land Versöhnung braucht. Ein Manifest II*, Berlin 1993, S. 50–64.

¹²⁸ Vgl. Edelbert Richter, *Aus ostdeutscher Sicht. Wider den neoliberalen Zeitgeist*, Köln–Weimar–Wien 1998.

¹²⁹ Mathias Wedel, *Einheitsfrust*, Berlin 1994.

¹³⁰ Lothar Probst (Hrsg.), *Differenz in der Einheit. Über die kulturellen Unterschiede der Deutschen in Ost und West*, Berlin 1999.

¹³¹ Daniela Dahn, *Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit*, Berlin 1996.

¹³² Jana Simon/Frank Rothe/Wiete Andrasch (Hrsg.), *Das Buch der Unterschiede. Warum die Einheit keine ist*, Berlin 2000.

¹³³ Uwe Müller, *Supergau Deutsche Einheit*, Berlin 2005.

¹³⁴ Vgl. R. Schröder (Anm. 14).

¹³⁵ Vgl. Wolfgang Engler, *Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft*, Berlin 2005, S. 332.

den Ostdeutschen dadurch – wie Wolfgang Engler meint – zur „Avantgarde“ weiterer Entwicklungen in ganz Deutschland werden,¹³⁶ erscheint mehr als fraglich.

Noch wichtiger als die Wanderungsproblematik (und gleichzeitig eng mit ihr verbunden) ist die Unterrepräsentation von Ostdeutschen in gesellschaftlichen und öffentlichen Schlüsselpositionen. Der Elitenwechsel seit 1990 ist nach wie vor eines der zentralen Probleme des Vereinigungsprozesses. Zwar war dieser Wechsel des Führungspersonals zur Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses in den neuen Bundesländern notwendig und konnte angesichts der personellen Schwäche der Bürgerbewegung nicht durch Oppositionelle abgesichert werden, aber die heutige Situation der fast lückenlosen Dominanz westdeutscher Führungskräfte in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen schafft lange wirkende Resentiments, die der Kolonisierungsthese immer wieder Auftrieb verschaffen und sich zudem politisch instrumentalisieren lassen.

Dies wird so lange so bleiben, wie die Verhältnisse anhalten, die eine Elitenstudie der Universität Potsdam bereits 1995 widerspiegelte. Nach ihr gab es in der Wirtschaft, in der Justiz und beim Militär keine Ostdeutschen in den ausgewiesenen 426 Spitzenpositionen; bei 474 Spitzenpositionen in der Verwaltung waren es zwölf, bei den Medien, Wissenschaftsgremien, bei Gewerkschaften und bei Kultur war jeder Zehnte ein Ostdeutscher.¹³⁷ Dies lässt sich weder schnell noch grundsätzlich ändern – ein Wandel ist erst dann zu erhoffen, wenn eine neue, gesamtdeutsche Generation solche Differenzierungen obsolet macht.

Grundsätzlich ist immer wieder zu betonen, dass mit der Forderung nach der Überwindung des Ungleichgewichts keiner neuen Ost-West-Spaltung das Wort geredet, sondern um die gleichberechtigte Teilnahme aller an den deutschen Angelegenheiten gerungen wird. Ziel sind dabei nicht gleiche, aber gleichwertige Lebensbedingungen. Doch eine Gleichheit der Freien kann nur auf der Basis gesicherter Erwerbsmöglichkeiten existieren.¹³⁸

Heute wird die Situation in Ostdeutschland vor allem dadurch erschwert, dass ein sich selbst tragender Aufschwung der Wirtschaft ausgeblieben ist und die ostdeutschen Länder weiter am Finanztropf des Westens hängen. Das hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bereits 2001 dazu veranlasst, die wirtschaftliche und soziale Lage in Ostdeutschland als „auf der Kippe“ bedenklich einzuschätzen.¹³⁹ Die Kritik ist berechtigt und hat nichts mit „Ostalgie“ zu tun. Es ist zu überlegen, wie die Einheit von Freiheit und materieller Sicherheit erreicht wird, da Freiheit nur umfassend wahrgenommen werden kann, wenn dies auf einer ungefährdeten Lebensgrundlage geschieht. Zu bedenken ist dabei der nicht nur im Osten ausgeprägte Sinn für Gerechtigkeit und Gleichheit, wobei in den neuen Bundesländern eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Einkommen weitaus stärker als im Westen als positiv empfunden wird. Es kann weder darum gehen, Unterschiede einzuebnen noch ausschließlich auf das freie Spiel der Kräfte zu setzen. Dass die Ostdeutschen Eigenverantwortung wirklich als Bürde empfinden und gesellschaftliche Freiheiten nur als Freiheit von Not und Risiken verstehen,¹⁴⁰ erscheint auch auf der Grundlage statistischen Materials fragwürdig. Ob das Vertrauen in die Wirtschaftsordnung und das politische System der Bundesrepublik weiter sinken wird, hängt wesentlich von der Reformpolitik der kommenden Jahre ab.

Wenn es in Zukunft darum geht, das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht aus den Augen zu verlieren, kann dies nicht heißen, dass alle Deutschen gleichermaßen gut oder schlecht leben, sondern dass die durch die lange staatliche Teilung bedingten Unterschiede in den Lebensverhältnisse überwunden werden. Dies wird jedoch noch ein langer Weg sein, auf dem es um Modernisierung in der gesamten Bundesrepublik geht. Auch der Westen muss seine Reformunwilligkeit überwinden und kann dabei durchaus von den Reformfah-

¹³⁶ Vgl. ders., Die Ostdeutschen als Avantgarde, Berlin 2002.

¹³⁷ Ausführlich zit. bei W. Thierse (Anm. 26), S. 51.

¹³⁸ Vgl. H.-J. Misselwitz (Anm. 18), S. 90.

¹³⁹ W. Thierse (Anm. 26), S. 8.

¹⁴⁰ Vgl. Renate Köcher, Freiheit und Gleichheit – Wertewandel im Vergleich, in: Hermann Schäfer (Hrsg.), Ploetz: 50 Jahre Deutschland. Ereignisse und Entwicklungen, Freiburg 1999, S. 77–82.

rungen des Ostens profitieren. Entscheidend ist nicht die nachholende Entwicklung, sondern die Gewinnung der Zukunft. Zu Recht weist Thierse immer wieder darauf hin, dass es nicht vorrangig um den Abbau von Zuwendungen, um die Erhaltung eines Niedriglohngbietes und die Rückführung des Engagements des Staates und öffentlicher Einrichtungen gehen kann.¹⁴¹ Der richtige Weg könnte in einer gesamtdeutschen, aktiven, binnenmarktorientierten Wirtschaftspolitik liegen, die zu verstärkten Investitionen vor allem in Wissenschaft und Forschung führt. Dies ist ein langfristiger Prozess. Die Erinnerung an die friedliche Revolution und das Glück der Wiedervereinigung könnten hier Zuversicht und Hoffnung vermitteln und verdeutlichen, dass sich östlich der Elbe kein Jammertal und auch kein Milliardengrab aufbauen. Stattdessen hat der Osten durchaus Reformpotenzial – es reicht von der Veränderung der Einstellung zur Berufstätigkeit von Frauen bis zur Flexibilisierung der Arbeitszeit – in die Bundesrepublik eingebracht.¹⁴²

Um das Erbe von 1989/90 produktiv zu machen, ist auch die Rückgewinnung des Revolutionsbegriffs gegen die belanglose, ja diffamierende (von Egon Krenz stammende) Bezeichnung „Wende“ nötig. Weiterhin sind für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Westbindung der christliche Aspekt der Bürgerbewegung und die Ausrichtung ihrer Konzepte auf den europäischen Einigungsprozess bedeutsam. Bemerkenswert bleibt darüber hinaus der friedliche Charakter der demokratischen Revolution von 1989, die herausragende Bedeutung von Volksbewegungen und die Bestätigung westlichen politischen Denkens und der Tradition der europäischen Aufklärung.

Die grundlegende Bedeutung von Widerstand und Opposition gegen Diktaturen für das politische Bewusstsein der Deutschen liegt darin, ein Gefühl für die permanente Gefährdung des Rechtsstaates zu entwickeln und zu erkennen, dass jedes Volk bei der Verletzung elementarer Menschenrechte zum Widerstand aufgerufen ist. International

könnte die Tradition der friedlichen Revolutionen als „republikanische Revolution“ (Richard von Weizsäcker) bei der Erweiterung der Europäischen Union einen Teil des historischen Fundamentes bilden und eine Brücke zwischen Mittelosteuropa und dem Westen bilden.¹⁴³ Demokratie und Niederlage dürfen nie wieder gleichgesetzt werden,¹⁴⁴ und die Ideen der Bürgerbewegung, die Kraft der Zivilcourage und das Engagements „von unten“ sollten auch künftig bei der Lösung von Konflikten berücksichtigt werden. International ist mit den demokratischen Revolutionen in Ostmitteleuropa die Hoffnung verbunden, dass der bisher als unauflösbar geltende Zusammenhang von Gewalt und Gegengewalt, von Mord und Massenmord, durchbrochen werden konnte.¹⁴⁵ Die Bürgerrechtler in der DDR und in anderen Ländern Mittelosteuropas haben das Repertoire revolutionären Handelns im vergangenen Jahrhundert deutlich erweitert.

In Zukunft ist es notwendig, dass sich die Ostdeutschen durch eigene Arbeit ihren Wohlstand in Freiheit selbst erarbeiten können. Dazu ist eine wettbewerbs- und zukunftsfähige Wirtschaft unabdingbar, die Ostdeutschland zu einer europäischen Verbindungsregion mit eigenständigem Profil werden lässt.¹⁴⁶ Dabei muss der gesamtdeutschen Öffentlichkeit bewusst bleiben, dass sich die Menschen in der DDR vor 15 Jahren ihre Freiheit selbst erkämpften und diese nicht von „großen Männern“ oder einem gnädigen Schicksal geschenkt bekamen. Diese friedliche Revolution gehört zur Tradition der deutschen Demokratie, die sich ja nicht auf allzu viele gelungene Beispiele von Widerstand und Opposition gegen Diktatur und Fremdherrschaft stützen kann. Umso besser, dass es gerade hier seit 1989/90 mehr Positives zu erinnern gibt.

¹⁴³ Ausgeführt in: H. A. Winkler (Anm. 6)

¹⁴⁴ „Nationalismus ist die Pest“. Joschka Fischer und Heinrich August Winkler über die Last der Nazi-Vergangenheit, gemeinsame Werte in der Europäischen Union und das Unbehagen an der Osterweiterung, in: Der Spiegel, (2005) 18, S. 36.

¹⁴⁵ Vgl. Rainer Eckert, Revolution, Zusammenbruch oder „Wende“. Das Ende der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im Meinungsstreit, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster u. a. 2003, S. 444.

¹⁴⁶ Vgl. W. Thierse (Anm. 26), S. 13.

¹⁴¹ Zur theoretischen Begründung des Weges der Bundesrepublik als „Hochlohngbiet“ vgl. W. Engler (Anm. 35).

¹⁴² Vgl. Stephan-Andreas Casdorff, Vergesst die Ostdeutschen nicht, in: Der Tagesspiegel vom 28. 6. 2005.

Die minderen Brüder und Schwestern

Im Jahr 1990 „haben wir gedacht, die Einheit bedeutet, daß die DDR beitrifft und in der Bundesrepublik alles so bleibt wie es war. Das war ein großer Irrtum. Wir hätten begreifen müssen, daß etwas Neues entsteht.“¹ Bis heute ist das nicht im Bewusstsein aller Deutschen angekommen. Zu klar war die

Erich Röper

Dr. iur., geb. 1939; Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen, Honorarprofessor der Universität Münster. Hagenauer Straße 24, 28211 Bremen. eroeper@zerp.uni-bremen.de.

Niederlage der DDR, gesellschaftlich, wirtschaftlich wie finanziell, zu marode ihr politisches und ökonomisches System, als dass viele Westdeutsche daran hätten anknüpfen wollen, zu traditionell die Furcht, jene „von drüben“ gefährdeten den eigenen

Wohlstand. Es waren (und sind) ihnen mindere Brüder und Schwestern im Osten, die sich anpassen sollen.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger im Westen nehmen auch im 15. Jahr der deutschen Einheit vor allem dann Notiz von ihren ostdeutschen Mitbürgern, wenn es um die moralische und juristische Abwicklung des SED-Regimes geht, und mitunter legen sie dabei Maßstäbe an, die der eigenen Aufarbeitung der NS-Zeit weithin fehlen. Derweil wachsen im Osten mit „Ostalgie“ und Linkspartei/PDS Gefühle der Fremdheit zum noch immer privilegierten Westen, dort aber wünschen sich manche gar eine neue Mauer.

Beitritt statt Wiedervereinigung

„1989, als die Helden von Leipzig die Parole von dem einen Volk durch die Straßen trugen, gab es keine Stunde Null. Da war schon ein saturierter westdeutscher Staat vor, der in

Freiheit und Wohlstand sein Grundgesetz zum Glücksfall der Geschichte erklärte.“² Schon lange vor der Wiedervereinigung verbanden die beiden deutschen Teilstaaten nur noch die alliierten Vorbehaltsrechte und eine gemeinsame Staatsangehörigkeit. Sie sollte erstmals 1967 durch das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR geteilt werden. Zweimal verneinte auch das Bundesverwaltungsgericht die deutsche Staatsangehörigkeit rund 800 000 Ostdeutscher, sie entspreche nicht den Anforderungen des westdeutschen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.³ 1987 hob das Bundesverfassungsgericht die Urteile auf; eine solch statische Betrachtungsweise stelle die Einheit des ganzen deutschen Volkes in seinem jeweiligen Bestand als des Trägers des Selbstbestimmungsrechts grundsätzlich in Frage und laufe dem Gebot des Grundgesetzes zuwider, die Einheit der deutschen Staatsangehörigkeit zu wahren; DDR und Bundesrepublik repräsentierten weiter „Deutschland als Ganzes“.⁴

Viele hatten schon 1949 „in der Weststaatskonzeption ein Begräbnis der deutschen Einheit“ gesehen,⁵ zumal daran auch deutsche Behörden zweifelten.⁶ Die Bundesregierung war für die Westmächte „die einzige deutsche Regierung, die frei und legitim gebildet und daher berechtigt ist, als Repräsentantin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten für Deutschland zu sprechen“⁷ – doch war sie für die Westalliierten nicht die De-jure-Regierung ganz Deutschlands.

¹ Bundesaußenminister Joschka Fischer, Interview in Berliner Zeitung vom 28./29. 2. 2004, S. 5.

² Thomas Darnstädt, Die Konsensfalle, München 2004, S. 10.

³ Vgl. Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwGE) Band 66, S. 277 ff., und 72, S. 291 ff.; vgl. auch Erich Röper, Nation und Recht, in: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP), (1987), S. 403 ff.

⁴ Vgl. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 77, S. 137 ff.; dazu Erich Röper, Die Bundesrepublik kann die deutsche Staatsangehörigkeit nicht definieren, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), (1988), S. 488 ff.

⁵ Klaus Stern, Staatlichkeit und Verfassungsgebung in Deutschland vor 50 Jahren, in: DÖV, (1998), S. 795 ff.

⁶ Vgl. Eberhard Menzel, Zur völkerrechtlichen Lage Deutschlands, in: Europa-Archiv (EA), (1947), S. 1009 ff., mit Hinweisen auf Stellungnahmen des bayrischen Finanzministeriums vom 22. 1. 1946 und Wirtschaftsministeriums vom 14. 2. 1946.

⁷ New Yorker Erklärung vom 8. 9. 1950 und *interpretative minute*; vgl. BVerfGE 77, S. 137 ff., 158.

An Zweistaatlichkeit dachte nicht nur die SED. Da angesichts des Mauerbaus „um Berlin kein Krieg geführt werden könne“, die Alternative mithin „Krieg oder Räumung“ sei,¹⁸ schlug Bundesaußenminister Gerhard Schröder (CDU) im September 1961 vor, West-Berlin zu evakuieren und in der Lüneburger Heide neu aufzubauen.¹⁹ Die Berlin-Klausel in internationalen Verträgen wollte er 1965 durch eine Grundsatzerklärung ersetzen.¹⁰ Die Stadt wäre nicht mehr gewesen, was sie war, nämlich „ein kaum überwindbares Hindernis für eine dauernde Teilung Deutschlands. Ohne Berlin konnte man sich ein zweistaatliches Deutschland als Dauerzustand vorstellen, aber mit Berlin enthielt diese Lösung eine unlösbare Frage: Wohin mit der Insel?“¹¹

Das Buhlen um Vertriebenenstimmen und der mit der Hallstein-Doktrin verbundene Bonner Alleinvertretungsanspruch verhinderten Ende der fünfziger Jahre möglicherweise Stettins Rückgabe an die DDR, das, westlich der Oder gelegen, ursprünglich zur Sowjetischen Besatzungszone gehört hatte und erst später Polen übertragen worden war. Solche Korrekturen der Oder-Neiße-Linie hätten die völkerrechtliche Anerkennung der polnischen Westgrenze und Wiedergutmachungsleistungen für die NS-Gräuel verlangt; das war in der Bundesrepublik damals politisch nicht durchsetzbar.¹²

Weil Bonn den Alleinvertretungsanspruch generell nie in Frage stellte, wurde folgerichtig die 1949 in Artikel 146 des Grundgesetzes (GG) verlangte Abstimmung über eine gemeinsame Verfassung im Falle einer Wiedervereinigung¹³ durch den schlichten Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des GG ersetzt: „Im Einklang mit der jahrzehntelang politisch und verfassungsrechtlich aufrechter-

haltenen Lehre von der Identität der westdeutschen Bundesrepublik Deutschland mit dem deutschen Gesamtstaat änderte auch der Beitritt der DDR nach Art. 23 a.F. GG an der Identität des deutschen Völkerrechtssubjekts nichts, sondern erweiterte nur sein Territorium.“¹⁴

Wirtschaftliche Ausgrenzung und soziale Diskriminierung

Der rasche Beitritt machte viele DDR-Deutsche zu Almosenempfängern – so die Publizistin Daniela Dahn bei der Verleihung des Ludwig-Börne-Preises 2004. Tatsächlich glauben nicht wenige Westdeutsche bis heute, der Solidaritätszuschlag zur Finanzierung des Solidarpakts werde nur bei ihnen erhoben. Die fortgesetzte Ungleichbehandlung, etwa bei der Entlohnung oder der Höhe des Arbeitslosengeldes II, und nicht zuletzt die Rede von den „Frustrierten im Osten“, die nicht über die künftige Bundesregierung entscheiden dürften, sorgten im Wahlkampf 2005 für Empörung bei vielen Ostdeutschen und für neue Ausgrenzungsgefühle.

Der als Diskriminierung empfundene Umgang mit dem DDR-„Volkseigentum“ begann 1990. Das wird deutlich, wenn man den Status der bewusst „neue“ genannten Bundesländer mit der Stellung der Länder in der Bundesrepublik 1949 vergleicht. „Unter zeitlicher Priorität der Entwicklung der Staatlichkeit der Länder vor der Bildung der deutschen Gesamtstaatsorganisation“ hatten sie 1949 das 1933/34 „verreichlichte“ Landes- und Kommunalvermögen¹⁵ im „Hoheitsvakuum“ treuhänderischer Ausübung deutscher Staatsgewalt durch die Besatzungsmächte¹⁶ übernommen und regelten die Verteilung des Reichsverwaltungs- und -finanzvermögens in den Artikeln 134 und 135 GG. Die DDR hingegen war 1990 der schwächere Partner: Die Artikel 134 und 135 GG liefen ins Leere, da das Reichsvermögen „in der Zeit der DDR in

¹⁸ Tagebücher Heinrich Krone, Bd. 1, 1945–1961, Düsseldorf 1995, Eintrag vom 18. 8. 1961.

¹⁹ Vgl. Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, Stuttgart 1987, S. 597 f.

¹⁰ Vgl. Theo M. Loch, Die Berlinklausel soll gestrichen werden, in: Rheinischer Merkur vom 9. 7. 1965, S. 1.

¹¹ Peter Bender, Berlin, glückliches Ärgernis, in: Die Zeit vom 27. 8. 1998, S. 49.

¹² Vgl. Harald Vocke, Albrecht von Kessel, Freiburg 2001.

¹³ Vgl. Karl (Carlo) Schmid, Die politische und staatsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: DÖV, (1949), S. 201 ff.

¹⁴ Thomas Giegerich, Europäische Verfassung und deutsche Verfassung im transnationalen Konstitutionalisierungsprozess, Berlin 2003, S. 1174.

¹⁵ Vgl. H. Holtkotten in: Bonner Kommentar, Anm. C.5.b) zu Art. 134 GG; Fritz Freudling, Rechtsfragen zu Art. 134 Abs. 2 und 3 GG (Reichsvermögen), in: Neue Juristische Wochenschrift (NJW), (1954), S. 1785 ff.

¹⁶ Vgl. BVerfGE 6, S. 309 ff., 360.

Volkseigentum i. S. d. Art. 21, 22 EV [Einigungsvertrag] umgewandelt oder sonst wie auf andere Rechtsträger verteilt worden“ sei.¹⁷ Der Bund übergab den „neuen“ Bundesländern marode Verwaltungsgebäude, aber kein wertvolles Fiskalvermögen!¹⁸ – nach der politischen Fiktion, 1952 hätten die Bezirke die Länder ersetzt, die DDR deren Vermögen somit „verreichlicht“. Es sei daher am 3. Oktober 1990 auf den Bund als Rechtsnachfolger übergegangen, da es die Länder in Ostdeutschland erst seit den Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 wieder gebe. Wird dagegen korrekt ausgegangen von der rechtlichen Kontinuität der östlichen Länder, die ähnlich wie Gesamtdeutschland durch Bundesrepublik und DDR von 1952 bis 1990 handlungsunfähig durch die Bezirke überlagert waren,¹⁹ ging ihr Vermögen keineswegs auf die DDR und dann die Bundesrepublik über. Und um künftig eine mögliche Sperrminorität der östlichen Länder bei Grundgesetzänderungen zu verhindern,²⁰ wurde im EV die „Spreizung“ der Bundesratsstimmen festgelegt: Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern – alle im Westen – erhielten eine zusätzliche Stimme.

Nach 1990 ging es sehr bald vor allem um das Ende von Bundeshilfen und „überhöhten“ Transfers. Doch können nach Berechnungen des wirtschaftsnahen Instituts der Stiftung Marktwirtschaft und Politik von netto rund 1,1 Billionen DM bis 1999 nur ein Viertel – jährlich ca. 40 Milliarden – als spezifische Leistungen für den Osten gelten, meist Investitionen, nicht zweckgebundene Zuweisungen an die Länder und Arbeitsmarktmitt-

tel.²¹ So wurden und werden dem „Aufbau Ost“ Rentenzahlungen oder Leistungen im Straßen- und Eisenbahnbau zugerechnet; letztere werden im Westen als Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan behandelt. Zudem gefährdet Berlin die Strukturförderung im Osten durch Deckelung des EU-Beitrags auf ein Prozent des Bruttonationaleinkommens.²²

Die Treuhand wickelte sogar lebensfähige Betriebe ab. Verheerende Folgen hat auch die bis heute weitgehend fehlende Leistung von Ostprodukten in den großen Lebensmittelketten. Investitionsförderung mit (Sonder-) Abschreibungen und Immobilienrückgabe statt Entschädigung machen überdies die kapitalschwachen Ostdeutschen zu Mietern im eigenen Land. (Hatten Westdeutsche vor Juli 1990 in der DDR Häuser saniert, war der Aufwand steuerlich nicht abzusetzen.)²³

Vor 1990 entsprach es dem *ordre public*, Tarifverträge wie bei Gastarbeitern²⁴ auf DDR-Bürger nicht anzuwenden. Erreichen heute die Lohnstückkosten Westniveau, „achtet das eingespielte Kartell der westdeutsch dominierten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände darauf, dass daraus keine Kostenvorteile für den Osten entstehen, sonst könnten sich die billigeren Ostbetriebe zur ernsthaften Konkurrenz der etablierten West-Standorte entwickeln“²⁵.

Im Streit um das „ostdeutsche Eigentum“ wird noch immer vehement eine Revision der „Bodenreform“ und Rückgabe der in der SBZ von 1945 bis 1949 enteigneten Grund-

¹⁷ Werner Heun, in: Horst Dreier (Hrsg.), Grundgesetz, Bd. 3, Tübingen 2000, Rdnrn. 10 ff., 21 zu Art. 134.

¹⁸ Vgl. zum „Preußen-Vermögen“ Helmut Steinberger/Dagmar Richter, Ist das Land Brandenburg im Wege der Rechtsfolge in das auf seinem Territorium gelegene Vermögen des ehemaligen Staates Preußen eingetreten?, Rechtsgutachten, Juni 1993; BVerfGE 95, S. 250 ff., bestätigt das Verfügungsrecht der Treuhand über die 1946 von Sachsen enteigneten Saaletalsperren; ebd., S. 243 ff., über die 1948 von Brandenburg enteigneten Brandenburgisch-Mecklenburgischen Elektrizitätswerke.

¹⁹ Vgl. Erich Röper, Verfassungsgebung und Verfassungskontinuität in den östlichen Bundesländern, in: Zeitschrift für Gesetzgebung (ZG), 6 (1991), S. 149 ff.

²⁰ Vgl. ders., Beitritt nach Artikel 23 GG sichert die finanzielle Handlungsfähigkeit der DDR-Länder, in: Deutschland Archiv (DA), 23 (1990) 4, S. 559 ff.

²¹ Vgl. Frankfurter Institut der Stiftung Marktwirtschaft und Politik, Argumente zur Marktwirtschaft und Politik, 65 (1999) 9, S. 5 f.

²² Dazu Parlamentarische Staatssekretärin Barbara Hendricks in der Fragestunde, BT-Protokoll 15/96 vom 10. 3. 2004, S. 8593. Mit Beschluss vom 18. 7. 2005 verhinderte das BVerfG das Bemühen der süddeutschen Länder, den Risikostrukturausgleich in der gesetzlichen Krankenversicherung zu Lasten der ostdeutschen Versicherten zu beseitigen (Az. 2 BvF 2/01).

²³ Vgl. Finanzgericht Bremen, Urteil vom 18. 8. 1999, Az. 499122K3.

²⁴ Vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Wolfgang Vogt am 7. 7. 1987 auf eine Schriftliche Anfrage, BT-Drs. 11/608, S. 39 ff.

²⁵ Stefan Berg u. a., Die neuen Ost-Zonen, in: Der Spiegel, Nr. 16/2004, S. 22 ff.

stücke verlangt.¹²⁶ Die Bodenreform war jedoch kein Spezifikum Moskaus oder der SED, und ihre Bestandssicherung in Artikel 41 EV bzw. Artikel 143 Absatz 3 GG keine Obsession von DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière. Es ging ihm um Rechtsfrieden, um „gelebtes Leben“ in der DDR. Zudem wollten ursprünglich alle vier Besatzungsmächte Bodenreformen zur „völligen Demilitarisierung“ und „Ausschaltung des Einflusses der Junker und nazistischen Großgrundbesitzer auf Staatsangelegenheiten“ durchführen.¹²⁷ Westdeutsche Verfassungen formulierten es ähnlich. Die Alliierten akzeptierten gegenseitig die jeweiligen Maßnahmen. So machten die Briten nach Verlegung der Zonengrenze um Ratzeburg am 27. November 1945 die Enteignungen der Bodenreformverordnung Mecklenburg-Vorpommerns vom 5. September nicht rückgängig; Klagen waren erfolglos.¹²⁸ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verwarf jüngst den Anspruch der früheren Großgrundbesitzer¹²⁹ ebenso wie Entschädigungsansprüche der Neubauern, die nicht mehr landwirtschaftlich tätig waren. Jede Restitution der früheren Güter hätte unabsehbare Folgen: „Zwei Drittel der Flächen des Landes, das von der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone betroffen war, gehörte adeligen Familien, obgleich der Bevölkerungsanteil des Adels traditionell bei ungefähr 1 % lag und liegt.“¹³⁰

Auch das gelebte Arbeitsleben in der DDR gilt nicht als gleichwertig. „Restitutionsansprüche für eine vollständige oder teilweise berufliche Rehabilitierung in arbeitsrechtlicher Hinsicht enthält das [Berufliche Rehabilitierungsgesetz] nicht.“ Obwohl 1994 die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutsch-

land“ Handlungsbedarf sah, nahm „der Gesetzgeber von der Übernahme des im früheren DDR-Recht [Rehabilitierungsgesetz vom 18. 9. 1990] enthaltenen Einstellungsanspruchs bei beruflichen Nachteilen aufgrund politischer Verfolgung Abstand“¹³¹. Nachteile im Rentenrecht werden nur ausgeglichen, wenn Ansprüche bestehen: So erhalten politisch verfolgte oder benachteiligte damalige Schüler, die aufgrund der Verfolgung keine Berufsausbildung begonnen hatten, keinen Ausgleich.¹³²

Ferner werden nur hiesigen „gleichwertige“ Berufsabschlüsse anerkannt.¹³³ Die Lehrerausbildung in der DDR galt formal und inhaltlich als vergleichbar, solange in der Bundesrepublik Lehrer knapp waren. Nun müssen Studium und fachbezogene Berufstätigkeit der Struktur, dem Ziel und dem Inhalt westlicher Laufbahnbefähigung entsprechen. Im Zuge der „schleppenden und entwürdigenden Prozedur der Anerkennung der beruflichen Abschlüsse der Ostdeutschen“ entscheiden „westliche Kultusbeamte ohne jede Kenntnis der Lebenswirklichkeit in der DDR über diese Gleichwertigkeit“.¹³⁴

Auch bei der Entschädigung der Kriegsfolgen gab und gibt es Unterschiede. „Der einzige ‚weiße Fleck‘ auf der Entschädigungslandkarte der Lastenausgleichsgesetze blieb für lange Jahre nur die DDR.“¹³⁵ Ausschließlich Vertriebene mit ständigem Aufenthalt im Westen Ende 1950 bekamen Ausgleich für Kriegs- und Vertreibungsschäden; stufenweise wurde die Frist für „Sowjetzonenflüchtlinge“ nach 1961 aufgehoben. Vertriebene, die bis 1990 in der DDR lebten und kein Bodenreformland erhalten hatten, bekamen nach der Wiedervereinigung einmalig 4 000 DM.

¹²⁶ Exemplarisch Constanze Paffrath, *Macht und Eigentum*, Köln 2004.

¹²⁷ Vorwort im Bodenreformgesetzentwurf der US-Zone, zit. in BVerfGE 46, S. 268 ff. Dazu ausführlich Erich Röper, *Die Bodenreformen in allen vier Besatzungszonen*, in: *Neue Justiz* (NJ), (2005), S. 296 ff.

¹²⁸ Zur Rechtskraft der Bodenreformverordnung vgl. Bundesgerichtshof (BGH), Urteil vom 17. 2. 1960 (V ZR 86/58); zur Übergabe an Neubauern BGH, LM 39 1955, Bl. 188, zu § 839 BGB/Art. 14 Abs. 3 und Art. 34 GG.

¹²⁹ EGMR, in: NJ, (2005), S. 325 ff.

¹³⁰ Joachim Wieland, in: H. Dreier (Anm. 17), Rdnr. 4 zu Art. 143 GG.

¹³¹ Bundesarbeitsgericht (BAG), Urteil vom 9. 11. 1994, 7 AZR 19/94, S. 12.

¹³² Vgl. BVerwG, Urteile vom 21. 1. 1999, 3 C.5/98, 3 C.6/98.

¹³³ Art. 37 Abs. 1 EV; vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christoph Matschie am 20. 11. 2003 auf eine Schriftliche Anfrage, BT-Drs.15/2107, S. 47 f.

¹³⁴ Thomas de Maizière, *Den Glauben an den Staat gemästet*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) vom 25. 1. 1999, S. 11.

¹³⁵ Joachim Löbach/Wilhelm Kreuer, *Das Lastenausgleichsrecht und offene Vermögensfragen*, Bornheim 1992, S. 345; vgl. BVerfGE 46, S. 299 ff.

Für die SBZ-Deutschen, denen am Grundgesetz mitzuwirken versagt war und für die der Parlamentarische Rat ausdrücklich auch handelte, so Satz 2 der Präambel von 1949, hätten die gleichen grundrechtlichen Verbürgungen gelten müssen. Doch wurde ihre Freizügigkeit (Art. 11 Abs. 1 GG) gegen Westen schon 1950 beschränkt: Nach § 1 Abs. 1 des Notaufnahmegesetzes brauchten sie zum ständigen Aufenthalt im Westen eine besondere Erlaubnis. Wie heute bei Asylbewerbern wurde die politische Verfolgung überprüft. Ergebnis: Nur sechs bis zehn Prozent seien wirklich politisch verfolgt; die meisten seien Wirtschaftsflüchtlinge. Der SPD-Antrag, alle aufzunehmen, die keine auch hier strafbaren Taten begangen hatten, wurde abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht billigte das Gesetz wegen der wirtschaftlichen und sozialen Belastung durch starke Zuwanderung.¹³⁶ Wie in § 3 Abs. 1 Satz 4 des Bundesvertriebenengesetzes (BVG) wirkte es bis 1990 im Entschädigungsrecht nach: Als Flüchtling gilt nur, wer wegen einer besonderen politischen Zwangslage floh, vor allem einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit; „wirtschaftliche Gründe allein rechtfertigen nicht die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling“.

Artikel 138 Abs. 5 der Paulskirchenverfassung von 1848 hatte „nötigenfalls“ den Staat zu Genugtuung und Entschädigung widerrechtlicher Haft verpflichtet und stellte sie in Artikel 164 Abs. 2 der Enteignung gleich. Doch für eine Inhaftierung in der Sowjetunion oder DDR wurde nur entschädigt, wer 1955 im Westen wohnte, „Sowjetzonenflüchtlinge“ erst nach 1961. Aus sowjetischer Zwangshaft in die DDR entlassene Heimkehrer erhalten bis heute keine Entschädigung.¹³⁷ Unvereinbar mit dem Gleichheitsgebot in Artikel 3 Abs. 1 GG ist auch die ungleiche Beschädigtengrundrente für Kriegsoffer in West und Ost bei gleicher Beschädigung in § 31 Abs. 1

Satz 1 BVG über den 31. Dezember 1998 hinaus. Für die Übergangszeit habe der Gesetzgeber „bei der Bemessung der Geldleistungen einen weiten Spielraum“, aber nicht für die „unterschiedliche Entschädigung für das gleiche Opfer“ wegen des „mit der deutschen Einigung einhergehenden außerordentlichen staatlichen Finanzierungsbedarfs“¹³⁸.

Vergangenheitsbewältigung

1945 brach NS-Deutschland zusammen, die Wehrmacht kapitulierte bedingungslos. Doch wollten sich die meisten Menschen den Verbrechen nicht stellen: 42 bis 55 Prozent in der Amerikanischen Besatzungszone hielten 1946 den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt worden sei, und 44 Prozent wollten keinerlei Verantwortung für die NS-Zeit tragen. 1949 waren 31 Prozent gegen jede Wiedergutmachung, und 1952 sprachen sich 44 Prozent gegen Zahlungen an Israel aus.¹³⁹

Die SPD scheiterte 1950 im Bundestag mit dem Antrag, „die Opfer der NS-Justiz bundeseinheitlich und umfassend zu rehabilitieren“. Der Wiederaufbau hatte Vorrang, und der Feind im Osten war der gleiche wie vor 1945. Die „Strategie des Vergessens“ galt bis in die neunziger Jahre hinein. Die Täter verschwanden meist aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein. Auch die DDR hatte NSDAP-Mitglieder in den Aufbau des neuen Staates einbezogen; doch hatte die der Deutschen Partei (DP) im Westen vergleichbare NDPD als Blockpartei nie Einfluss auf die Regierung im SED-Staat. Sie reaktivierte Wehrmachtsoffiziere für die NVA, doch vermied sie Traditionslinien.

Über die DDR-Deutschen sitzen bei der juristischen Vergangenheitsbewältigung nach 1990 meist Westdeutsche zu Gericht, tadeln sozialistisch gefärbtes politisches Denken, obwohl sie die andere Diktatur, die NS-Zeit, „bürokratisch und gerichtlich, historiographisch und finanziell ‚bearbeitet‘, aber nicht politisch und emotional überwunden“ haben. Erst 1998 hat das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege „die Opfer des strafrechtli-

¹³⁶ BVerfGE 2, S. 266 ff.; s. a. BVerwGE 3, S. 40 ff. Ähnliche Begründung: BVerfG-Urteil vom 17. 3. 2004 zum Wohnortzuweisungsgesetz für Spätaussiedler, 1 BvR 1266/00.

¹³⁷ Vgl. Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Ute Voigt am 14. 3. 2005 auf eine Schriftliche Anfrage, BT-Drs.15/5167, S. 5 f. Zur „Unvergleichbarkeit“ der Haftentschädigung in West und Ost vgl. Antwort des Justizministeriums Baden-Württemberg auf eine Kleine Anfrage, LT-Drs.12/3152 vom 6. 8. 1998.

¹³⁸ BVerfG, in: NJW, (2000), S. 1855 ff.

¹³⁹ Vgl. Frank Stern, Im Anfang war Auschwitz, Gerlingen 1991, S. 81 ff.

chen und eugenischen NS-Unrechts rehabilitiert und ihnen zwar nicht finanziell, aber rechtlich und moralisch Genugtuung gegeben“¹⁴⁰. Bis dahin gab es auch keine Leistungsausschlüsse¹⁴¹: So galten Versorgungsempfänger, „die zwischen 1933 und Mai 1945 im öffentlichen Dienst gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben, (...) für sämtliche Zeiten, in denen sie vor Ablauf des 8. Mai 1945 wegen ihrer Beschäftigung im öffentlichen Dienst versicherungsfrei waren, als in der gesetzlichen Rentenversicherung bis zur Höhe der damaligen Beitragsbemessungsgrenze nachversichert“¹⁴². Erst jetzt sind „Versorgungsleistungen auch für Antragsteller im Inland ausgeschlossen, wenn sie oder derjenige, von dem sich ihre Berechtigung ableitet, während der Herrschaft des Nationalsozialismus gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben“¹⁴³.

Nach 1990 hingegen wurde herabgestuft, wer als „Träger des DDR-Systems“ einen erheblichen Beitrag zur Aufrechterhaltung des politischen Systems geleistet habe. Erst das Bundesverfassungsgericht hob die Zahlungsbetragsbegrenzung bis auf die Zusatzversorgung für MfS/AfNS-Angehörige auf.¹⁴⁴ Aus wichtigen Stellen im (halb)öffentlichen Dienst und den Unternehmen im Westen sollten nach 1945 Hauptschuldige und Belastete entfernt werden.¹⁴⁵ Doch viele von ihnen bestimmten den Neuaufbau der Behörden. Ehemalige Nationalsozialisten waren am Aufbau des Bundeskriminalamts beteiligt. Im Auswärtigen Amt dominierten Beamte des Reichsaußenministeriums; nach 1990 dagegen wurde kein einziger DDR-Diplomat übernommen.¹⁴⁶ Schon 1948 war „an manchen westdeutschen Gerichten der Prozentsatz an

NS-Richtern höher als in der NS-Zeit, (...) die Mitgliedschaft in der NSDAP fast eine Einstellungsvoraussetzung der fünfziger Jahre“. Die Entnazifizierung der Universitäten scheiterte an „der weltanschaulichen und hochschulpolitischen Kumpanei großer Teile der Professorenschaft und an der sich ebenfalls kontinuierlich renazifizierenden staatlichen Beamtenschaft in den zuständigen Ministerien der Länder“; „fast alle Professoren kamen wieder zurück an die Juristenfakultäten, auch die im Dritten Reich schwer belasteten“¹⁴⁷. Dazu gehörte „der unausgesprochene Konsens, erklärten Hitlergegnern, jüdischen und vermeintlich linken Wissenschaftlern mit größter Skepsis zu begegnen“ – vor allem unter den Studenten, oft frühere Soldaten; die wenigen antinazistischen Dozenten wurden systematisch gestört.¹⁴⁸

„Alle Beamtenverhältnisse sind am 8. Mai 1945 erloschen“¹⁴⁹ – doch fast alle wurden mit dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 GG fallenden Personen vom 31. März 1951 fortgeführt. So konnten „zahlreiche Angehörige des öffentlichen Dienstes, die nach dem Kriegsende aus ihren Ämtern entfernt und wegen ihrer im Entnazifizierungsverfahren festgestellten Belastung bisher dort nicht wieder aufgenommen worden waren, nunmehr – falls diese Belastungen nicht zu schwerwiegend waren – in ihre alten Stellungen, in der Regel allerdings mit einem niedrigeren Dienststrang, wieder einrücken“¹⁵⁰. Bei ehemaligen NS-Beamten, die aus der SBZ/DDR geflohen waren, galt dies bis 1964 nur, wenn sie wie Asylbewerber zur „Abwendung einer ihnen unverschuldet drohenden unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben und für die persönliche Freiheit“ in die Bundesrepublik gelangt waren;¹⁵¹ für in der DDR Gebliebene gilt das Gesetz bis heute nicht.

Auch bei der Traditionspflege gibt es Unterschiede. Ehemalige NVA-Soldaten dürfen ihre Dienstgrade nicht mit dem Zusatz

¹⁴⁰ Kurt Rudolph, *Die vergessenen Opfer der NS-Justiz*, NJW, (1999), S. 102 ff.

¹⁴¹ Vgl. Parlamentarischer Staatssekretär Horst Seehofer am 2. 2. 1990 auf eine Schriftliche Anfrage, BT-Drs. 11/6413, S. 25 f.

¹⁴² Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz auf eine Kleine Anfrage, LT-Drs. 10/1448 vom 7. 5. 1985.

¹⁴³ Parlamentarischer Staatssekretär Horst Günther in der Fragestunde, BT-Prot. 12/154 vom 28. 4. 1993, S. 13165.

¹⁴⁴ Vgl. BVerfGE 100, S. 1 ff., 47 ff., 54 ff.

¹⁴⁵ Vgl. Kontrollratsdirektive 24 vom 31. 3. 1946, ABL. KR Nr. 5, S. 98.

¹⁴⁶ Vgl. Genscher wollte keine SED-Diplomaten. Interview mit Ex-Botschafter Werner Kilian, in: *Die Tageszeitung (taz)* vom 7. 4. 2005, S. 3. Siehe auch Staats-

sekretär Klaus Scharioth am 22. 3. 2005 auf eine Schriftliche Anfrage, BT-Drs. 15/5181, S. 7.

¹⁴⁷ Zitate: Uwe Wesel, *Geschichte des Rechts*, München 1997, S. 514 und 533 f.

¹⁴⁸ Ausf. F. Stern (Anm. 39), S. 155 ff., 170, 169, 173 und 180 ff.

¹⁴⁹ BVerfGE 3, S. 58 ff., E 6, S. 132 ff.

¹⁵⁰ Adalbert Rückerl, *Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen*, Heidelberg 1979, S. 46.

¹⁵¹ Vgl. BVerfGE 3, S. 58 ff., 149 f.

„a. D.“ führen, Wehrmachtssoldaten dagegen alle Kriegsauszeichnungen.¹⁵² Der Bundesverteidigungsminister begründet das mit der Diskontinuität von NVA und Bundeswehr – nicht der Wehrmacht, deren Generale manchen Bundeswehreinheiten den Namen gaben.¹⁵³ Die Verfügung aufzuheben wurde 2005 abgelehnt.¹⁵⁴

In den vergangenen Jahren reüssierten rechtsextreme Parteien bei Landtagswahlen: 12,9 Prozent der Stimmen für die DVU 1998 in Sachsen-Anhalt, 9,1 Prozent für die NPD in Sachsen 2004 galten als Warnsignale; 10,9 Prozent für die „Republikaner“ 1992 in Baden-Württemberg und ihre Wiederwahl 1996 mit 9,1 Prozent wurden hingegen kaum beachtet.

Die unsichtbare Grenze

„Der Sinn der deutschen Bundesrepublik ist nicht darin zu sehen, daß im Westen an den Ufern des Rheins Selbstzufriedenheit und Bequemlichkeit sich breit machen.“¹⁵⁵ Doch hatte sie sich in der Abgrenzung zur DDR bequem eingerichtet. „Je älter die alte Bundesrepublik wurde, desto mehr wuchs im Westen Deutschlands die hegelianische Neigung, das Wirkliche als vernünftig anzuerkennen und in der Zweistaatlichkeit den Beweis dafür zu sehen, daß auf den Weltgeist noch immer Verlaß war.“¹⁵⁶ Mit dem Blick zum Atlantik kehrte sie der DDR den Rücken zu.

Diese Fremdheit bildet auch nach 15 Jahren Einheit nicht nur ob des wirtschaftlichen Rückstands eine unsichtbare Grenze. Westdeutsche haben die Lehrstühle, Schlüsselpositionen der Ministerien und Richterstellen im Osten inne; dem jeweiligen „Betreuungsland“ gleicht der Verwaltungsaufbau. Eigenentwicklungen gelten nichts (selbst Bismarck

ließ den Bundesstaaten 1871 Reservatrechte). 1990 kam das *neue* Länder genannte ärmere Gebiet zu den *alten*, finanziell und wirtschaftlich leistungsfähigen Ländern hinzu; ihr Erfolgsrezept sollte es kopieren. Befugnisse, welche die Eigenentwicklung von vier Jahrzehnten fortzuführen erlaubt hätten, wurden nicht eingeräumt. „Ein Volk, ein Staat, ein Recht“, schreibt Wolfgang Schäuble. „Denn (es) schien festzustehen: Die in Westdeutschland geltenden Gesetze sind unantastbar, die im Osten stehen sämtlich zur Disposition (...). Wenigstens übergangsweise sinnvolle DDR-Gesetze weiter anzuwenden, hatte ich am Ende keinen Erfolg.“¹⁵⁷

Jenseits landsmannschaftlicher Unterschiede gibt es nach wie vor zwei Gesellschaften¹⁵⁸; das unterschiedliche Wahlverhalten und Parteiensystem belegen dies besonders auffällig. „Deutschland“ war 1985 für 59 Prozent im Westen nur die Bundesrepublik, nur für 25 Prozent auch die DDR.¹⁵⁹ Heute sieht sich ein Großteil der Menschen im Osten in erster Linie als Ostdeutsche.¹⁶⁰ Soll die dauerhafte innere Teilung vermieden werden, muss der Westen die im Osten über 40 Jahre gewachsene Identität als gleichberechtigt akzeptieren und anerkennen, dass zur Abgeltung der gesamtdeutschen Kriegsschuld dort Erhebliches geleistet wurde. Diese historischen Anstrengungen gleichen die heutigen Transferleistungen aus; diese sind bei genauem Hinsehen ohnehin oft kaum mehr als Zahlungen im Rahmen des föderalen Finanzverfassungssystems. Noch immer gilt mithin die Forderung von Berlins damaligem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) aus dem Jahr 1988: Es geht darum, „die Überheblichkeit gegenüber den Deutschen in der DDR abzubauen“¹⁶¹.

¹⁵⁷ Wolfgang Schäuble, Ich habe einen Traum, in: Die Zeit vom 30. 9. 1999, Leben S. 28.

¹⁵⁸ Im August 2005 waren 43 % der Ostdeutschen mit dem politischen System „eher“ bzw. „sehr unzufrieden“, mit dessen Funktionieren gar 74 % „eher“ bzw. „sehr unzufrieden“. Forsa-Umfrage, in: taz vom 1. 9. 2005, S. 7.

¹⁵⁹ Umfrage für das ZDF, vgl. *exclusiv-dienst*, Bonn, 9. 10. 1985.

¹⁶⁰ Ostdeutsche fühlen sich „stark“ oder „ziemlich stark“ mit „Ostdeutschland“ verbunden (73 %), weniger mit „Deutschland“ (38 %) oder „Europa“ (22 %); vgl. Sozialreport 2004 des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg.

¹⁶¹ Debatte über den Bericht zur Lage der Nation, BT-Prot. 11/113 vom 1. 12. 1988, S. 8094 ff.

¹⁵² Ohne Hakenkreuz oder SS-Totenkopf; bei „Bandenkampfabzeichen“, die beim Vernichtungskrieg im Osten gewonnen wurden, bestehe „kein Handlungsbedarf“, „da keine Soldaten, die Wehrmachtsteilnehmer waren, mehr in der Bundeswehr dienen“. So der Parlamentarische Sts. Klaus Rose am 29. 9. 1998 auf eine Schriftliche Anfrage, BT-Drs. 13/11464, S. 5.

¹⁵³ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, BT-Drs. 15/5426 vom 4. 4. 2005.

¹⁵⁴ Vgl. BT-Prot. 15/166 vom 17. 3. 2005, S. 15529 B zu BT-Drs. 15/4949 vom 23. 2. 2005.

¹⁵⁵ Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter 1949, zit. in P. Bender (Anm. 11).

¹⁵⁶ Heinrich August Winkler, Separatismus auf Filzlatzchen, in: Die Zeit vom 15. 10. 1998, S. 58.

Bildung und Wissenschaft im „Aufbau Ost“

Bildung und Wissenschaft sind Schlüsselbereiche moderner, wissensorientierter Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme; ihrer Entwicklung kommt daher eine herausragende Rolle im Prozess der Wiedervereinigung zu. Wie hat sich die Transformation des Bildungs- und Wissenschaftssystems in den neuen Ländern vollzogen? Welcher Beitrag für die wissenschaftsgesellschaftliche Entwicklung ist von den

Wissensinstitutionen an ihren jeweiligen Standorten und damit für die regionale Stabilisierung zu erwarten? Welche Entwicklungsnotwendigkeiten für den „Aufbau Ost“ können daraus abgeleitet werden?¹

Heidi Fichter-Wolf

Dr. phil., Dipl.-Pol., geb. 1949; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Flakenstraße 28–31, 15537 Erkner. FichterH@irs-net.de

Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages und dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 war klar, dass durch die Übernahme der Bundesgesetze auch in vielen bildungs- und wissensorientierten Bereichen eine Angleichung an das System der Bundesrepublik erfolgen würde. Bereits im Frühjahr 1990 wurde die Gemeinsame Bildungskommission eingerichtet und mit der Aufgabe der Umgestaltung des Bildungssystems der DDR betraut. Dabei zeigte sich, dass die Reformen des Bildungswesens häufig an gemeinsame Traditionen anknüpfen konnten.

Bereits im Spätherbst 1989 hatten sich freie Studentenvertretungen und Reformkräfte aus dem Kreis der Lehrenden formiert, die ihren Einfluss auf die Umgestaltung der Hochschullandschaft geltend machten. Diese Anfangszeit der Reformbemühungen wurde als „demokratischer Aufbruch“ bezeichnet. Es kam zur Aufnahme erster Kontakte zu Wissen-

schaftsgremien und Fachkollegen in den alten Bundesländern; diese Initiativen wurden von Seiten der Bundesrepublik aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in erheblichem Umfang unterstützt.

Am 25. Mai 1990 wurden in den DDR-Hochschulen die Sektionen für Marxismus-Leninismus aufgelöst, wodurch es zu erheblichen inhaltlichen und personellen Umstrukturierungen kam.² Im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 ist die Entscheidung, ob die im jeweiligen Land liegenden Hochschulen (und Fachschulen) als Einrichtungen des Landes weiterzuführen oder abzuwickeln seien, den zu bildenden Länderregierungen übertragen worden.

Transformation des Hochschulsystems

Die Folgezeit war von der strukturellen Überführung und Einpassung der DDR-Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen in das westdeutsche Institutionensystem geprägt. Dabei standen alternative Vereinigungsstrategien, etwa die gleichzeitige Reform der Hochschulsysteme in Ost- und Westdeutschland – wie vom Wissenschaftsrat im Juli 1990 im Grundsatz vorgeschlagen –, nicht mehr zur Diskussion. Allerdings war das ostdeutsche Hochschulsystem aufgrund gemeinsamer akademischer Traditionen dem westdeutschen strukturell viel ähnlicher als jedes andere europäische Hochschulsystem, was den Transformationsprozess erleichterte. Gravierende Unterschiede gab es hinsichtlich der Hochschultypen und Abschlüsse, des Studienplatzangebotes, der Hochschulorgani-

¹ Der Beitrag fasst die Ergebnisse einer umfassenden Studie zusammen; vgl. Heidi Fichter-Wolf/Katharina Fichtenau/Volker Meinhardt, Bildung und Forschung, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Der Aufbau Ost als Gegenstand der Forschung, Untersuchungsergebnisse seit 1990, H. 6, Berlin, Oktober 2004. Ergebnisse im Rahmen des Forschungsprojekts „Projektplanung Aufbau Ost“, gefördert vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVWB) und dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Die von den Autoren vertretene Auffassung ist dabei nicht unbedingt mit der der Auftraggeber identisch. Die Teilstudie „Bildung und Forschung“ wurde vom IRS in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erarbeitet.

² Schon von der Regierung Modrow war im November 1989 die Aufhebung des obligatorischen marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums verfügt worden.

sation und der Kompetenzverteilung zwischen staatlicher Aufsicht und Hochschulselbstverwaltung, der Personalausstattung sowie der universitären und außeruniversitären Forschung und Forschungsförderung.

Der Einigungsvertrag eröffnete den neuen Ländern eine Übergangsfrist bis zum 3. Oktober 1993, um die Einheitlichkeit im Hochschulrecht herzustellen, abweichende Regelungen zu erproben und Novellierungen anzustoßen. Die Landesregierungen wurden vom Wissenschaftsrat und von unabhängigen Sachverständigen in den Hochschulstrukturkommissionen der Länder beraten. Die Leitlinien und Empfehlungen des Wissenschaftsrates sahen einschneidende Neuerungen vor: Stärkung der Forschung an den Universitäten, Gründung leistungsfähiger Fachhochschulen, Abwicklung von Spezialhochschulen, Entspezialisierung der Studiengänge, überregional abgestimmte und regional ausgewogene Verteilung von Studienangeboten, Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

1994 wurde die Phase der Konsolidierung eingeleitet. Der strukturelle Umbau des Hochschulsystems konnte als abgeschlossen betrachtet werden, die Personalreduzierungen nach Sonderkündigungsregelungen und die Personalauswechselungen waren weitgehend vollzogen, Neugründungen und Zusammenlegungen bis Ende 1993 erfolgt. Die Folge dieses Umstrukturierungsprozesses war, dass sich der Personalumfang an den ostdeutschen Hochschulen um die Hälfte verringert hatte.

Der Umbau der Hochschullandschaft wird von den meisten Autoren als enormer Veränderungsprozess im Rahmen der Systemtransformation bewertet; einige kritisieren, dass das Reformpotenzial, das in der Situation von 1989 gegeben war, nicht ausgeschöpft worden sei. Eine Untersuchung über den Hochschulumbau in Berlin, Jena, Halle-Wittenberg, Leipzig und Rostock kam zu dem Ergebnis, dass zwar der externe Einfluss relativ gering war, jedoch die Anpassung an die Strukturen der Bundesrepublik erhebliche Auswirkungen auf die Hochschulen und vor allem auf deren Personalstruktur hatte.¹³ Obwohl das

westdeutsche Hochschulwesen Bezugspunkt des institutionellen Umbaus war, wurde es keineswegs in allen Details kopiert. Vor allem aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates hat man versucht, die Probleme des westdeutschen Hochschulsystems nicht auf das ostdeutsche zu übertragen. Dies gelang zum Beispiel bei der flächendeckenden Neugründung von Fachhochschulen und der Vermeidung von Massenuniversitäten.

Heute verfügen die ostdeutschen Bundesländer über 56 Hochschulen (ohne Berlin), davon 18 Universitäten und 26 Fachhochschulen. Fünf Hochschulen der DDR sind vollständig aufgelöst worden (in Leipzig, Berlin und Meißen); die Anzahl der Universitäten (zehn in der DDR) wurde erhöht. Neugründungen gab es in Frankfurt/Oder, Cottbus und Erfurt. Heute sind in jedem Bundesland mindestens zwei Universitäten und drei Fachhochschulen angesiedelt. Insbesondere das Angebot in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Fächern wurde erheblich gesteigert, während in der DDR vor allem die Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften starkes Gewicht hatten.

Neuorganisation des Schulsystems

Mit der Schaffung der deutschen Einheit wurde auch das allgemein bildende Schulsystem in Ostdeutschland nach westdeutschem, föderativen Vorbild organisiert. Die Einheitsschule der DDR, bestehend aus der Allgemeinen Polytechnischen Oberschule und der Erweiterten Oberschule, wurde durch das in der Bundesrepublik geltende dreigliedrige Schulsystem ersetzt. Damit verbunden war die Vorstellung, den Anspruch der Polytechnischen Oberschule auf eine moderne Grundbildung für alle mit einer gymnasialen, vertiefenden Vorbereitung auf ein Hochschulstudium zu verbinden. Ebenso wurde das berufliche Bildungswesen, das in der DDR zentral gesteuert und mit der Wirtschaftsplanung abgestimmt war, in das westdeutsche System transformiert. Einige im ost- und westdeutschen Bildungssystem existierende ähnliche Strukturelemente, wie zum Beispiel das Abitur und die duale Berufsausbildung, sind auf gemeinsame historische Wurzeln zurückzuführen, wodurch der Anpassungsprozess erleichtert wurde.

¹³ Vgl. Renate Mayntz (Hrsg.), *Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess*, Frankfurt/M. 1994.

Der Aufbau staatlicher, wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher Institutionen und damit auch die Transformation des Bildungswesens wurde durch „Patenschaften“ der alten Bundesländer unterstützt. Es ist nicht verwunderlich, dass die Schulsysteme in den ostdeutschen Ländern stark dem Modell ihres jeweiligen Patenlandes ähneln. So wurde Brandenburg durch Nordrhein-Westfalen unterstützt und weist infolgedessen ein flächendeckendes System an Gesamtschulen auf. In Sachsen und Thüringen spiegelt sich hingegen die Beratung durch die süd- und südwestdeutschen Bundesländer wider. Hier wurde ein in klassischer Form gegliedertes Schulsystem ohne Gesamtschulen aufgebaut. In einigen Ländern sind regionale Besonderheiten zu verzeichnen, und es wurden nicht alle drei Schularten (Haupt-, Realschule und Gymnasium) eingeführt.

In der DDR war das Mindestniveau der schulischen Grundbildung nach zehn Jahren mit Abschluss der Polytechnischen Oberschule definiert. Hieraus lässt sich erklären, warum die Hauptschule – wie die PISA-Evaluationsstudie zeigt – in den neuen Bundesländern im Vergleich mit westdeutschen Flächenländern von deutlich weniger Schülern besucht wird. In den ostdeutschen Ländern ist die Realschule sehr beliebt; die zentrale Stellung nimmt jedoch das Gymnasium ein. Unterschiede gibt es in Hinblick auf die Länge der Schulzeit bis zur Hochschulreife: In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Berlin kann das Abitur – wie früher in der DDR – nach zwölf Jahren erworben werden, in Brandenburg nach 13 Jahren. Die Dauer der Schulzeit ist bisher durch einen Beschluss der Kultusminister nur vorläufig geregelt; bundesweit geht jedoch generell der Trend zur Verkürzung der Dauer bis zum Abitur.

Wissenschaft und Forschung

In der DDR war die betriebliche Forschung und Entwicklung (FuE) zum großen Teil innerhalb der den Industrieministerien direkt unterstellten Kombinate, vor allem in deren Forschungsbetrieben, konzentriert. Teilweise existierten Forschungszentren, die FuE-Funktionen für andere Kombinate übernommen hatten. Die Integration von grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung war

in der DDR in außeruniversitären Forschungseinrichtungen institutionalisiert.

Der Privatisierungsprozess der Forschungsbetriebe durch die Treuhand war durch folgende Ziele charakterisiert: gezielter Abbau personeller Kapazitäten; Ausrichtung auf neue Forschungsaufgaben; Ausstattung mit modernen Technologien; Einbindung in die forschungspolitische Struktur von Bund und Ländern sowie die Suche nach gesicherter Trägerschaft im Rahmen der Privatisierung. Die Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft betraf vier Aufgabenbereiche: 1. die drei Akademien der Wissenschaften, deren Forschungspotenzial als mehr oder weniger wertvoll eingestuft wurde, 2. andere Akademien und Ressortforschungseinrichtungen, die (häufig aus politisch-ideologischen Gründen) als nicht erhaltenswert bewertet wurden, 3. die Hochschulforschung und 4. die Industrieforschung, die allerdings aus dem politisch gesteuerten Transformationsprozess herausfiel, weil sie vor allem von Marktprozessen bestimmt wurde. So waren im Bereich der industriellen FuE schon im Herbst 1992 nur noch 20 Prozent der Ende 1989 vorhandenen Arbeitsplätze übrig geblieben.

Auf Empfehlung des Wissenschaftsrates wurden im außeruniversitären Forschungsbereich über 50 Forschungsinstitute neu gegründet. 34 dieser Institute gehören zur Blauen Liste und sind heute in der Leibniz-Gemeinschaft zusammengefasst. Diese Neugründungen waren Teil des alle Sektoren des Wissenschaftssystems umfassenden Institutionentransfers nach bundesdeutschem Vorbild. Dieser Prozess führte jedoch weder zu einer Kopie der westdeutschen noch zu einer einheitlichen gesamtdeutschen Forschungslandschaft.¹⁴

Im Zuge des Personalabbaus und von Personalumstrukturierungen in den ostdeutschen Forschungseinrichtungen hat ein erheblicher west-ostdeutscher Ressourcen-Transfer stattgefunden. Wissenschaftliches und administra-

¹⁴ Vgl. Jörg Gläser/Gabriele Groß/Marion Höppner/Werner Meske, Zur Integration neugegründeter Blaue-Liste-Institute in die deutsche Wissenschaftslandschaft, in: Karl-Siebert Rehberg (Hrsg.), Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden, Bd. 2, Opladen 1997, S. 832–836.

tives Personal kam aus dem Westen, wobei ostdeutsche Forscher im Konkurrenzkampf um die neu definierten Stellen meist den Kürzeren zogen. Mit den Personen, Institutionen und Ressourcen wurden auch Fragestellungen, Methoden und Inhalte der westlichen Forschung implementiert.

Für diesen Transformationsprozess der Wissenschaftsinstitutionen gibt es mindestens zwei Lesarten: So ist nach Ansicht einiger Autoren ein gesamtdeutsches Wissenschaftssystem entstanden.¹⁵ Einer anderen Sicht zufolge ist die Übernahme des westdeutschen Systems vor allem eine Abwertung und Nicht-Anerkennung der DDR-Wissenschaft und ihrer Wissenschaftler sowie von deren akademischen Berufsbiographien. Der ostdeutsche Wissenschaftsumbau sei ein radikaler Elitenwechsel gewesen, wodurch als Nebenfolge der Karrierestau bzw. der Habilitierten-Berg des westdeutschen Wissenschaftssystems abgebaut werden konnte. Diese Entwicklung habe zur Folge gehabt, dass die vorhandene Kompetenz der Ost-Wissenschaftler für den „Aufbau Ost“ nur sehr unzureichend genutzt wurde.¹⁶

Bildung und Wissen als regionale Standortfaktoren

Die Transformation des Bildungs- und Wissenschaftssystems war ein Kraftakt und ist in vielen Bereichen erfolgreich verlaufen. Wissenschaftsinstitutionen haben darüber hinaus jedoch, neben ihrer zentralen Rolle für Lehre und Forschung und der damit verbundenen Sicherung der Zukunftsfähigkeit moderner Gesellschaften, hohe Bedeutung für ihre Standorte und die regionale Entwicklung.

Erstens ist eine direkte regionalökonomische Wirkung von Bildungs- und Forschungsinstitutionen zu konstatieren. Der laufende Betrieb sichert Arbeitsplätze und er-

höht die konsumorientierte Nachfrage, was wiederum zu indirekten Arbeitsmarktwirkungen führt. So sind in einigen ostdeutschen Stadtregionen die Hochschulen die größten Arbeitgeber. Dies trifft in Brandenburg auf die TU Cottbus und die Fachhochschule Lausitz in Senftenberg zu. In Jena (Thüringen) hat sich der Hochschulkomplex bestehend aus der Universität, der 1992 neu gegründeten Fachhochschule, dem Studentenwerk sowie dem Max-Planck-Institut und der Fraunhofer-Gesellschaft zum wichtigsten Beschäftigungssektor entwickelt.

Zweitens wirken Wissensinstitutionen auch als kulturelle Standortfaktoren. So konnte in einer Untersuchung über die Hochschulstandorte Cottbus und Senftenberg festgestellt werden, dass sich in den Städten und in der Region das geistige, soziale und kulturelle Klima gewandelt und die Lebensqualität verbessert hat.¹⁷

Drittens sind Hochschulen und Forschungsinstitutionen aufgrund des Wissenstransfers in die industrielle Praxis für die regionale Entwicklung bedeutsam. In ihrem Umfeld entstehen – oftmals direkt unterstützt von diesen Einrichtungen – junge, innovative Unternehmen, die auf der Basis von Forschungsergebnissen neue Produkte entwickeln, auf den Markt bringen und die regionale Innovationskraft stärken.

Regionen mit Hochschulstandort wird demnach ein strategischer Wettbewerbsvorteil zugemessen. Universitäten und Hochschulen dienen als – mehr oder weniger – Erfolg versprechende Kerne lokaler und regionaler Wissenskomplexe. In ihrem Umfeld entstehen – häufig mit Hilfe gezielter Forschungs- und Technologiepolitik – Wissenschaftsparks und Technologiecluster. Hochschulen sind mit den sie umgebenden Wissensindustrien zum Hoffnungsträger für regionale Innovationsfähigkeit und Wachstum geworden.

Die Bedeutung von Hochschulen für die regionale Innovationskraft basiert auf einem System, bei dem sich die Forschenden und Lehrenden mit regionalen Akteuren, zum

¹⁵ Vgl. Jürgen Kocka/Renate Mayntz, Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch. Forschungsberichte der Interdisziplinären Arbeitsgruppen der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 6, Berlin 1998.

¹⁶ Vgl. Roland Bloch/Peer Pasternack, Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse (Arbeitsbericht des Instituts für Hochschulforschung 2/04), Wittenberg 2004, S. 30 f.

¹⁷ Vgl. Rolf Reißig, Hochschulen Brandenburgs als regionale Entwicklungsfaktoren. Fallanalysen in der Region Lausitz, Selbstverlag, Berlin 1997.

Beispiel aus Wirtschaftsunternehmen, anderen Wissenschaftseinrichtungen, Technologie- und Gründerzentren sowie Verwaltungen, auf gemeinsame Ziele verständigen und vernetzt agieren. Dabei geht es um effizientes Wissensmanagement, das Wissen aus den natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituten mit alltäglichem, lokalem Wissen aus der Region zusammenführt.¹⁸ Dazu ist es notwendig, Kommunikationsbeziehungen zwischen den Akteuren aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Organisationen anzubahnen, Interaktionsprozesse zu initiieren und eine Basis für den Wissensaustausch und die Generierung neuen Wissens zu schaffen. Von den Hochschulen wird gefordert, als Inkubatoren dieser regionalen Entwicklungsprozesse zu fungieren.

Der Niedergang der Wirtschaft aufgrund der plötzlichen Konfrontation mit den Weltmarktbedingungen hat zur Auflösung der in der DDR üblichen Forschungsverträge und -verbünde von Betrieben mit Akademieinstituten und Hochschulen beigetragen. Der Aufbau neuer Netzwerke wurde zum einen durch den massiven Personalabbau an den Hochschulen sowie die Neuordnung der Wissenschaftsinstitutionen verzögert und erschwert. Zum anderen kam es zu Problemen der Passfähigkeit (*problems of fit*) zwischen angebotenem und nachgefragtem Wissen sowie zu unterbrochenen Wertschöpfungsketten und Lieferbeziehungen. Die daraus resultierende mangelnde regionale Vernetzung stellt auch weiterhin ein Hemmnis für die Stärkung der Innovationskraft Ostdeutschlands dar.

Einigen Hochschulen ist es jedoch gelungen, den Umstrukturierungsprozess für den Aufbau neuer Vernetzungsaktivitäten in der Region zu nutzen. Im Zuge des Transformationsprozesses wurden in Jena beispielsweise schon früh Gründerseminare angeboten. Ein Teil der Wissenschaftler, die sich nach 1989/90 nicht mehr an der Universität etablieren konnten, haben Unternehmen als Ausgründungen der Hochschule aufgebaut und sind im Umfeld der Universität geblieben. Diese

Wirtschaftsunternehmen stellen vielfach Netzwerkpartner bei Ausschreibungen für anwendungsorientierte Forschungsprojekte und Innovationsbündnisse dar. Für ein kooperatives Zusammenwirken wirkt sich darüber hinaus begünstigend aus, dass in Jena Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft häufig mit ehemaligen Mitarbeitern des Zeiss-Unternehmens besetzt wurden. Viele der Kooperationsbeziehungen basieren auf gewachsenen Vertrauensstrukturen. Dies scheint in Bezug auf eine wissensbasierte regionale Entwicklung die Verständigung in der Stadt über gemeinsame Entwicklungsziele zu erleichtern. Auf dieser Basis haben sich zusätzlich eine Vielzahl selbst organisierter Netzwerke als institutionalisierte Form des Wissenstransfers etabliert, wovon vor allem Gründerunternehmen profitieren.¹⁹

Insgesamt haben sich in Ostdeutschland in Bezug auf Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sehr unterschiedliche räumliche Entwicklungen ergeben, und es ist ein Süd-Nord-Gefälle zu beobachten. Die Existenz von Hochschulen und Forschungsinfrastrukturen in einer Region reicht allein nicht aus, die regionale Innovationskraft zu stärken. Ein entscheidender Faktor scheint die Passfähigkeit zwischen dem Profil der Hochschulen und der regionalen Wirtschaft zu sein. Während in Jena die Absolventen aufgrund der fachlichen Kompatibilität leicht Anknüpfungspunkte für Praktika sowie Beschäftigungsmöglichkeiten in den Unternehmen der Region finden, ist das zum Beispiel in Frankfurt/Oder nicht gegeben. Die dort gegründete Europa-Universität Viadrina bietet keine technisch-naturwissenschaftlichen Studiengänge an, was von den ansässigen Hightechunternehmen als Manko empfunden wird. Diese kooperieren deshalb mit Universitäten außerhalb der Region, zum Beispiel mit der TU Berlin oder der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus.¹⁰ Die Studienabgänger der Viadrina mit ihrem wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Profil finden aufgrund der geringen Wirtschaftskraft der Region kaum Be-

¹⁸ Vgl. Rainer Voß, Regionale Wirksamkeit von Hochschulen – ein Konzept zur Analyse und Bewertung, in: Wissenschaftliche Beiträge, Technische Fachhochschule Wildau, (2004), S. 103–113.

¹⁹ Vgl. Heidi Fichter/Petra Jähne/Thomas Knorr-Siedow, Governance Capacity für eine wissensbasierte Stadtentwicklung, in: Ulf Matthiesen (Hrsg.), Stadtregion und Wissen. Analysen und Plädoyers für eine wissensbasierte Stadtpolitik, Wiesbaden 2004, S. 309–336.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 322.

schäftigungsmöglichkeiten mit der Folge von *brain-drain*-Prozessen, d. h. Abwanderung der gut ausgebildeten jungen Leute in andere, wirtschaftsstärkere Regionen.¹¹ Dieser *brain drain* wird durch die Nähe der Metropolen Berlin, Leipzig und Dresden noch verstärkt. Viele Wissensarbeiter nutzen Frankfurt/Oder lediglich als Arbeitsstandort. Dies hat zur Folge, dass sie kaum das soziale, geistige und kulturelle Klima der Stadt beeinflussen.

Für eine wissensbasierte Stadt- und Regionalpolitik

Um die unterschiedliche Innovationsfähigkeit von Regionen zu ergründen, wird in regionalwissenschaftlichen Studien nach dem Attraktivitätspotenzial eines Standorts für hoch qualifizierte Arbeitskräfte und den kreativitätsfördernden Faktoren und lokalen Bedingungen für die Generierung neuen Wissens gefragt.¹²

Entscheidend für die Innovationsfähigkeit einer Region scheint zu sein, dass eine kritische Masse kreativer und qualifizierter Menschen entsteht, die sich in innovativen Wissenskulturen zusammenfinden. Damit richtet sich der Blick auf neue Netzstrukturen, die sich im Zusammenspiel von *soft networks* (Wissensmilieus) und *hard networks* (strategische Netze zwischen Organisationen und institutionellen Strukturen) bilden.¹³ Für die Bildungsprozesse dieser Netze scheinen Orte mit hoher Anziehungskraft (*sticky places*) von großer Bedeutung zu sein.¹⁴ Hier rücken attraktivitätsfördernde Faktoren städtischer Lebensbedingungen (Wohn- und Freizeitbedingungen, Umweltqualität, Kultur, eine „Kunstszene“) sowie die besonderen Lebensstile der Wissensträger in den Mittelpunkt des Interesses. *Sticky places* erhöhen die Zuwanderungsbereitschaft (hoch qualifizierter) Arbeitskräfte und senken die Neigung zur Abwanderung.

¹¹ Vgl. Ulf Matthiesen (Hrsg.), Das Ende der Illusionen, in: Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik, Nr. 21/22, (2004), S. 97–113.

¹² Vgl. die Beiträge in: ders. (Anm. 9).

¹³ Vgl. ders., Knowledge Scapes. Pleading for a knowledge turn in socio-spatial research, Working paper, August 2005; www.irs-net.de.

¹⁴ Vgl. Ann Markusen, Sticky Places in Slippery. A Typology of Industrial Districts, in: Economic Geography, 72 (1996), S. 293–313.

Eine Untersuchung über den Zusammenhang zwischen der Existenz kreativitätsfördernder städtischer Strukturen und der Innovations- und Wirtschaftsleistung in ostdeutschen Universitätsstädten steht noch aus. Eine erste Einschätzung deutet darauf hin, dass die wirtschaftlich erfolgreichen ostdeutschen Regionen um Dresden und Jena auch in Bezug auf städtische Attraktivität Vorteile aufweisen.¹⁵ Während Dresden eine hohe Anziehungskraft aufgrund des historisch gewachsenen Stadtbildes besitzt, konnte in Jena die Attraktivität der Stadt durch das Zusammenwirken von Wirtschaft und Stadtpolitik gesteigert werden. So wurde der Universitäts-campus mitten in der Stadt, auf dem Gelände des ehemaligen Zeiss-Kombinats, errichtet. Dies trug zur Belebung der Innenstadt durch das studentische Milieu bei, in deren Folge sich urbanes Flair mit Kneipen, Cafés und Restaurants entwickeln konnte. Durch diesen Attraktivitätsgewinn werden auch andere kaufkräftige Gruppen angezogen, sodass sich der Einzelhandel mit einem hochwertigen Warenangebot entwickeln konnte.

In Planungsprozessen werden die Zusammenhänge zwischen der Standortwahl von Wissensinstitutionen und stadtreionaler Wirtschaftsentwicklung noch kaum beachtet, wobei sowohl die Wirtschaftsförderung als auch die Stadtplanung ressortinternen Handlungslogiken folgt. So ist die Wahl von Wissensstandorten (Universität, Wissenschafts- und Technologieparks) häufig an der stadtplanerischen Logik der Revitalisierung von Brachflächen ausgerichtet, die zumeist am Stadtrand oder außerhalb der Stadtgrenzen liegen. Eine solche Standortentwicklung erfolgt isoliert und hat wenig Bezug zur Innenstadtentwicklung, sodass auch ein möglicher Attraktivitätsgewinn für die Stadt ausbleibt.

Wissensentwicklung fängt mit der Schulbildung an; hier werden die Grundlagen für die Sensibilisierung gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen als auch für zivilgesellschaftliches Engagement gelegt. Eine neue Studie des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, die sich mit der Entwicklung von Politikkonzepten zur Bewältigung der *brain-drain*-Problematik im Zu-

¹⁵ Vgl. Peter Franz, Innovative Milieus in ostdeutschen Stadregionen: „sticky places“ der kreativen Klasse?, in: U. Matthiesen (Anm. 9), S. 109–122.

sammenhang mit Schrumpfungprozessen in den neuen Ländern befasst, stellt integrierte Ansätze vor.¹⁶ So wird zum Beispiel die Koppelung von Bildungspolitik und Stadtumbauprozessen in einer von Hochschulen und Kommunen gemeinsam konzipierten Stadt- und Regionalentwicklung vorgeschlagen. Dabei sollen praxisnahe Lernformen durch die Einbindung von Bildungsinstitutionen in Probleme der Stadt- und Regionalentwicklung erprobt und innovative Bildungskonzepte (zum Beispiel für die Erwachsenenbildung und die berufliche Bildung) generiert werden. Es wird erwartet, dass dadurch gleichzeitig zivilgesellschaftliches Engagement gefördert werden kann.

Diese Konzepte können auf Praxisbeispiele zurückgreifen. So existiert beispielsweise in Frankfurt/Oder ein innovatives Ausbildungskonzept zwischen Schule und Wirtschaft. Ein Netzwerk, an dem das örtliche Gauss-Gymnasium sowie ein dort ansässiges Hightechunternehmen und Universitäten der Region beteiligt sind, praktiziert ein gemeinsames Nachwuchsförderungskonzept. Dabei werden junge Menschen in einem ambitionierten Programm von der Schule bis zum Aufstieg in leitende Bereiche in den Firmen der Halbleiterindustrie begleitet.

Solche neue Lernformen und Ausbildungskonzepte deuten die Richtung für innovative Lösungen im Rahmen integrierter Politikkonzepte an. Notwendig ist die Entwicklung und Umsetzung von innovativen Entwürfen, durch welche die Potenziale der Bevölkerung besser genutzt sowie vorhandenes lokales Wissen und Alltagswissen wieder in Wert gesetzt werden können, um in Verbindung mit neuem Wissen für die Herausforderungen einer sich globalisierenden Wirtschaft und Gesellschaft gerüstet zu sein.

¹⁶ Erste Ergebnisse wurden auf einem Expertenhearing im Rahmen der Strategiewerkstatt „Starke Städte – Masterplan Stadtumbau des Landes Brandenburg“ am 19. April 2005 in Erkner vorgestellt.

Peter Alheit

Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland?

Eine gemeinsam von der Universität Göttingen, dem Soziologischen Institut der Universität Wrocław und der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, Prag, durchgeführte qualitative Vergleichsstudie zur Mentalitätslage der Menschen in den Grenzgebieten Oberlausitz (Sachsen), Niederschlesien (Polen) und Nordböhmen (Tschechische Republik)¹ kommt zu dem erwartbaren Ergebnis, dass die Situation nach dem historischen Umbruch von 1989 mit erheblichen biografischen Herausforderungen und Verunsicherungen verknüpft war und ist. Sie belegt aber auch, dass die Fähigkeiten, mit der veränderten Situation aktiv umzugehen, von Region zu Region beträchtlich variieren und dass überraschenderweise die Anpassungschancen auf deutscher Seite am geringsten sind.

Wo liegen die Ursachen solcher Unterschiede? Offensichtlich haben die statistischen Rahmendaten hier wenig Aussagekraft. Danach müsste es den Deutschen – trotz ähnlich hoher Arbeitslosenzahlen wie in den Vergleichsregionen – deutlich besser gehen.² Ihr

Peter Alheit

Dr. phil., PhD., geb. 1946; Professor für Allgemeine Pädagogik, Pädagogisches Seminar der Universität Göttingen, Baurat-Gerber-Straße 4–6, 37073 Göttingen. palheit@gwdg.de

¹ Das Projekt wurde von der Volkswagenstiftung gefördert; vgl. dazu Peter Alheit/Irena Szlachcicowa/František Zich (Hrsg.), *Biografische Identitäten im Grenzraum. Eine Untersuchung in der Euroregion Neiße, Görlitz* 2005 (i. E.); Peter Alheit/Kerstin Bast-Haider/Petra Drauschke, *Die zögernde Ankunft im Westen. Biographien und Mentalitäten in Ostdeutschland*, Frankfurt/M.–New York 2004. Selbstverständlich tragen die Ergebnisse den Besonderheiten der untersuchten Regionen Rechnung und sind nicht unbedingt auf ganz Ostdeutschland, Gesamtpolen oder die Tschechische Republik übertragbar. Dennoch lassen sich Spezifika erkennen.

² Vgl. ausführlich P. Alheit u. a. (Hrsg.) (ebd.).

Wirtschaftspotenzial und ihr Lebensstandard heben sich noch immer markant von vergleichbaren polnischen oder tschechischen Bedingungen ab. Aber die Resultate der qualitativen Drei-Länder-Studie kontrastieren mit diesem Befund.

Datenbasis sind über 300 biografisch-narrative Interviews mit Großeltern und Enkeln jeweils einer Familie. Die Interviews mit einer durchschnittlichen Dauer von eineinhalb Stunden wurden in allen relevanten sozialen Milieus durchgeführt und einem sorgfältigen „theoretischen Sampling“¹³ unterzogen. Im Folgenden werden zunächst die Generationsbeziehungen betrachtet und die unterschiedlichen Befunde in den drei Teilgesellschaften analysiert. In einem zweiten Schritt wird am Konzept des „Mentalitätsraums“¹⁴ gezeigt, worin die entscheidenden Abweichungen liegen. Abschließend soll knapp nach den tieferen historischen Ursachen der entdeckten Unterschiede gefragt werden.

Generationsbeziehungen

Die Befragung von Großeltern und Enkeln bot sich an, weil die erstere Generation vor allem durch die gesellschaftlichen Veränderungen des Jahres 1945 und die jüngere durch die vergleichbar drastischen Wandlungsprozesse des Symboljahres 1989 geprägt worden ist.¹⁵ Dabei erschienen nicht allein die individuellen biografischen Erfahrungen interessant, sondern vor allem die spezifischen Beziehungsmuster zwischen den Großeltern und ihren Enkeln. Erstaunlicherweise bot das biografische Datenmaterial eine überraschend

einfache Typologie an, die allerdings in den drei untersuchten Regionen ein je unterschiedliches Profil bildete: eine Konstellation, die wir „Persistenz-Typus“ genannt haben, eine Generationsbeziehung, für die sich das Etikett „Modernisierungs-Typus“ anbot, und eine weitere, die wir als „Bruch-Typus“ bezeichnet haben.

Persistenz-Typus. An diesem Typus entdeckten wir den interessanten Tatbestand, dass die charakteristische Art, mit der Sozialwelt umzugehen, sich von der Großelterngeneration gleichsam auf die Enkelgeneration „vererbte“. Persistenz bedeutete hier die Wiederholung praktischer Verhaltensweisen in alltäglicher und biografischer Perspektive auf dem gleichen Niveau: eine Berufstradition, bestimmte Familienrituale, ein spezifisches Rollenverständnis, eine politische Einstellung, die Vorliebe für religiöse Glaubensformen, die Inszenierung einer ethnischen Besonderheit. Die Großeltern-Enkel-Konstellation verwies hier auf eine erstaunliche Stabilität intergenerationaler Tradierung.

Modernisierungs-Typus. Dieser Typus zeigte deutliche Veränderungen zwischen der Großeltern- und Enkelgeneration. Der Großvater war beispielsweise Zimmermann, der Enkel ist Ingenieur; die Großmutter hatte Krankenschwester gelernt, die Enkelin wird gerade in Soziologie promoviert. In der Regel hatte in der Modernisierungskonstellation ein sozialer Aufstieg stattgefunden. Das bedeutete nicht, dass sich der Basishabitus zwischen Großvater und Enkel drastisch gewandelt hatte – beide mochten sozial engagiert, aufstiegsorientiert oder musisch interessiert sein –, aber die Position im „sozialen Raum“ (*champ social*)¹⁶ hatte sich doch spürbar verändert; die Art, mit der Sozialwelt umzugehen, war „modernisiert“ worden.

Bruch-Typus. Diese intergenerationale Konstellation deutete zumeist auf eine soziale Abwärtsbewegung, aber auch auf einen inszenierten oder tatsächlichen Habitusbruch: Die Großelterngeneration beispielsweise hatte ein gewisses Sozialprestige, die Enkelgeneration rutscht in eine marginalisierte Szene ab; der Großvater war z.B. SED-Funktionär, der

¹³ Wir orientieren uns methodologisch am Konzept der *Grounded Theory*: vgl. Barney G. Glaser/Anselm L. Strauss, *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*, Chicago 1967; Anselm L. Strauss/Juliet Corbin, *Grounded Theory Research. Procedures, Canons and Evaluative Criteria*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 19 (1990), S. 418–427.

¹⁴ Vgl. dazu P. Alheit u. a., *Die zögernde Ankunft...* (Anm. 1).

¹⁵ Diese Einschätzung knüpft an Mannheims Generationskonzept an, bei dem das „Zeitfenster“ der nachhaltigen Prägung in der späten Adoleszenz eine zentrale Rolle spielt; vgl. Karl Mannheim, *Wissenssoziologie*. Auswahl aus dem Werk, Neuwied–Berlin 1964. Befragt wurden in der Großelterngeneration Mitglieder der Jahrgänge 1920 bis 1930, bei der Enkelgeneration Angehörige der Kohorten 1975 bis 1985. Auf die Befragung der Zwischengeneration musste aus forschungsökonomischen Gründen verzichtet werden.

¹⁶ Vgl. Pierre Bourdieu, *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt/M. 1987.

Enkel ist im rechtsextremen Milieu aktiv – übrigens eine im deutschen Sample mehrfach auftauchende Konstellation.¹⁷ Generationsbrüche sind in der untersuchten historischen Phase keine Überraschung. Bemerkenswert ist allerdings die unterschiedliche Häufigkeit, mit der sie in den drei Länderstichproben auftreten.

Bei der empirischen Rekonstruktion dieser „Typen“ spielten sozialstrukturelle Zuordnungen schon deshalb keine primäre Rolle, weil in einem Drei-Generationen-Gefüge sozialräumliche Bewegungen eher wahrscheinlich sind. Die Enkelgeneration befindet sich in modernen Gesellschaften in der Regel an einem anderen Ort im sozialen Raum als die Großelterngeneration. Im Übrigen ist etwa das Vorkommen von Persistenz- oder Bruch-Konstellationen in jedem sozialen Milieu denkbar.

Um die zentralen Ergebnisse unserer Vergleichsstudie knapp und übersichtlich zu präsentieren, soll es ausreichen, die Relationen der drei Konstellationstypen, wenn man so will: die „Mentalitätsprofile“ in den untersuchten Regionen, pointiert zu kommentieren. Offensichtlich hat gerade diese Verteilung verschiedener Lernprozesse zwischen den Generationen einen Einfluss auf die politisch-kulturelle Stimmungslage in den drei Untersuchungsgebieten. Wir können bei unseren nationalen Samples sehr klar drei „Mentalitätsprofile“ unterscheiden.

Modernisierungsresistenz in Ostdeutschland

Würde man in der alten Bundesrepublik eine vergleichbare Generationenbefragung durchführen, müsste vermutlich die große Mehrzahl der Interview-Tandems dem Modernisierungstypus zugeordnet werden. Die Sozialstruktur der westlichen Bundesrepublik hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg drastisch verändert. Die interessanteste Beobachtung dabei ist, dass sich nicht die quantitativen Relationen der großen gesellschaftlichen Straten bzw. „Klassen“ (Ober-, Mittel- und Unterschichten) nennenswert verschoben haben, sondern dass innerhalb der Straten erstaunliche Ausdifferenzierungsprozesse zu beobachten sind.¹⁸

¹⁷ Vgl. P. Alheit u.a., Die zögernde Ankunft ... (Anm. 1), S. 281 ff.

¹⁸ Vgl. dazu Michael Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integra-

So haben die klassischen Milieus, etwa das konservative gehobene Milieu, das kleinbürgerliche oder das traditionelle Arbeitermilieu, allein zwischen 1980 und 1990 um durchschnittlich 25 Prozent abgenommen.¹⁹ Zugleich aber entstehen seit Ende der sechziger und beschleunigt seit Beginn der achtziger Jahre große neue Milieus wie das aufstiegsorientierte Milieu in den Siebzigern oder das der postmodernen Hedonisten in den neunziger Jahren. Gemeinsam ist diesen neuen Milieus, dass sie nicht die großen Ungleichheitsrelationen verändern, sondern eine horizontale Bewegung im sozialen Raum in Gang setzen, wenn man so will: eine „Öffnung“ in Richtung des kulturellen Pols des sozialen Raums.¹⁰ Die Gesamtentwicklung hat eine Modernisierung des sozialen Raums zur Folge, die individuelle Modernisierungsprozesse voraussetzt.

Betrachten wir das Material, das wir in Ostdeutschland erhoben haben, so zeigt sich ein geradezu konträrer Befund. Sehr viel mehr als die Hälfte unserer Interviewtandems müssen relativ eindeutig dem Persistenz-Typus zugeordnet werden, jeweils deutlich geringere Anteile verteilen sich auf Modernisierungs- und Bruch-Typus. Was bedeutet dieses Phänomen? Zunächst ist festzuhalten, dass der Persistenz-Typus kein Milieuprofil aufweist. Er verteilt sich auf alle von uns untersuchten Milieus. Die Beobachtung, dass zwischen der Großeltern- und der Enkelgeneration in der Oberlausitz eine überraschende Habituspersistenz besteht, bezieht sich auf alle Gesellschaftsschichten. Wenn dieses Phänomen, wie wir begründet vermuten, nicht nur breit gestreut ist, sondern außerdem auch als Massenerscheinung betrachtet werden muss, dann heißt dies, dass sich der soziale Raum in Ostdeutschland eben nicht „modernisiert“ hat wie in der westlichen Bundesrepublik, sondern in seiner inneren Dynamik nach wie vor blockiert ist. Wir sprechen deshalb – und das ist die „Kernkategorie“ unserer Entdeckungen für das deutsche Sample – von einer „intergenerationalen Modernisierungsresistenz“.¹¹

Man muss diesen Soziologismus näher erläutern, um deutlich zu machen, welche le-

tion und Ausgrenzung, Köln 1993; Peter Alheit, Zivile Kultur: Verlust und Wiederaneignung der Moderne, Frankfurt/M.–New York 1994.

¹⁹ Vgl. M. Vester u.a. (ebd.), S. 16.

¹⁰ Vgl. P. Alheit (Anm. 8), S. 237 ff.

¹¹ Vgl. P. Alheit u.a., Die zögernde Ankunft ... , (Anm. 1), S. 323 ff.

benspraktischen Dimensionen er berührt. „Resistenz“ bezeichnet eine bestimmte Aktivität, die gesellschaftliche Energien bindet. Wenn große Gruppen der Bevölkerung sich gleichsam aktiv weigern, ihre soziale Situation zu verändern, und diese „Botschaft“ auch an die Folgegeneration vermitteln, muss es dafür Gründe geben. Plausibel ist die Persistenzkonstellation bei gesellschaftlichen Eliten: Sie geben verständlicherweise die Routinen und Strategien des Prestigegewinns bzw. der Prestigesicherung an nachfolgende Generationen weiter und stabilisieren dabei ihre Position. Nachvollziehbar mag diese Strategie ebenfalls bei marginalisierten Gruppen sein, die mit einer gewissen Trägheit der eigenen Ambitionen und der Genügsamkeit der Erwartungen einen Schutz vor häufig erlebten Enttäuschungen und der Erfahrung weiterer Deklassierung aufbauen. Auch diese Haltung hat verständliche Persistenzeffekte. Wenn dagegen selbst die breite Mitte der Bevölkerung vergleichbare intergenerationale Reproduktionsstrategien wählt, entsteht ein Sonderfall, der für moderne Gesellschaften ungewöhnlich ist.

Mit diesem Sonderfall haben wir es in den ostdeutschen Ländern zu tun. Es ist erstaunlich, dass dieses für den Persistenz-Typus charakteristische Trägheitsverhalten offensichtlich nicht mit dem Zusammenbruch der DDR beendet ist, sondern auch anderthalb Dekaden nach der „Wende“ noch beobachtet werden kann. Rein analytisch betrachtet entsteht dabei eine Art Ständegesellschaft ohne Stände.¹² Denn die Reproduktionsbasis des Persistenzphänomens ist zumeist schmäler als in vormodernen Gesellschaften: kleine Traditionsrahmen, ethnische oder religiöse Gemeinschaften, Betriebskollektive, gewöhnlich aber nur der mehr oder minder große Familienverband. Diese gleichsam „moderne“ ständische Mentalität, die die Grenzen zwischen den „Ständen“ unsichtbarer macht als in vormodernen Gesellschaften, setzt – wie alle Ständegesellschaften – auf Statuspersistenz. Dabei geht es keineswegs nur um ökonomische Besitzstände, sondern vielmehr um bescheidene soziale und kulturelle Privilegien, die durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der DDR-Gesellschaft halbwegs gesichert erschienen. Wandel und Modernisierung galten dabei eher als riskant, als dass sie günstigere Reproduktionsbedingungen versprachen. Deshalb schien die Er-

haltung der z. T. mit großer Anstrengung gesicherten sozialen Nahbereiche strategisch sinnvoller als die Suche nach neuen Horizonten. Solche Strebungen lassen sich für Arbeiterfamilien so gut nachweisen wie für die Mitglieder der Mittelschichten oder die Angehörigen der sorbischen Minderheit.¹³

Für die ostdeutsche „Stimmungslage“ sind also eher veränderungsresistente Grundstimmungen charakteristisch. Und das beschränkt sich nicht auf temporäre Meinungen, sondern gilt auch für nachhaltige intergenerationale „Botschaften“. Jene Flexibilität, die der globalisierte Kapitalismus offensichtlich aufzwingt, wird – von den in der Region Verbliebenen, nicht in den Westen Fortgezogenen – nicht nur rational abgelehnt, sondern geradezu mental blockiert.

Improvisierte Modernisierung in Polen

Eine ähnlich interessante Konstellation liefert das polnische Ergebnis. Auch hier ist die Verbreitung des Persistenz-Typus nach dem Ende der Volksrepublik noch überraschend groß und durchaus erklärungsbedürftig. Allerdings weicht das sozialstrukturelle Profil dieser traditionellen Generationenkonstellation vom deutschen Sample ab: Die intergenerationale Trägheit ist auf soziale Unterschichten konzentriert.¹⁴

Dieser Befund hat zwei Ursachen: Zum einen besteht die Migrationsgesellschaft Westpolens nach 1945 deutlich überrepräsentativ aus Arbeitern und Landarbeitern. Zum anderen war das erzwungene Verlassen der ostpolnischen Herkunftsregion häufig mit einer Art Überidentifikation mit der neuen Heimat verknüpft, die massiv und gelegentlich sogar repressiv den Folgegenerationen vermittelt wird. Die starke Familienorientierung und die Fortexistenz eines „nationalen Katholizismus“, der diese Orientierung rahmt und stützt, schaffen ein Persistenzgefüge, das soziale Mobilität erschwert.¹⁵ Die harten Erfah-

¹³ Vgl. Peter Alheit/Hanna Haack, Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptunwerft, Berlin 2004, bzw. P. Alheit u. a., Die zögernde Ankunft ... (Anm. 1), S. 205 ff.

¹⁴ Vgl. dazu ausführlich P. Alheit u. a. (Hrsg.) (Anm. 1).

¹⁵ Vgl. Irena Szlachcicowa/Markieta Domecka/Adam Mrozowski, Zwischen Tradition und Postmoderne:

¹² Vgl. ausführlicher ebd., S. 27 ff.

rungen der Migration nach 1945 stabilisierten Familie und Religion und rechtfertigen auch Widerstand gegenüber den neu entstandenen Verhältnissen nach 1989. So wenig die kommunistische Neuformierung nach dem Zweiten Weltkrieg diese Kultur hat verändern können, so wenig nimmt auch der kapitalistische Umbruch nach 1989 darauf Einfluss.

Zugleich entstand in den aufsteigenden Mittelschichten – absurderweise gerade auf der Basis intakter Familienökonomien – nach 1989 eine Art „wilde Ökonomisierung“. Der freie Markt wird als Chance begriffen und öffnet den sozialen Raum. Private Risiken, gegründet auf wirtschaftlichen Ressourcen des Verwandtschaftssystems, werden spontan übernommen und führen einerseits zu interessanten intergenerationalen Aufstiegen, andererseits aber auch zu Brüchen, die u. U. die extrem hohen „Investitionen“ an Verwandtschaftsloyalität verletzen und zur Erosion des konventionellen Familiensystems führen. Gerade in den polnischen Mittelschichten, die sich der „Wende“ emphatisch geöffnet haben, werden deren Folgen als außerordentlich ambivalent erlebt: Erstaunliche Aufstiegskarrieren stehen neben unerwarteten Erfahrungen ökonomischen und biografischen Scheiterns.

Auch die Bruch-Konstellation ist in Polen deshalb stärker repräsentiert als in Deutschland oder in Tschechien. Die fast unkritische Bereitschaft zur „Amerikanisierung“ in der polnischen Gesellschaft, die historische und familiäre Wurzeln hat, wird konterkariert durch Erfahrungen von Verarmung und Verelendung, die selbst die Nachteile der sozialistischen Periode nicht aufwiegen. Die „Stimmungslage“ in Polen oszilliert daher zwischen Tradition und Postmoderne, zwischen skeptischer Zurückhaltung und euphorischer Risikobereitschaft.

Zivile Modernisierung in Tschechien

Die tschechischen Befunde sind pragmatischer und zugleich „zivilier“. Der Persistenz-Typus ist ohne Bedeutung und wurde schon während der sozialistischen Periode vom Modernisierungs-Typus verdrängt.¹⁶ Bildungs-

Die „improvisierte Modernisierung“ in Westpolen, in: ebd., S. 265–444.

¹⁶ Vgl. František Zich, Generationskonstellationen, in: ebd., S. 515–545.

aufstiege, die ja auch in der DDR und in Polen zu erwarten gewesen wären, sind in Tschechien die Regel. Deshalb ist das aktuelle Profil durch den Modernisierungs-Typus dominiert. Allerdings ist dieser Typus gespalten: Die bereits vor der „Samtenen Revolution“ Engagierten – zumeist die mittleren und oberen Mittelschichten – gehören zu den „intrinsischen Modernisierern“¹⁷, jenen also, die seit Mitte der sechziger Jahre darauf gewartet haben, an der Gestaltung der Gesellschaft zu partizipieren. Sie sind kulturell und z. T. professionell gut auf die neue Situation vorbereitet und nutzen sie.

Eine deutlich kleinere Gruppe, die eher in der unteren Mittelschicht und bei Facharbeitern verankert ist, gehört zu den „affirmativen Modernisierern“¹⁸. Sie sehen den Zwang zur Veränderung und stellen sich darauf ein. Aber sie hegen berechtigte Skepsis angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, des Drogenkonsums der Jugendlichen und der zunehmenden Abhängigkeit von Großinvestoren aus dem westlichen Ausland. Dennoch überwiegt auch bei dieser Gruppe verhaltener Zukunftsoptimismus. Deshalb ist der Bruch-Typus in der tschechischen Untersuchungsregion nur von marginaler Bedeutung.

Wir identifizieren in der Tschechischen Republik eine beinahe ideale Ausgangssituation: Trotz vorhandener sozialer Probleme, trotz hoher Arbeitslosenzahlen ist die Bereitschaft, den Herausforderungen der gesellschaftlichen Transformation zu begegnen, bemerkenswert hoch. Auch die Fähigkeiten, die Herausforderungen zu bewältigen, sind in der gesellschaftlichen Mitte durchaus vorhanden. Prognosen sind also erstaunlicherweise für Tschechien sehr viel günstiger als für Polen oder vollends für Ostdeutschland.

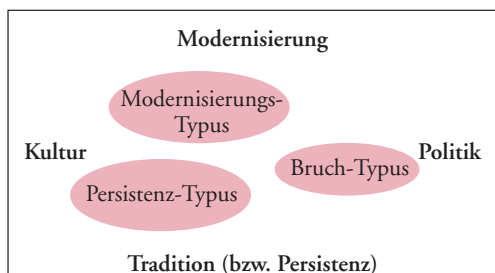
Drei Kulturen, drei „Mentalitätsräume“

Unbestreitbar treffen in der untersuchten Grenzregion drei unterschiedliche Kulturen aufeinander, deren gemeinsame Erfahrungen mit dem Staatssozialismus die Differenzen nicht nivelliert, sondern eher verschärft zu haben scheinen. Es sind im Wesentlichen

¹⁷ Barbara Spalová, Der Typus der „intrinsischen Modernisierung“, in: ebd., S. 545–572.

¹⁸ Odřej Roubal, Der Typus der „affirmativen Modernisierung“, in: ebd., S. 572–583.

Abbildung 1: Der „Mentalitätsraum“ post-sozialistischer Gesellschaften



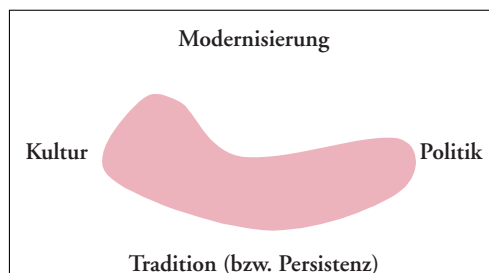
Quelle Abb. 1–4: eigene Darstellung.

zwei Problemfelder, deren spezifische Ausprägungen die Unterschiede verdeutlichen: die Spannung zwischen Tradition (bzw. „Persistenz“) und Modernisierung sowie der Kontrast zwischen Politik und Kultur (Abbildung 1).

Gerade diese zweite Dimension scheint typisch zu sein für die kollektive Erfahrung der staatssozialistischen Periode. Pierre Bourdieu hat in Abwandlung seines Konzepts des „sozialen Raums“ und der Bedeutung der Ressourcen („Kapitale“) für die soziale Positionierung in staatssozialistischen Gesellschaften den Kontrast von „kulturellem“ und „politischem Kapital“ als charakteristisch identifiziert.¹⁹ Diese Spannung bleibt auch im Transformationsprozess virulent. Es ist deshalb sinnvoll, sich einen symbolischen „Mentalitätsraum“ vorzustellen, in dem diese Dimension eine zentrale Rolle spielt. Aufgespannt wird dieser symbolische Raum zwischen dem Spannungsfeld „Tradition“ versus „Modernisierung“ in der Vertikalen und dem Kontrast zwischen „Kultur“ und „Politik“ in der Horizontalen. Es wird unmittelbar transparent, dass die oben analysierten Generationskonstellationen in diesem Raum an unterschiedlichen Stellen platziert werden müssen und dass die abweichende Verteilung der drei Typen in den untersuchten Regionen zu erstaunlichen Differenzen der jeweiligen „Mentalitätsfoki“ führt, d.h. von Verdichtungen mentaler Orientierungen, die für die jeweilige Teilgesellschaft typisch sind.

¹⁹ Vgl. Pierre Bourdieu, Politisches Kapital als Differenzierungsprinzip im Staatssozialismus, in: Irene Dölling (Hrsg.), Die Intellektuellen und die Macht, Hamburg 1991, S. 21–41.

Abbildung 2: Der ostdeutsche „Mentalitätsfokus“



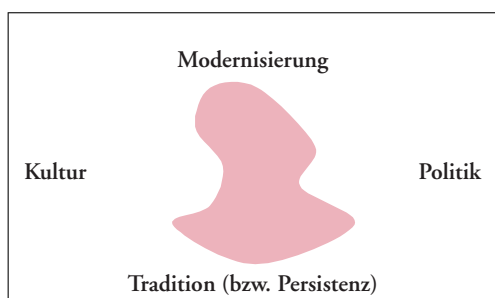
Der „Mentalitätsfokus“ im ostdeutschen Untersuchungsgebiet (Abbildung 2) liegt eindeutig in der Nähe des *Traditionspols*, und zwar unabhängig davon, ob die Orientierung der Akteure eher zum kulturellen oder zum politischen Pol des symbolischen Raums tendiert. Sowohl die klassischen protestantischen Bildungseliten und die zerfallenden Funktionseliten als auch die Arbeitermilieus und die ethnische Minderheit (Sorben) zeigen strukturkonservative mentale Züge.

Die Frage ist allerdings, ob hier überhaupt von Traditionsorientierung die Rede sein kann. Gewiss gibt es Anklänge im protestantischen Milieu. Aber schon bei den Sorben erscheint, wie wir empirisch belegen konnten, der Traditionsbezug eher artifiziell – als eine Art „Reethnisierung“ der Enkelgeneration.²⁰ Vollends traditionslos ist die mentale Grunddisposition in der Arbeiterschaft. Hier wären „Persistenz“ oder „mentale Renitenz“ die angemessene Beschreibung. Auch bei den ehemaligen politischen Eliten gilt allenfalls für eine unbedeutende „Virtuosenschicht“ das Etikett Traditionsbezug. Die dominante Grundhaltung ist jene Modernisierungsresistenz, die die empirische Analyse zu Tage gefördert hat.

Das polnische Bild (Abbildung 3) weicht davon ab: Zum einen tendiert ein relevanter Teil der mentalen Strebungen zum Modernisierungspol, gegebenenfalls auch um den Preis des ökonomischen Existenzrisikos. Gerade in der jüngeren Generation, keineswegs nur bei den (unterrepräsentierten) Mittelschichten, ist die persönliche Modernisierungsbereitschaft extrem hoch. Bei einem anderen Teil der Bevölkerung – sozialstrukturell vornehmlich in der Arbeiterschaft – herrscht eine Traditionsorientierung vor, die allerdings

²⁰ Vgl. P. Alheit u. a., Die zögernde Ankunft ... (Anm. 1), S. 205 ff.

Abbildung 3: Der polnische „Mentalitätsfokus“

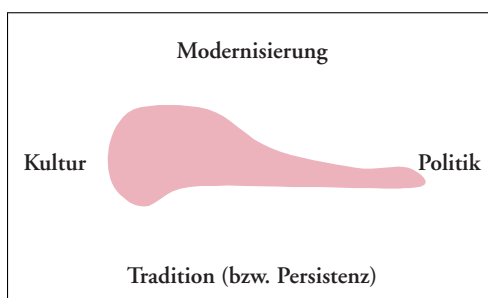


tatsächlich mit traditionellen Normen und Werten, mit Familien- und Kirchenorientierung, mit klassischen Rollenzuschreibungen der Geschlechter und mit einer tiefen Bindung an Region und Nation verknüpft ist. Pointiert gesagt: Die polnische Mentalität ist gespalten; sie oszilliert zwischen Tradition und Postmoderne.

Das tschechische Bild ist verblüffend (*Abbildung 4*): Der Fokus der mentalen Strömungen liegt – beinahe spiegelbildlich zum deutschen Sample – auf der Modernisierungsseite, allerdings mit deutlichem Schwerpunkt beim „kulturellen Pol“ des Mentalitätsraums. Aber nicht nur der dominante Modernisierungstypus, der über alle sozialen Milieus streut, selbst der Persistenz-Typus hat in Tschechien noch eine Modernisierungstendenz.¹²¹ Die untersuchte Region belegt eine Mentalitätsfiguration, deren Veränderungspotenzial beträchtlich ist. Intergenerationale Lernprozesse sind die Regel.

Das Ergebnis unserer Untersuchung ist also durchaus überraschend: Nicht die ostdeutsche Teilregion, deren soziale und ökonomische Bedingungen am günstigsten sind, zeigt die mentalen Voraussetzungen für eine „proaktive“ Modernisierung, sondern die tschechische, deren mentales Modernisierungspotenzial bemerkenswert, deren ökonomische Ausgangssituation aber weitaus riskanter ist. Selbst in Polen scheint die Bereitschaft zur „inneren Modernisierung“ deutlich höher zu sein als in Deutschland. Trotz der ökonomischen Risiken, die in den biografischen Erzählungen eine zentrale Rolle spielen, ist in Polen die Hoffnung auf den Erfolg ökonomischer Projekte extrem hoch. In

Abbildung 4: Der tschechische „Mentalitätsfokus“



Deutschland dominiert dagegen Sicherheitsdenken: der moralische Appell an die Garantie des Staates, für die eigene Absicherung zu sorgen. Initiative für selbstverantwortliche Vorsorge ist kaum zu erkennen. Der „fürsorgliche Staat“, den man gewiss nicht liebt, aber an den man gewöhnt ist, bildet den Fokus der Auseinandersetzung. Verantwortung für die Zukunft, vielleicht sogar Lust am Neuen, wie in Tschechien oder Polen, ist in Deutschland eine Randerscheinung. Es gibt also offensichtlich ein Zivilitätsgefälle. Lässt sich dieses Phänomen plausibel erklären?

Figurationssoziologische Deutungen

Die diagnostizierten Unterschiede der Zivilitätsstandards in den Untersuchungsregionen lassen sich zunächst zeitgeschichtlich am Typus des Widerstands gegen das sozialistische System demonstrieren. Tatsächlich gab es Widerstand in allen drei nationalen Kulturen. Der „verordnete Sozialismus“ wurde durchaus nicht einfach hingenommen: In der DDR kam es zum eindrucksvollsten Widerstand zweifellos in der Auseinandersetzung, die sich mit dem symbolischen Datum des 17. Juni 1953 verbindet. Vor allem die westdeutsche Geschichtsschreibung hat daraus eine Niederlage, zumal des Kampfes um demokratische Selbstbestimmung, gemacht. Dies ist in doppeltem Sinne Ideologie: Der primäre Anlass der Unruhen war keineswegs die Auseinandersetzung um mehr demokratische Rechte, sondern die Entscheidung des Politbüros, die Arbeitsnormen den realen Bedingungen des Produktionsprozesses wieder anzunähern. Und das Ergebnis war keine Niederlage der Arbeiter, sondern ein „Sieg“ – aber eben ein Pyrrhussieg, denn die nun durchgesetzte relative Autonomie in Lohnfragen bedrohte die Existenz der gesamten Gesell-

¹²¹ Vgl. F. Zich (Anm. 16).

schaft.¹²² Genau dafür entwickelt die renitente „Arbeiterklasse“ der DDR keine Verantwortung. Sie nutzte die symbolischen Privilegien, ohne die nichtzivilen Herrschaftsbedingungen in Frage zu stellen.

Dies war in Polen anders. Der Widerstand von Solidarność 1979/81 war prinzipieller angelegt. Seine charismatische Symbolfigur, Lech Wałęsa, provozierte die Staatsmacht gleich doppelt: Er war Arbeiterführer und zugleich Repräsentant des national-katholischen Widerstands, der den (polnischen) Papst hinter sich wusste. Er knüpfte damit symbolisch an die Tradition der heroischen polnischen Resistenz gegen Preußen und vor allem gegen Russland an. Nicht zufällig wurde er der erste Präsident Polens nach 1989. Auch wenn er scheiterte: Als nationales Grunderlebnis bleibt die Bestätigung des zivilen Widerstands *vor* der „Wende“.

Die Entwicklung in der Tschechoslowakei ging noch weiter. Der innere Widerstand erreichte die hegemoniale kommunistische Partei. Der „Prager Frühling“ 1968 konnte nur durch Intervention der Sowjetunion und der Warschauer-Pakt-Staaten zurückgedrängt werden. Die Pseudo-„Normalisierung“ nach diesem Einschnitt brach in der „Samtenen Revolution“ in sich zusammen. Auch hier war der erste Präsident ein Repräsentant des Widerstands: der Literat Václav Havel. Auch in Tschechien setzt sich die bereits praktizierte „zivile Gesellschaft“ während der staatssozialistischen Periode durch.

Solche Unterschiede sind nur verständlich, wenn wir – mit aller gebotenen Umsicht und Zurückhaltung – auf tiefer liegende historische Figurationen¹²³ zurückgreifen, die mit der Stellung und Veränderung der eigenen Kultur im Kontext anderer Kulturen zu tun haben. Die historisch offenbar immer wiederkehrende depressive Färbung einer spezifisch deutschen Mentalität hat eine lange Geschichte. Norbert Elias führt sie auf den Zusammenbruch jenes hegemonialen Römischen Reiches Deutscher Nation zurück.¹²⁴

¹²² Vgl. P. Alheit/H. Haack (Anm. 13), S. 438 ff.

¹²³ Vgl. Norbert Elias, Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 1989.

¹²⁴ Vgl. ebd., S. 7 ff. Elias spricht von einem „nationalen Habitus“ und verwendet diesen Begriff synonym mit dem Begriff der „Mentalität“ (ebd., S. 8).

der – etwa nach dem Dreißigjährigen Krieg – zu tiefen kollektiven Kränkungen führte. Solche Phasen wiederholten sich nach den beiden Weltkriegen im 20. Jahrhundert. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch die Wiedervereinigung für viele Menschen in Ostdeutschland mit vergleichbaren Erfahrungen verbunden ist.

Es erscheint plausibel, auch in der Vergleichsstudie von verschiedenen kulturellen „Mentalitäten“ auszugehen, deren Wurzeln in den drei untersuchten Regionen weit vor der staatssozialistischen Periode liegen. Eine entscheidende Variable im Prozess der Moderne scheint ein Phänomen zu sein, das Elias die „Formalitäts-Informalitäts-Spanne“¹²⁵ nennt. Damit ist die Parallelität von Verhaltensweisen gemeint, die Menschen einerseits gegenüber sozial höher oder niedriger stehenden Personen wählen („Formalität“), andererseits im Umgang mit Gleichstehenden und sozial nahen Personen („Informalität“). Für vormoderne Gesellschaften ist eine weite Formalitäts-Informalitäts-Spanne typisch. Im Prozess der Moderne verringert sich diese Spanne drastisch, und das 20. Jahrhundert ist in den meisten westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften gekennzeichnet durch einen bemerkenswerten *Informalisierungsprozess*. Zu seinen Merkmalen gehören erhöhte Prosperität und Einkommenszuwächse aller gesellschaftlichen Gruppen, eine Veränderung der Machtbalance zwischen Etablierten und Außenseitern, die Verringerung spezifischer Machtdifferenziale (zwischen Männern und Frauen, Eltern und Kindern, zwischen Regierenden und Regierten), aber auch die Verunsicherungen, die das Einebnen der konventionellen Hierarchien mit sich bringt.¹²⁶

Symptomatisch ist, dass die deutsche Gesellschaft diese Entwicklung, etwa im Vergleich zu Großbritannien oder den Niederlanden, mit deutlicher Verzögerung und mit immer neuen Rückfällen vollzogen hat. Erst 1918 wurde durch die Niederlage in einem verheerenden Krieg die Abdankung jener autokratischen Führungsschicht erzwungen, die über viele Jahrhunderte massive soziale Ungleichheiten festgeschrieben und die Formalitäts-Informalitäts-Spanne im Vergleich zu

¹²⁵ Ebd., S. 41.

¹²⁶ Vgl. ebd., S. 41 f.

den Nachbarnationen unzeitgemäß weit gedehnt hatte. Die veränderte Machtbalance und der plötzliche Einfluss der Arbeiterbewegung nach 1918 hatten nun aber keineswegs nur Demokratisierungs- und Zivilisierungseffekte, sondern kollektive Verunsicherungen zur Folge, die in extremen parteipolitischen und ideologischen Polarisierungen ihren Ausdruck fanden. Pragmatische Aushandlungsprozesse zwischen den Kontrahenten hatten keine Tradition. So war die Spaltung der Arbeiterbewegung in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches Lager ebenso folgerichtig und „deutsch“ wie die fatale Liaison des abgehalfterten preußischen Militäradels und eines Teils der kriegsinteressierten Besitzbourgeoisie mit den Nationalsozialisten. Pointiert könnte man sagen: Deutschland blieb eine „formierte“ Gesellschaft bis tief ins 20. Jahrhundert hinein, im Osten sogar bis in die achtziger Jahre.

Die weite Spanne zwischen Formalität und Informalität verkleinerte sich auch während des Nationalsozialismus nicht. Gleichschaltung der Institutionen, schleichende Militarisierung der Gesellschaft und die Allgegenwart sozialer Kontrolle dehnten die Spanne eher, als dass sie sie verringerten. Diese Formierung setzte sich ungebrochen fort in der SBZ und später in der DDR. Auch hier war der soziale Raum umstellt von fremd bestimmten Organisationen und Institutionen der sozialen Platzierung und Kontrolle, denen man sich nur im engsten Privatbereich entziehen konnte.¹²⁷ Das Gaus'sche Etikett der „Nischengesellschaft“¹²⁸ signalisiert auf überzeugende Weise das Auseinanderdriften von Formalität und Informalität.

Anders stellte sich die Situation in Polen und Tschechien dar. Hier war seit Jahrhunderten die Formierungserfahrung gleichsam „extern“: Sie war gerade nicht Bestandteil der kollektiven Mentalität. Genauer: Der Widerstand gegen die externe Formierung gehörte zur Mentalitätsfiguration. In Polen führte dies etwa zur nationalen Integration der vorbürgerlichen Eliten, also des polnischen Adels, der eben nicht als Protagonist jener

aufgezwungenen Formalitäten, sondern als Träger des subtilen Widerstands auftrat.¹²⁹ Der Katholizismus wurde auch deswegen zur Nationalreligion, weil er zur symbolischen Unterscheidung vom preußischen Protestantismus und von der russisch-orthodoxen Kirche, also den Glaubensformen der Besetzer, außerordentlich brauchbar war. In Tschechien entstand – auch vor dem Hintergrund der hussitischen Reformen des 16. Jahrhunderts – eine erstaunlich entwickelte frühbürgerliche Gesellschaft, in der der Adel zunehmend an Einfluss verlor. Wenn wir die ungewöhnlich demokratischen Bildungsideen von Jan Amos Komensky (Comenius) im frühen 17. Jahrhundert verstehen wollen, ist das reizvolle Konstrukt einer protestantisch geprägten „Proto-Zivilgesellschaft“ nahe liegend.

Diese historischen Konfigurationen machen auch das Verhalten der beiden Gesellschaften während der staatssozialistischen Periode verständlicher. Figurationssoziologisch wiederholte sich im Grunde für beide Nationen nach 1945 eine historisch bereits vertraute Konstellation: die „Besetzung“. Und es ist deshalb keineswegs zufällig, dass sich in beiden Gesellschaften – anders als in der DDR – ein bemerkenswerter ziviler Widerstand entwickelte.

Die ostdeutsche „Modernisierungsblockade“ scheint also keineswegs auf einen spezifischen Effekt des Staatssozialismus zu verweisen, sondern auf eine Retardierung, die zur (gesamt)deutschen Mentalitätsgeschichte gehört: eine deutliche Verspätung im „Prozess der Zivilisation“,¹³⁰ die auch im 21. Jahrhundert noch ihre Spuren hinterlässt. Die Auflösung dieser Blockade wäre zweifellos eine gesamtdeutsche Aufgabe.

¹²⁷ Vgl. dazu ausführlich P. Alheit u. a., *Die zögernde Ankunft* ... (Anm. 1).

¹²⁸ Günter Gaus, *Nischengesellschaft*, in: ders., *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*, Hamburg 1983; S. 156–233.

¹²⁹ Vgl. Enno Meyer, *Grundzüge der Geschichte Polens*, Darmstadt 1990.

¹³⁰ Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969.

Deutsche Vereinigung und NS-Vergangenheit

„Wegen Auschwitz keine Wiedervereinigung!“ war in den Monaten vor und nach dem Fall der Mauer in Berlin eine unter westdeutschen Intellektuellen verbreitete Auffassung. Der Schriftsteller und spätere Nobelpreisträger Günter Grass vertrat als Gastredner auf dem SPD-Parteitag im Dezember 1989 die Auffassung, es müsse vermieden werden, dass in der Mitte Europas

wieder eine Großmacht entstehe. Ein „Einheitsstaat, dessen wechselnde Vollstrecker während nur knapp 45 Jahren anderen und uns Leid, Trümmer, Niederlagen, Millionen Flüchtlinge, Millionen Tote und die Last nicht zu bewältigender Verbrechen ins Geschichtsbuch geschrieben haben, verlangt nicht nach einer Neuauf-¹lage“.

Jochen Fischer

M.A., geb. 1974; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6G, 35032 Marburg. Fischerj@staff.uni-marburg.de

Hans Karl Rupp

Dr. phil., geb. 1940; Professor am Institut für Politikwissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6G, 35032 Marburg. Rupphk@staff.uni-marburg.de

Noch schärfer formulierte es Grass auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing im Februar 1990: „Das unter dem Begriff Auschwitz summierte und durch nichts zu relativierende Verbrechen Völkermord lastet auf diesem Einheitsstaat. (...) Er war die früh geschaffene Voraussetzung für Auschwitz.“² Ähnlich äußerte sich der im Februar 1990 zum Kanzlerkandidaten der SPD bestimmte Oskar Lafontaine: Der Nationalstaat im Allgemeinen und der deutsche im Besonderen seien historisch überholt, ja geradezu gefährlich, sollte eine Wiedervereinigung Deutschlands vor der politischen Einigung Europas und unabhängig von ihr erfolgen.³ Das Signum „Auschwitz“ wurde von Lafontaine geradezu zu einer *felix culpa*

im Sinne des Kirchenvaters Ambrosius umgedeutet, schreibt der Historiker Heinrich August Winkler.⁴

Dagegen trat nach dem „Rausch der Einheit“ eine ganze Gruppe nationalbeschwingter Publizisten und Sozialwissenschaftler von Arnulf Baring bis Rainer Zitelmann mit euphorischen Bekenntnissen und Hoffnungen hervor. Der aus der Vergessenheit wieder auftauchende Gründer und ehemalige Herausgeber des Achtundsechziger-Magazins „konkret“, Klaus Rainer Röhl, meinte in einem Beitrag zum Sammelband „Die selbstbewußte Nation“, endlich könne man aus den Jahrzehnten der „Umerziehung“ heraustreten: „Ein halbes Jahrhundert nach dem Morgenthau-Plan und dem Anfang der großen Umerziehung beginnen Deutsche überall im Land, sich selbst wieder wahrzunehmen.“⁵

Eine andere Art „befreiten“ Hinter-sich-Lassens der alliierten „Umerziehung“ zeigte sich schon im Winter 1990/91 in einer nach 1945 bis dahin ungekannten Welle von Gewalt und Obszönität, gerichtet gegen jüdische Synagogen, Gemeindezentren und Friedhöfe. Unmittelbar nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 breiteten sich Brandanschläge und Friedhofsschändungen über das vereinigte Deutschland aus; ebenso erfassten zwischen dem ersten und dem zweiten Jahrestag der deutschen Einheit Attacken auf Asylbewerberheime fast alle Teile der Republik. Der Historiker Manfred Görtemaker spricht von insgesamt 1639 Gewalttaten allein im Jahr

¹ Günter Grass auf dem Berliner Programm-Parteitag der SPD 1989. Protokoll. Berlin, 18.–20. 12. 1989, Bonn 1990, S. 151.

² Ders., Kurze Reden eines vaterlandslosen Gesellen, in: Die Zeit vom 9. 2. 1990, S. 61.

³ Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933–1990, Bonn 2004, S. 527. Diese Position vertrat in ähnlicher Weise der französische Staatspräsident François Mitterrand, der für seine Zustimmung zur deutschen Einheit die rasche Umsetzung der europäischen Währungsunion als Gegenleistung forderte; vgl. Hans Karl Rupp, Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München/Wien 2000³, S. 298.

⁴ Vgl. H. A. Winkler (ebd.), S. 478.

⁵ Klaus Rainer Röhl, Morgenthau und Antifa. Über den Selbsthaß der Deutschen, in: Heimo Schwill/Ulrich Schacht (Hrsg.), Die selbstbewußte Nation. „Anschwellende Bocksgesänge“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Berlin 1994, S. 99.

1992.¹⁶ Großdemonstrationen und öffentlichkeitswirksame Aktionen und Lichterketten in den großen deutschen Städten zwischen November und Dezember 1992, an denen Hunderttausende teilnahmen, beendeten die Kette von Ausschreitungen. Die Staatsanwaltschaften, die Innenbehörden und die Polizei griffen nun früher und umfassender ein.

Zudem verbesserte sich vorübergehend die ökonomische Situation. Das erhöhte Konsumniveau in Ostdeutschland, bedingt durch die deutliche Anhebung der tariflichen Grundentlohnung „von etwa 35 auf 80 Prozent in den Jahren 1990 bis 1993“¹⁷, sowie die Folgen des „Vereinigungsbooms“ in Westdeutschland milderten den Transformationsprozess und verhinderten zunächst ein erneutes Umsichgreifen rechtsextremer Umtriebe. Dennoch wurde seither nicht nur bei ostdeutschen Landtagswahlen immer wieder ein Aufflackern offen oder tendenziell neonazistischer Wählervoten sichtbar.

Neue Außenpolitik

Eine an Grass und Lafontaine anknüpfende und sich verschärfende Kritik gipfelte – nachdem die deutsche Vereinigung nach 1990 politisch relativ konsensual, auch mit politischer Integration der SED-Nachfolgepartei PDS, gelungen war – in der erneuerten These der marxistischen Orthodoxie, nach der ein aus der Aufsicht anderer imperialistischer Mächte entlassener Staat im Monopolkapitalismus der Gegenwart selbst zu einem neuen Imperialisten werde. Damit greife er nicht nur als Konkurrent in den schon vermarkteten Weltmarkt ein, sondern bereite – allein oder gemeinsam mit anderen imperialistischen Staaten – neue Menschenrechtsverletzungen in den Ländern des Südens vor. Diese in manchen altlinken Zirkeln der alten Bundesrepublik noch heute vorhandene Auffassung geht – bei aller berechtigter Kritik der *terms of trade* – von einem überholten Basis-Überbau-Modell aus, dem zufolge die Probleme der Ökonomie einer Gesellschaft die Politik und auch den Erfolg von Nichtregierungsorganisationen restriktiv bestimmen. Ob das weltwirtschaftliche Agieren einer Gesellschaft die Menschenrechte verletzt oder nicht, hängt entscheidend vom

Agieren und vom Einfluss der jeweiligen Öffentlichkeit ab, worunter nicht nur der Stellenwert der entsprechenden Themen in den Medien eines Landes, sondern auch der Stellenwert der entsprechenden Fragen im Agieren der Zivilgesellschaft insgesamt gemeint ist. Es gab nach der deutschen Vereinigung hier prinzipiell keine neue Situation, allerdings einen vergrößerten Aktionsraum für die bundesdeutsche Außenpolitik, der von den Bundesregierungen seither auch genutzt wurde.

Doch geschah dies in Anknüpfung an alte geopolitische Konzepte, etwa in Richtung auf Gewinnung politischer und ökonomischer Vorherrschaft auf dem Balkan, im Nahen und Mittleren Osten? Trotz einiger irritierender Einzelaspekte wird man diese Frage kaum bejahen können. Die voreilige Anerkennung der secessionistischen Staatsgründungen Kroatiens und Sloweniens gegen die Empfehlungen des EG-Vermittlers auf dem Balkan, Lord Carrington, und der Kriegseinsatz gegen Jugoslawien im Kosovokrieg lieferten – mit unterschiedlichen Begründungen – darunter: „Nie wieder Auschwitz!“ – Zweifel an der Beibehaltung eines friedensorientierten außenpolitischen Kurses, wie er seit der Neuen Ostpolitik Willy Brandts prägend für die Bundesrepublik gewesen war.

Aber dies sind nur zwei Vorgänge der Außenpolitik der zweiten Phase der Regierungszeit Helmut Kohls und derjenigen von Gerhard Schröder und Joschka Fischer bis 2005. Kennzeichnender für diese Politik – die tatsächlich eher von Kontinuität als von Widersprüchen geprägt war – ist die Vielzahl der humanitären Einsätze in Ländern außerhalb Europas. 1998 etwa richtete die Bundeswehr im Südsudan zur Rettung von mehr als zweieinhalb Millionen Menschen vor dem Hungertod „eine der größten Luftbrücken aller Zeiten“¹⁸ ein. Um die Jahrtausendwende war die Bundeswehr – ohne große Öffentlichkeit – zu dem nach den USA größten Truppensteller bei Friedensmissionen überall in der Welt geworden.¹⁹

¹⁶ Vgl. Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, München 1999, S. 780.

¹⁷ Ebd., S. 775.

¹⁸ Gregor Schöllgen, *Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, München 2003, S. 87. Gegenüber dem Duktus von Schöllgen ist eher die Kontinuität zu betonen; vgl. u. a. Hans Karl Rupp, *Die Bundesrepublik als „Sonderweg“ der europäischen Geschichte?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (1999) 39–40, S. 12–20.

¹⁹ Vgl. Hans Karl Rupp, *Politik nach Auschwitz. Ein Essay zur Geschichte der Bundesrepublik*, Münster 2005, S. 97.

Auch hier könnte man den Einsätzen eine erneuerte imperialistische Zielsetzung unterstellen. In Wirklichkeit erklärt sich der Einsatz der Bundeswehr vor allem aus Verpflichtungen, UNO- oder NATO-Beschlüsse umzusetzen, die unter anderem eine Antwort auf die Terroranschläge des 11. September 2001 geben wollen. Die Verpflichtungen ergaben sich aus dem selbstgewählten Anspruch der bundesdeutschen Außenpolitik, in Antwort auf die jahrhundertealte preußisch-deutsche Kriegspolitik, also gerade in Abwendung von dem Weg, der in den Nationalsozialismus führte, nun als „Friedensmacht“ in der Welt aufzutreten.¹⁰

Antisemitismus nach der Vereinigung

Die ersten Umfragen nach der Vereinigung schienen die Solidarität mit dem Staat Israel angesichts des zweiten Golfkrieges vom Januar 1991 zu festigen: Die Zustimmung der Befragten zu besseren Beziehungen zu Israel erhöhte sich von 72 auf 78 Prozent.¹¹ Der Anteil antisemitischer Einstellungen war in Ostdeutschland sogar geringer als in Westdeutschland, wie erste Umfragen in den neuen Bundesländern ergaben.¹² Gleichwohl war der Anteil antisemitisch geprägter Antworten auf bestimmte Fragestellungen erstaunlich hoch: 44 Prozent der Westdeutschen unterstellten 1990 „den Juden“ „zu viel Einfluss auf die Vorgänge in der Welt“, in Ostdeutschland waren es 20 Prozent. In diesen demoskopischen Momentaufnahmen schien sich anzudeuten, dass vor allem junge Erwachsene und Jugendliche empfänglich für fremdenfeindliche und antisemitische Parolen sind.

Dabei fanden gerade bei ostdeutschen Jugendlichen antisemitische Vorgaben eine unerwartet hohe Zustimmung. Nach ersten Jugendstudien stimmten 14 Prozent der 14- bis 18-jährigen Ostdeutschen der Auffassung

„Die Juden sind Deutschlands Unglück“ zu, demgegenüber nur fünf Prozent der 18- bis 20-Jährigen und nur ein Prozent der 25- bis 26-Jährigen. (Vergleichsdaten zu westdeutschen Jugendlichen liegen für diese frühe Phase nicht vor.) Werner Bergmann und Rainer Erb vom Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin sind der Ansicht, dass die besondere Antisemitismus-Anfälligkeit ostdeutscher Jugendlicher „vor allem in den tiefgreifenden und krisenhaften Transformationsprozessen in den neuen Ländern zu suchen“ sei.

Die weitere Entwicklung der Einstellung der jeweiligen Gesamtpopulation der Ost- und Westdeutschen hat sich bis zum Jahre 2003 nicht wesentlich geändert: Damals glaubten 21 Prozent der Ostdeutschen sowie 25 Prozent der Westdeutschen an einen „über-großen jüdischen Einfluss in der Welt“. Laut Bergmann und Erb hängen Verbreitung und Intensität antisemitischer Vorurteile wesentlich vom schulischen Bildungsniveau ab. „Für West- und Ostdeutschland gilt der auch sonst international nachgewiesene Trend, dass mit besserer Bildung und niedrigerem Alter antisemitische Vorurteile seltener vorkommen.“ Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung, wertet die Umfrageergebnisse aus dem Jahre 2003 kritisch: Dass jeweils ein Viertel der Deutschen „solchen konfusen Weltverschwörungstheorien“ Glauben schenke, sei ein alarmierendes Zeichen und erkläre, dass es in nicht- oder semiöffentlichem Rahmen durchaus Attacken und Hetze gegen Juden geben könne.¹³

Das Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (GMF) des Soziologen Wilhelm Heitmeyer konstatiert für die Jahre ab 2002 ein diffuseres Bild mit Blick auf die bisher festgestellte generelle Abnahme antisemitischer Vorurteile in der gesamtdeutschen Bevölkerung. Es gebe sogar – außerhalb der Öffentlichkeit – eine zu beobachtende Zunahme antisemitischer Äußerungen im privaten Milieu.¹⁴ Bei Umfragen geht aber die Zunahme antisemitischer Vorurteile in Ostdeutschland von einem erheblich niedrigeren Niveau aus als in Westdeutschland.¹⁵

¹⁰ Der Begriff „Friedensmacht“ stammt zwar von SPD-Wahlplakaten aus dem Jahre 2003 (vgl. H. K. Rupp [ebd.], S. 99), er ist aber auch als Anspruch der Kohl'schen Außenpolitik verbürgt.

¹¹ Vgl. Michael Wolffsohn/Douglas Bokovoy, Israel, Opladen 2003⁶, S. 272.

¹² Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, Wie antisemitisch sind die Deutschen? Meinungsumfragen 1945–1994, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Antisemitismus in Deutschland, München 1995, S. 47–63; dort auch die folgenden Angaben.

¹³ W. Benz (ebd.), S. 198 f.

¹⁴ Vgl. Werner Bergmann/Wilhelm Heitmeyer, Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung?, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt/M. 2005, S. 224–238.

¹⁵ Umfragen des American Jewish Committee, zitiert in: ebd., S. 232.

Es bleibt die Frage, ob die Sozialisation in der DDR – mit ihren zweifellos beträchtlichen Defiziten, was die schulische Unterweisung mit Blick auf Antisemitismus und „Drittes Reich“ betrifft – tatsächlich zu jenen temporären Wahlerfolgen offen bzw. verdeckt neonazistischer Parteien geführt hat, wie sie sich besonders in den ostdeutschen Bundesländern immer wieder ereigneten. Die in der (west-)deutschen sozialwissenschaftlichen Literatur ab Mitte der neunziger Jahre dominierende These eines direkten Übergangs von der Bejahung des autoritären Systems der DDR zur Unterstützung neonazistischer Parteien und jugendlicher Schlägerbanden – u. a. unter Zuhilfenahme des Konzepts von der Autoritären Persönlichkeit, das einst Theodor W. Adorno im amerikanischen Milieu der Nachkriegszeit entwickelt hatte¹⁶ – erweist sich als fragwürdig. Entweder haben die in den ostdeutschen Bundesländern Befragten wesentlich angepasster auf die Fragen der Interviewer reagiert als die Westdeutschen – in dem Glauben, dem Fragesteller eine von ihm persönlich positiv bewertete Antwort zu geben –, oder die bisherige Kritik an der „antizionistischen“ (und damit indirekt antisemitischen) Erziehung der Jugendlichen in der DDR ist in den sozialwissenschaftlichen Studien zum „Rechtsextremismus in der DDR“ erheblich überzeichnet worden.

Lägen die sozialwissenschaftlichen Studien zur offiziellen Duldung und Tradierung des Antisemitismus im Gewand des „Antizionismus“ in der DDR richtig, würden sie außerdem den Umfragen zu antisemitischen Vorurteilen bei Ostdeutschen völlig widersprechen. Die Welle fremdenfeindlicher und antisemitischer Gewalt, die nach der Vereinigung besonders Ostdeutschland erfasste, ist ohne die Agitation offen neonazistischer Gruppen – auch im Skinhead-Milieu – kaum denkbar.¹⁷ Die temporären Wahlerfolge offen oder verdeckt neonazistischer Parteien weisen die zeitweilige Mobilisierbarkeit antisemitischer bzw. rechtsextremer Einstellungsmuster

nach. Der Erfolg dieser Parteien ist in ökonomischen Krisensituationen wahrscheinlicher als in Phasen subjektiv empfundener ökonomischer Prosperität. Zusätzlich können in Krisen „unpolitische“ Protestwähler für NPD oder DVU gewonnen werden.

Aufbrechen der „Kommunikationslatenz“?

Die von Bergmann und Erb bereits 1986 entwickelte These von der „Kommunikationslatenz“ besagt, dass einerseits antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung verbreitet seien, diese andererseits aber nicht durch das öffentliche Meinungsklima bestätigt werden. Werde diese Latenz dennoch durchbrochen, würde dies moralisch durch Achtungsentzug, in schweren Fällen auch durch rechtliche Folgen sanktioniert. „Solange Konsens in den politischen und kulturellen Eliten besteht, auch gegen ‚die Stammtische‘ den Meinungsdruck aufrechtzuerhalten und sich antisemitischer Ressentiments nicht zu bedienen, kann dies den Antisemitismus aus der öffentlichen Kommunikation weitgehend heraushalten und langfristig die Tradierung antijüdischer Stereotype abschwächen.“¹⁸ Bricht dieser in Richtung Latenz ausgeübte öffentliche Druck auf? Für Bergmann und Heitmeyer ist diese Gefahr unter folgenden Aspekten real: Zunächst käme die Forderung nach Aufbrechen dieser „Kommunikationssperre“ dem Wunsch nach „Normalisierung“ entgegen, der auch von jüngeren Bundesbürgern geteilt werde. Sodann gebe es folgende Erosionselemente: „Israelkritik als Umwegkommunikation“, Kritik „mächtiger Juden“ in Israel und den USA, Kritik an Tabus generell, ausgehend von der jüngeren und mittleren Generation, sowie Versuche, den Holocaust und den Antisemitismus zu europäisieren.

Einschränkend kann zur These der „Kommunikationslatenz“ angefügt werden, dass jene behaupteten durchgreifenden Sanktionierungen erst schrittweise durchgesetzt werden mussten. Bundeskanzler Kohl etwa ließ noch 1986 eine antisemitische Äußerung eines CSU-Bundestagsabgeordneten mit einer Rüge

¹⁶ Referiert z. B. bei Julia Isabel Geyer, *Rechtsextremismus bei Jugendlichen in Brandenburg*, Münster 2002, S. 120 ff.

¹⁷ Hans Sarkowicz ist der Ansicht, es habe sich 1991/92 „um eine logistisch gut abgestimmte Kette inszenierter Verbrechen gehandelt, die einen ‚Volksaufstand‘ vorspiegeln sollten“; vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Deutschland. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen*, Frankfurt/M. 1994, S. 70.

¹⁸ Werner Bergmann/Rainer Erb, *Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (1986) 38, S. 225 f.

durchgehen.¹⁹ Dies hatte sich spätestens bei Bekanntwerden der Rede zum Tag der Deutschen Einheit, die der Fuldaer Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann (CDU) am 3. Oktober 2003 gehalten hatte, geändert: Desse Versuchs einer „neuen“, indirekten Schuldzuweisung²⁰ führte zum Fraktions- und bald darauf auch zum Parteiausschluss Hohmanns. Der sich mit Hohmann solidarisierende General Reinhard Günzel wurde vom Verteidigungsminister seiner Funktion enthoben und aus der Bundeswehr entlassen.²¹

Eine Auflistung der Erosionselemente erweist die These von der Kommunikationslatarenz zumindest teilweise als zu pauschal: Ist es beispielsweise Ausdruck einer Verdrängungstendenz, über die Gehilfenrolle des Vichy-Regimes bei der Judendeportation zu forschen und zu schreiben? Plausibel wird der Verweis auf Erosionstendenzen im Fall Jürgen Möllemann: Hier gab es bereits vor seinem Selbstmord empörte Aufschreie, als die Schmähung des jüdischen Publizisten Michel Friedman durch den FDP-Politiker in einigen Medien als Antisemitismus etikettiert wurde. Der in Umfragen absehbare Erfolg des Möllemann'schen „Projekts 18“ deutet im Namen eines „sekundären Antisemitismus“ – nicht trotz, sondern wegen Auschwitz werden Ressentiments mobilisiert²² – auf gefährliche mögliche Entwicklungstendenzen bei

künftigen Parlamentswahlen hin. Die Möllemann-Affäre verweist auf eine nach wie vor außerordentliche Labilität des Konsenses gegen Antisemitismus.

Einschnitt in die Erinnerungskultur?

Mit der Debatte um die Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin wurde sichtbar, dass latent vorhandene antisemitische Tendenzen auch in Diskursen in der Berliner Republik aufschienen. Der nach einer Ausschreibung durch eine Stiftungsinitiative eingebrachte Vorschlag des New Yorker Architekten Peter Eisenman, ein Stelenfeld zwischen Potsdamer Platz und Brandenburger Tor zu installieren, sorgte für heftige Reaktionen. Die vehementeste Gegenrede hielt der Schriftsteller Martin Walser in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main 1998. Walser sah in dem monumentalen Mahnmal einen „fußballfeldgroßen Alptraum“ und betonte die in seinen Augen mit dem Denkmal verbundene „Monumentalisierung der Schande“.²³

Die Worte des angesehenen Autors vor einem prominent besetzten Auditorium in der Paulskirche stießen zunächst auf wenig Widerspruch. Walser, der in seiner Rede von der deutschen Geschichte als der „unvergänglichen Schande“ und von der „Moralkeule Auschwitz“ gesprochen hatte, vermied selbstkritische Reflexion und verharrte in Schuldzuweisungen. Das Mahnmal für die Opfer des Holocaust wurde als moralische Anklage, als „unaufhörliche Präsentation unserer Schande“ gegen „alle Deutschen“ umfunktioniert, nicht aber als mahnende Erinnerung an geschehene Grausamkeiten von Deutschen betrachtet. Indem Walser aber die Vergegenwärtigung des Holocaust als Instrument der „Meinungssoldaten“ herabsetzte, legitimierte er das Vergessen und etikettierte die Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen als bloßes Werkzeug vermeintlich anderer Interessen.

¹⁹ Auf die Äußerung des CSU-Bundestagsabgeordneten Hermann Fellner, dass die Juden sich immer schnell zu Wort melden würden, wenn „in deutschen Kassen Geld klimpert“, reagierte Kohl mit der Bemerkung: „Wenn ich ihn sehe, werde ich ihm sagen: Bitte formulieren Sie so nicht.“ Vgl. Markus A. Weingardt, *Deutsche Israel- und Nahost-Politik*, Frankfurt/M. – New York 2002, S. 316 f.

²⁰ Die Schlusspassage der Rede lautet: „Mit einer gewissen Berechtigung könnte man im Hinblick auf die Millionen Toten dieser ersten Revolutionsphase [in der Sowjetunion, d. V.] nach der ‚Täterschaft‘ der Juden fragen. Juden waren in großer Anzahl sowohl in der Führungsebene als auch bei den Tscheka-Erschießungskommandos aktiv. Daher könnte man Juden mit einiger Berechtigung als ‚Tätervolk‘ bezeichnen. Das mag erschreckend klingen. Es würde aber der gleichen Logik folgen, mit der man Deutsche als Tätervolk bezeichnet. (...) Daher sind weder ‚die Deutschen‘, noch ‚die Juden‘ ein Tätervolk. Mit vollem Recht aber kann man sagen: Die Gottlosen mit ihren gottlosen Ideologien, sie waren das Tätervolk des letzten, blutigen Jahrhunderts.“ (zit. auf www.kritische-solidaritaet.de).

²¹ Vgl. H. K. Rupp (Anm. 9), S. 106 f.

²² Vgl. W. Benz (Hrsg.) (Anm. 12), S. 19.

Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, bezichtigte Walser daraufhin der „geistigen Brandstiftung“¹²⁴. Bubis entlarvte in seiner Antwort den logischen Bruch in Walsers Rede: Wenn er sich von der Kollektivschuld distanzieren, sei es nicht zu verstehen, warum Walser sich bei Filmen über Auschwitz schuldig fühle, womit Bubis die konstruierten Fronten in der Rede offen legte. Der durch Walsers Friedenspreisrede ausgelöste Diskurs um die deutsche Erinnerungskultur nach der Wiedervereinigung wurde zur Grundsatzdebatte über einen neuen Umgang mit dem Holocaust in einem neuen Deutschland. Durch die breite, zunächst mediale und später auch politische Diskussion war bald von einem „Einschnitt in die ‚Erinnerungskultur‘ der Bundesrepublik“¹²⁵ die Rede.

Jürgen Habermas hob die besondere Bedeutung der Initiatoren des Mahnmals hervor. Dass eine Gruppe von Deutschen parallel zum nationalen Freudentaumel der staatlichen Wiedervereinigung und fünfzig Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz eine zentrale Gedenkstätte für die von Deutschen ermordeten europäischen Juden forderte, konnte als Chance für ein im Licht der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit stehendes Selbstverständnis der Berliner Republik begriffen werden.¹²⁶ Die Stifter seien diejenigen Bürger, so erläuterte Habermas, die sich als die unmittelbaren Erben einer Kultur, „in der das möglich war, vorfinden – in einem Traditionszusammenhang, den sie mit der Tätergeneration teilen“¹²⁷.

Am 25. Juni 1999 entschied der Deutsche Bundestag über die Errichtung des Mahnmals. Auch wenn in der Debatte nicht zur Diskussion stand, ob ein Mahnmal gebaut werde, sondern wie es auszusehen habe, kam

es zu klaren Bekenntnissen der Bundestagsfraktionen für ein Mahnmal. Sowohl in den Reden der Debatte als auch in der Abstimmung wurde deutlich, dass zumindest 439 der 559 Abgeordneten des Deutschen Bundestages das Mahnmal nicht als „Schandmal“ im Sinne Walsers begriffen.¹²⁸

Eine Loslösung von den singulären deutschen Verbrechen der NS-Zeit ist trotz mancher Befürchtungen nach der deutschen Vereinigung nicht eingetreten – das kann man als Fazit aus der Debatte um das am 10. Mai 2005 eingeweihte Denkmal im Zentrum der Hauptstadt ziehen. Die deutsche Erinnerungskultur hat sich mit dem deutlichen Bekenntnis zum Holocaust-Mahnmal erneuert, zumindest, was das offizielle Gedenken in der Berliner Republik betrifft; von einer vergessenen Erinnerung kann keine Rede sein.¹²⁹

Wie ist die Beziehung von Auschwitz zur deutschen Vereinigung? Wie hat sich das Syndrom des Antisemitismus im vereinigten Deutschland entwickelt? Welche Gefahren drohen ethnischen Minderheiten, vor allem der jüdischen Minderheit, hierzulande? Wie wirken die Schatten der NS-Vergangenheit auf das wieder vereinigte Deutschland? Vom Wunsch der Deutschen nach Einheit und von ihrem Vollzug ging keine neue Gefahr im Sinne einer Wiederholung der deutschen Geschichte aus. Antisemitismus ist im offiziellen Deutschland ein durchgesetztes und bei Durchbrechung sanktioniertes Tabu. Ethnische Minderheiten sind im Deutschland des 21. Jahrhunderts gleichwohl immer wieder gefährdet – vor allem in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen. Immerhin zeigt aber die breite und dauerhafte Ablehnung antisemitischer Vorurteile in Repräsentativumfragen in Ost- und Westdeutschland, unabhängig von Geschlecht und Alter, dass es bei einer Mehrheit der Deutschen eine inzwischen gefestigte Frontstellung gegen antisemitische Äußerungen und Verhaltensweisen gibt.

¹²⁴ Ignatz Bubis, Rede des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland am 9.11. 1998 in der Synagoge Rykestraße in Berlin, in: ebd., S. 111.

¹²⁵ Hajo Funke/Micha Brumlik/Lars Rensmann, Einleitung, in: dies., *Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtsschreibung*, Berlin 2004, S. 9.

¹²⁶ Bereits 1988 hatten die Publizistin Lea Rosh und der Historiker Eberhard Jäckel einen Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas gegründet.

¹²⁷ Jürgen Habermas, *Der Zeigefinger: Die Deutschen und ihr Denkmal*, in: *Die Zeit* vom 31. 3. 1999.

¹²⁸ So das Abstimmungsergebnis zu dem Antrag auf Verzicht des Mahnmal-Baus (BT-Drs. 14/981); vgl. BT-Protokoll 14/48, S. 4123.

¹²⁹ Vgl. Jochen Fischer, *Erinnern oder Vergessen. Zur Erinnerungskultur nach der deutschen Einheit*, in: H. K. Rupp (Anm. 9), S. 111–124.

APuZ

Nächste Ausgabe

41/2005 · 10. Oktober 2005

Politische Sozialisation

Jan van Deth

Kinder und Politik

Gert Strohmeier

Politik bei Benjamin Blümchen und Bibi Blocksberg

Rainer Watermann

Politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen

Christian Alt · Markus Teubner · Ursula Winklhofer

Partizipation in Familie und Schule

Florian Hartleb

Populismus – ein Hindernis für politische Sozialisation?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Hans G. Bauer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice

Die Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen
für **APuZ** zum Preis von
Euro 3,58 zuzüglich
Verpackungskosten, Portokosten
und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar; sie dienen
lediglich der Unterrichtung und
Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

15 Jahre deutsche Einheit *APuZ* 40/2005

Christoph Dieckmann

3-8 **Deutschlands Medien und ostdeutsche Öffentlichkeit**

Nach der „Wende“ staunten die Ostler, dass sie so verschieden wurden, wie sie wirklich waren. Doch nur sehr eingeschränkt vermitteln die Leit-Medien des geeinten Deutschland ostdeutsche Öffentlichkeit.

Klaus von Dohnanyi

9-11 **Freiheit Ost**

In der Konstruktion unseres Föderalismus liegt die wirkliche Zukunftschance des Ostens. Eine konsequente Föderalismusreform würde die Tür für eine neue Etappe des Aufbaus Ost öffnen.

Rainer Eckert

12-18 **Das historische Jahr 1990**

Die Situation der Bundesrepublik erfordert die Vergewisserung über deutsche Identität. Hier brachten die Ostdeutschen als Erbe die Freiheitstradition der friedlichen Revolution ein.

Erich Röper

19-25 **Die minderen Brüder und Schwestern**

40 Jahre lang war das geteilte Deutschland eine Nahtstelle von West und Ost. Mit dem Blick zum Atlantik und Rücken nach Osten behandelt(e) der Westen die DDR-Deutschen wie Fremde, die sich (ein)fügen müssen.

Heidi Fichter-Wolf

26-32 **Bildung und Wissenschaft im „Aufbau Ost“**

Die Transformation des Bildungs- und Wissenschaftssystems in den ostdeutschen Ländern steht in engem Zusammenhang mit lokaler Wissensentwicklung und regionaler Innovationsfähigkeit.

Peter Alheit

32-40 **Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland?**

Eine Vergleichsstudie zur Mentalitätslage der Menschen in den Grenzgebieten Oberlausitz, Niederschlesien (Polen) und Nordböhmen (Tschechien) ergibt den erstaunlichen Befund ostdeutscher „Modernisierungsblockaden“.

Jochen Fischer · Hans Karl Rupp

41-46 **Deutsche Vereinigung und NS-Vergangenheit**

Wie gehen Politik und Gesellschaft mit den Schatten der NS-Vergangenheit um? Vom Wunsch der Deutschen nach Einheit und von ihrem Vollzug ging keine neue Gefahr im Sinne einer Wiederholung der deutschen Geschichte aus.